Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 6—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 128. | Dresden, Montag den 8. Juni 1914. | 25. Jahrg.

Nachdem das **Kabinett Viviani gescheitert** ist, wurde Ribot mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Bei einer Ballonexplosion in Cezannes (Frankreich) wurden 60 Personen verletzt.

In Odessa wurden mehrere Hunderte Arbeiter verhaftet.

Beim Panamakanal ist ein Erdrutsch erfolgt.

Huerta beabsichtigt den Hafen von Tampico zu blockieren.

In Pittsburg traten 10000 Elektrizitätsarbeiter in den Streik.

Die Dreibundfeindlichkeit in Ungarn.

Aus Budapest wird uns geschrieben:

Seit den Tagen, da der ungarische Graf Andrassy mit Bismarck das Bündnis geschlossen hat, das als Grundlage des Dreibunds heute noch fortbesteht, gelten die Madjaren als die eigentlichen Stützen dieser Allianz. Andrassy selbst, das wissen wir heute aus der Biographie Wertheimers, sah in Rußland den gefährlichsten Feind der Madjaren und glaubte, daß die Herrschaftsstellung seines Volkes nur aufrecht zu erhalten sei, wenn es gelinge, einen Schutz und Damm gegen die slawische Flut zu gewinnen. Diesen sah er in dem deutschen Bündnis, das zugleich eine außerpolitische Ergänzung des Dualischen Gedankens war, daß die Doppelmonarchie hüben auf die Herrschaft der Madjaren, drüben in Oesterreich wenigstens auf die deutsche Führung zu stützen sei. Mochte nun auch der Gedanke der Interessengemeinschaft der Madjaren und der Deutschösterreicher völlig verblaßt sein, ja zeitweilig mit dem Emporkommen antisemitischer und großösterreichischer Ideen in Wien dem schärfsten Gegensatz weichen, so hielt nicht nur die Erinnerung an das Eingreifen Rußlands im Jahre 1849, sondern auch die Orientpolitik die Dreibundfreundlichkeit in Ungarn aufrecht. Es gab allerdings schon in den neunziger Jahren Gegenströmungen. In der Partei des damaligen Führers der Unabhängigkeitspartei, Ugron, verkörperten sich die lebhaften Sympathien für Frankreich, die allen Völkern des Ostens, Slawen, Rumänen und Madjaren, eigen, und die vor allem ein überliefertes Gefühlsverhältnis sind, ohne eigentliche politische Ideenursprünge, denn sie werden von Aristokraten wie von Demokraten geteilt. Uebrigens blieben die Ugronschen Kundgebungen und Versuche ohne praktische Bedeutung.

Nach einer solchen durch mehr als 35 Jahre festgehaltenen politischen Ueberlieferung muß es um so mehr auffallen, daß heute eine starke Gruppe der ungarischen Unabhängigkeitspartei mit dem Grafen Karolyi an der Spitze offen den Kampf gegen den Dreibund aufgenommen hat. In Ungarn versteht man sich in Szene zu setzen, und Graf Karolyi, der zweitreichste Aristokrat des Landes, dessen Vermögen auf hundert Millionen geschätzt wird, hat die Mittel und Verbindungen dazu. Es vereinigen sich noch andere Umstände, die seiner Stellungnahme Bedeutung verleihen. Er hat Talent und Temperament, die politische Erfahrung ersetzt das Geld und die bezahlten Sekretäre.

Nimmt man all diese Umstände zusammen, so scheint der dreibundfreundlichen Politik Karolyis eine erhebliche Bedeutung zuzukommen, sie scheint ein wesentliches Symptom der Stimmungen zu sein. Nach außen ist die Wirkung jedenfalls bedeutend. Karolyi hat sich in Paris von dem Präsidenten Poincaré empfangen lassen; ein Pressestreit darüber, ob dieser Empfang mit Zustimmung oder ohne Vorwissen des österreichischen Botschafters in Paris geschehen sei, gab ihm erst das rechte Relief. Vor allem wurde aber wochenlang über einen Besuch Karolyis und mehrerer Abgeordneten der Unabhängigkeitspartei in Petersburg eine Preßpolemik geführt, an der neben den Budapester und den Wiener Blättern auch die russischen und französischen teilnahmen. Das führende Panslawistenblatt, die Noweje Wremja, nahm Karolyi ebenso in zärtliche Pflege wie die österreichischen Rußlandspilger oder jeden, der sich in Italien gegen den Dreibund äußert. Es geht da vieles in einen Sack, die Unabhängigkeitspartei fordert am schroffsten die madjarische Vorherrschaft in Ungarn, doch erfreut sie sich augenblicklich bei der Nowoje Wremja derselben Gunst wie die antimadjarische rumänische Irredenta. Karolyi hat nun auch in den Delegationen seiner Dreibundfeindlichkeit Ausdruck verliehen, allerdings traten gleichzeitig die zwei anderen bedeutendsten Führer der Opposition, Graf Andrassy und Graf Apponyi, für das Bündnis ein. Die Argumente, die Karolyi anführte, sind bezeichnend, denn einerseits spiegeln sie zweifellos Volksstimmungen wider, andrerseits offenbaren sie die Verflechtung von Motiven innerer und äußerer Politik. Karolyi wirft Deutschland vor, es habe Oesterreich bei seinem Protest gegen den Bukarester Frieden im Stiche gelassen und die deutsche Industrie habe sich auf Kosten der österreichischen auf dem Balkan festgesetzt. Von der deutschen Industrie verlangt er, auf die Ausfuhr nach dem Balkan zu verzichten, dabei aber ergänzt er als Ungar und Agrarier diese Ansicht dahin, daß die deutsche Konkurrenz bisherige österreichische Schutzzöllner bereit gemacht habe, die Agrarzölle gegen Serbien herabzusetzen, hierdurch würde aber die ungarische Landwirtschaft leiden. Ein weiterer Vorwurf gegen den Dreibund lautet, er zwinge Oesterreich-Ungarn schwere Rüstungen auf. Natürlich weiß Karolyi ganz genau, daß das erste und das zweite Wehrgesetz unmittelbar mit Aehrenthals Annexions- und Berchtolds Albanienpolitik zusammenhängen. Aber er weiß auch, daß Armeefragen Herzensfragen des Königs und namentlich des Thronfolgers sind. Diesen gilt es aber gegen Tisza zu gewinnen. Deshalb hat zwar Karolyi in den Delegationen über den rüstenden Dreibund geklagt, beim Marinebudget aber enthielt er und enthielten sich alle Oppositionellen jeder Kritik, in fünfundzwanzig Minuten war die Marine erledigt. Es ist bekannt, daß die Dreadnoughts die ganz besondere Liebhaberei des Erzherzogs Franz Ferdinand sind.

Ja, die Opposition hat in den Delegationen ein übriges getan. Sie machte sich zum Wortführer der Wünsche der Offiziere nach Erhöhung der Gagen, die Tisza bekämpft, weil er fürchtet, er müßte dann auch die Beamtengehälter verbessern. Je lauter die Offiziersfronde schreit, je einflußreicher sie beim Thronfolger ist, desto mehr Aussicht, mit ihrer Hilfe Tisza aus dem Sattel zu heben. Hier nun sind wir bei dem eigentlichen Punkte der Erklärung. Die schamlose Gewaltherrschaft des Tyrannen hat die Opposition in eine Art von Verzweiflung versetzt. Es besteht der bitterste persönliche Haß, den die regierende Brutalität Tiszas, die das Parlament zur Wachtstube der Parlamentsgarde erniedrigt und die Preßfreiheit schamlos geknebelt hat, reichlich verdient. Sogar von der Trauerfeier für Kossuth im Parlament blieben die Oppositionellen fern. Da nun alle Versuche, Tisza zu erschüttern, vergeblich, alle Kämpfe fruchtlos geblieben sind, will die Opposition sich wenigstens den Wiener Gönnern unseres Despoten unangenehm und furchtbar machen. Dazu bieten dreibundfeindliche Kundgebungen das beste Mittel. Denn sie schaffen immer wieder internationale Verlegenheiten. Man sagt gewissermaßen dem König: Willst du den Skandal der russenfreundlichen Kundgebungen hemmen, so entlasse Tisza. Freilich geht der Gegensatz zwischen der Opposition und der Regierung weit über diese persönlichen Verfeindungen hinaus. Die beiden Adelscliquen mit ihrem Anhang, die sich bekämpfen, suchen dem ungarischen Problem, jede von einer anderen Seite, beizukommen. Es handelt sich aber um nichts Geringeres als um die Erhaltung Ungarns als Nationalstaat und als Staat der Privilegierten.

Wie die Dinge heute liegen, wird sich die Entrechtung der unteren ungarischen Schichten kaum noch halten lassen: — aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen. Die Proletarisierung, das lehren auch die Steuerergebnisse, hat unter den Madjaren die stärksten Fortschritte gemacht. Sie bilden den grundherrlichen Adel, die Bourgeoisie, die Beamtenschaft nahezu ausschließlich, und bilden den größten Teil des besitzlosen Proletariats in Land und Stadt, sie zeigen die ausgeprägteste soziale Differenzierung. Das soziale Unrecht der Junkerherrschaft drückt also die Volksmassen des herrschenden Stammes am härtesten.

Daraus ergibt sich die zwiespältige Politik Tiszas und Karolyis, die jede nach ihrer Art im Mißerfolg enden muß. Tisza sucht die Nationen zu versöhnen. Er hat in Kroatien die madjarische Eisenbahnsprache wieder abgeschafft, er paktiert mit den Rumänenführern. Ein ordinärer Schacher, der nur für den Augenblick Frieden geben, die notwendigen Entwicklungen aber nicht hemmen würde. Karolyi befehdet jedes Entgegenkommen gegenüber den Nationen als Verrat an der madjarischen Vormacht, aber er möchte mit den demokratischen Wahlrechtsforderungen der Massen paktieren. Doch wird ein allgemeines, gleiches Wahlrecht, ehrlich durchgeführt, mit dem sozialen auch das nationale Privileg erschüttern! Vorläufig steht man freilich vor den Wahlen nach Tiszaschem Stimmrecht, das weder demokratisch ist, noch den Nationen Genüge tut. Aber so infam es ist, es wird doch den Demokraten und vielleicht auch den Sozialdemokraten in den Städten einigen Raum geben und wird auch die Vertreter der Nationalitäten in beschränktem Maße vermehren. Die Entwicklung Ungarns drängt über die Grenzen und den geistigen Horizont hinaus, in dem sowohl Regierungs- als Unabhängigkeitspartei, Tisza und Karolyi, eingeschlossen sind.

Reaktionäre Hetze.

Die Kreuzzeitung macht weiter in Empörung über die „Majestätsbeleidigung" der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Interessant ist es, daß das feudale Blatt sich besonders gegen die Liberalen wendet, weil diese angeblich nicht scharf genug gegen die beim Kaiserhoch sitzen gebliebenen Sozialdemokraten vorgegangen seien. Die Kreuzzeitung schreibt:

„Es ist gewiß nicht zufällig, daß sie (die Sozialdemokraten) diesen Vorstoß zur Eroberung monarchischen Terrains gerade jetzt unternehmen. Denn wodurch ist dies Jetzt gekennzeichnet? Durch so enge Beziehungen der Sozialdemokratie zum Liberalismus, wie sie vielleicht bisher niemals bestanden haben. Sie bildet mit ihm im Reichstage die Mehrheit der Linken, und Wahlabhängigkeiten herüber und hinüber schlingen die festesten Bande. In einem solchen Augenblicke durfte die Sozialdemokratie wohl am ehesten darauf rechnen, daß ihr Vorstoß, ihre Herausforderung an den monarchischen Gedanken, die sonst bei dem gesamten Bürgertum Entrüstung und einen Gegenstoß hätte hervorrufen müssen, tatenlos hingenommen werden würde. Und darin hat sie sich, soweit das die bisherigen Aeußerungen der liberalen Presse erkennen lassen, nicht verrechnet."

Es zeigt sich hier wieder sehr deutlich, was es mit dem Monarchismus der Junker auf sich hat. Ihre Entrüstung über das Verhalten der Sozialdemokratie ist nichts als parteitaktische Rache. Die Junker wollen auch diese Gelegenheit gern ausnutzen, um die Mittelparteien in Angst zu versetzen und um so jede Politik des Fortschritts zu verhindern.

Daß es den Junkern hierauf allein ankommt, zeigen die weiteren Ausführungen der Kreuzzeitung gegen die mildesten Anregungen, das deutsche Verfassungsleben fortzubilden. Sie sagt u. a.:

„Niemand vermag ehrlicherweise zu leugnen, wie sehr diese (die Rechte der monarchischen Gewalt) vom Reiche her bedroht sind. Wir haben gesehen, daß nationalliberale und Zentrumspolitiker offen für eine „Weiterbildung" der Verfassung in der Richtung des Parlamentarismus eingetreten sind. Und möglicherweise wird die Frage sehr bald brennend. Hat doch der Abgeordnete Müller (Meiningen) angekündigt, daß er im Herbst die Berufung einer Reichstagskommission beantragen wolle, welche die staatsrechtliche Stellung des preußischen Kriegsministers und des Militärkabinetts untersuchen soll. Die kaiserliche Kommandogewalt scheint danach das nächste Ziel der demokratischen Angriffe zu sein."

Der Fall lehrt, daß die echtpreußischen Gesellen keine Gelegenheit ungenützt lassen, um den politischen Stillstand, das heißt die uneingeschränkte Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft, zu sichern. Dazu ist ihnen jedes Mittel recht und jede Heuchelei.

Die konservative Hetzpresse findet bei diesen reaktionären Bemühungen reichliche Unterstützung durch die Zentrumspresse. Die Germania ergeht sich jetzt auch in einem langen Schmähartikel gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und kommt schließlich zur Forderung von gesetzgeberischen oder geschäftsordnungsmäßigen Maßnahmen:

„Der Reichstag kommt hier aber auch selbst in sehr erheblicher Weise in Frage. Derartige öffentliche antimonarische Kundgebungen, wie das demonstrative Sitzenbleiben bei einem von seinem Präsidenten ausgebrachten Kaiserhoch, kann und darf der Reichstag sich im Interesse seiner Würde und seines Ansehens nicht weiter gefallen lassen. Er muß hier die Selbsthilfe gebrauchen, die ihm bereits geboten ist, oder diese Selbsthilfe noch zu erweitern suchen. Verlangen die Sozialdemokraten im Reichstage gleiche Berechtigung mit den bürgerlichen Parteien, so müssen sie auch die gleichen Verpflichtungen nach jeder Richtung hin auf sich nehmen. Sie haben das am Schlusse der Session durch ihre antimonarchische Demonstration gegenüber dem Kaiserhoch des Reichstags-Präsidenten abgelehnt. Sie müssen auch die Folgen aus dieser, nicht nur gegen den Monarchen, sondern auch gegen den Präsidenten des Reichstags geübten Demonstration auf sich nehmen und können sich nicht beklagen, wenn sie selbst durch ihr Verhalten diese Folgen provozieren.

Aber wenn der Reichstag gegenüber der Willkür und der antimonarchischen Demonstration der Sozialdemokraten etwas Positives tun will, so kann das nur geschehen unter voller Uebereinstimmung der bürgerlichen Parteien und mit der Regierung über ein gemeinsames Vorgehen, sei es auf gesetzlichem Wege, sei es auf dem Wege einer Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstags."

Die Zeiten sind vorüber, da die Zentrumsleute selbst als „Reichsfeinde" gescholten wurden und da sie ihrerseits sorgsam über die Rechte der Volksvertreter im Reichstag Wacht hielten. Jetzt geht das Zentrum Seite an Seite mit den Reaktionären und sein Trachten geht dahin, wie es sich nach oben hin anbiedern kann.

Im übrigen wäre es recht interessant, zu erfahren, wie sich die Germania das Vorgehen gegen die sozialdemokratische Fraktion, sei es durch Gesetz, sei es durch die Geschäftsordnung, vorstellen mag. Vielleicht beantragen die schwarzen Männer, daß Abgeordnete, die nicht in ein Fürstenhoch einstimmen, des Mandats verlustig erklärt und auf einige Jahre ins Zuchthaus geschickt werden.

Am wenigsten wird die Monarchie durch diese Hetzkampagne der Reaktion in ihrem Ansehen gestärkt werden. Im Volke besteht auch bereits genug Klarheit darüber, daß es bei alledem den Rittern und Heiligen in Wirklichkeit keineswegs um schöne Sachen, wie Monarchie und „heiligste Gefühle", geht, als vielmehr um Schutz und Mehrung ihrer ganz gewöhnlichen materiellen Interessen und Vorteile.

Wer Soldatenmißhandlungen erlebt hat . . .

Wer einmal während seiner Dienstzeit Soldatenmißhandlungen erlebt hat, wer sie selbst erduldet hat oder mitansehen mußte, wie Söhne des Volkes durch harten Drill, durch Quälereien aller Art gepeinigt wurden, der weiß, wie notwendig die rücksichtslose Kritik ist, die die Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit an dem heutigen Militärsystem übt. War es nicht die unbarmherzige Kritik Bebels im Reichstag, die in den 90er Jahren eine merkliche Abnahme der Mißhandlungen in der Kaserne bewirkt hat? Ist es nicht

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140608/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

die Angst vor der Sozialdemokratie und ihrer öffentlichen Kritik in Wort und Schrift, in den Parlamenten, in der Presse, in den Versammlungen, die dahin geführt hat, daß auf die Mißstände im Heere mehr acht gegeben und ihnen einigermaßen entgegengewirkt wird?

Aber gerade diese aufklärende, aufrüttelnde Kritik der Sozialdemokratie am Militarismus wird den Herrschenden immer unheimlicher. Bei der allgemeinen Zuspitzung der Klassengegensätze, dem rauhen Kampf, der auf allen Gebieten tobt, ist bei den Vertretern der herrlichen heutigen Gesellschaftsordnung der Glauben an sich selbst längst geschwunden. Die brutale Gewalt der Bajonette ist für sie zur Ultima ratio, zum letzten Rettungsanker, geworden, an den sie sich halten, und mit dessen Hilfe sie sich vor dem unaufhaltsam herannahenden Weltgericht der Geschichte zu schützen wähnen. Zugleich müssen sie aber wahrnehmen, wie das „Volk in Waffen", das diese Bajonette führt, immer mehr und mehr durch die Sozialdemokratie aus einem blinden Werkzeug der Herrschenden zum denkenden Volk erzogen wird, wie immer mehr der letzte Schimmer des Prestige schwindet, womit der Moloch ehemals unaufgeklärte Massen noch fasziniert haben mag.

Die Kritik der Sozialdemokratie mit allen Mitteln zu ersticken, seinen Kritikern den Mund gewaltsam zu verschließen, dies ist das neueste Unterfangen, auf das der Moloch in seinen krampfhaften Zuckungen verfallen ist. Schon im vorigen Jahre beschritt die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf diesen Weg, als sie die Broschüre: „Der moderne Militarismus — ein Segen oder ein Unglück für das Volk?" beschlagnahmte und den Genossen Limbertz wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen verfolgte. Das Urteil entsprach damals nicht dem Wunsch der Staatsanwaltschaft. Dann zeigte der Frankfurter Prozeß gegen die Genossin Luxemburg, mit welchen Mitteln der „Lebensnerv" des modernen Klassenstaates geschützt werden soll. Aber alles, was auf diesem Gebiete bisher erlebt ist, wird übertroffen durch den neuen Prozeß, der der Genossin Luxemburg jetzt vor der Strafkammer in Berlin gemacht ist und durch die gegen den verantwortlichen Redakteur des Vorwärts eingeleiteten Prozesse.

Die Genossin Luxemburg hat in einer Rede in Freiburg die allgemein bekannte Tatsache festgestellt, daß die Kasernendramen in Deutschland auf der Tagesordnung stehen. Nicht mehr und nicht weniger. Und nun fühlt sich der Kriegsminister v. Falkenhayn im Namen sämtlicher Offiziere und Unteroffiziere des preußischen Heeres „beleidigt", und der Staatsanwalt, der diese Beleidigung in seine mitfühlende Brust geschlossen hat, klagt sie an. Der Vorwärts veröffentlichte ein einem bekannten Lied nachgebildetes Soldatenlied, das der traurigen, bitteren Stimmung eines seines Lieb' gedenkenden Soldaten Ausdruck gibt. Das kann der Militarismus nicht mehr ertragen. Der Vorwärts gibt den Soldatenbrief wieder, den das Mannheimer Parteiblatt vor kurzem veröffentlicht hat, und bezeichnet das Erlebnis des jungen Soldaten als typisch für das Kasernenleben. Wieder fühlt sich der Militarismus in seinem Lebensnerv getroffen.

Man muß sich förmlich an den Kopf fassen, um diese ungeheuerlichen Prozesse für möglich zu halten. Es vergeht beinahe kein Tag, ohne daß die Zeitungen Soldatenmißhandlungen melden. Unzählige Male ist das Kapitel der Soldatenmißhandlungen als einer im System des heutigen Militarismus liegenden ständigen Erscheinung von Abgeordneten im Reichstag, von sozialdemokratischen Rednern in Volksversammlungen, von Parteiblättern in Artikeln und Notizen beleuchtet worden. Gerade in den letzten Monaten ist die Oeffentlichkeit wiederholt durch Berichte über Scheußlichkeiten in den Kasernen aufs tiefste erregt. Und just in dieser Zeit verfällt die hohe Obrigkeit auf die Idee, sich „beleidigt" zu fühlen, auf den Versuch, der öffentlichen Kritik an den Soldatenmißhandlungen mit gerichtlichen Strafandrohungen den Mund zu knebeln! Fürwahr, wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Es heißt aber in der Tat die Götter versuchen, wenn man sich mit einem so üppigen Sündenregister, wie es unser Militärsystem nun einmal hat, an das Licht der Oeffentlichkeit, vor die Gerichtsschranke wagt.

Die Prozesse kennzeichnen sich von Anfang an als politische Tendenzprozesse. Es ist der verhaßte politische Gegner, es ist die vernichtende Kritik der Sozialdemokratie, die hier zur Strecke gebracht werden soll. Die Prozesse leiten deutlich einen neuen Kurs ein, den Kurs systematischer Verfolgungen der Sozialdemokratie durch den Militarismus.

Damit ist schon gesagt, daß die Prozesse durchgefochten werden mit aller Energie und mit allen Mitteln, die zu Gebote stehen. Und dieser Mittel sind wahrlich nicht wenige. Der Militarismus will das Gericht zur politischen Kampfarena gestalten, nun wohl, wir nehmen den Kampf auf. Nicht darum handelt es sich jetzt, von einigen sozialdemokratischen „Sündern" die Strafe abzuwehren. Opfer gehören zum Kampf, zumal in der jetzigen Zeit der rauhen Winde und scharfen Kämpfe, und jeder Sozialdemokrat trägt stolz und freudig die Opfer, die ihm für die allgemeine Sache auferlegt werden. Es handelt sich darum, das Lebenselement der Sozialdemokratie, das höchste Gut des öffentlichen Lebens und die Gewähr jedes Fortschrittes: das Recht der öffentlichen Kritik in Deutschland zu verteidigen. Es handelt sich ferner darum, in die Dunkelkammer des Militarismus hineinzuleuchten, die Soldatenmißhandlungen in ihrem ganzen Umfang vor das Licht der Oeffentlichkeit zu ziehen, da dies bislang doch das einzige wirksame Mittel war, um dem System der heutigen Kasernenerziehung einigermaßen den Zaum anzulegen und das traurige Dasein zahlreicher Soldaten ein wenig zu erleichtern.

Der beleidigte Kriegsminister mit seinen Offizieren und Unteroffizieren sollen also in den jetzt eingeleiteten Prozessen reichlich zu ihrem Recht kommen. Damit dies aber in möglichst weitem Maße geschieht, ist die energische Mitwirkung breiter Volkskreise erforderlich. Viele der vor den Militärgerichten vernommenen Zeugen haben inzwischen ihren Aufenthalt gewechselt. An alle ehemaligen Soldaten, deren Mißhandlungen Gegenstand einer militärgerichtlichen Verhandlung gewesen, ergeht deshalb die Aufforderung, unverzüglich ihre jetzigen Adressen der Redaktion unseres Blattes mitzuteilen. Ebenso müssen die Opfer und Zeugen von Mißhandlungen, die nicht zur militärgerichtlichen Aburteilung gekommen sind, sich bei unserer Redaktion melden. Auch diese Prozesse sollen den Beweis liefern, daß jeder Streich, zu dem der heutige Staat gegen das kämpfende Proletariat ausholt, mit verdoppelter Kraft auf den Urheber selbst zurückfällt.

Niederlagen und Blamagen.

Es wird wenige Fürsten geben, deren Regierungsfähigkeit in so kurzer Zeit von so viel Blamagen und Niederlagen gekrönt wurde, wie die des Mbret von Albanien. Erst das tapfere Zurückweichen vor den Epiroten, dann das tapfere Zurückweichen vor den aufständischen Bauern Mittelalbaniens, dann die Flucht auf das Kriegsschiff, das Hangen und Bangen im Durazzoer Regierungspalast, dann der Plan, nach Skutari zu entweichen und jetzt eine Blamage, die die albanische Regierung zum großen Kotau vor einer europäischen Macht zwingt. Der Grund dazu ist die Verhaftung des italienischen Obersten Moriechio und des Professors Chinigo. Darüber wird aus Durazzo gemeldet:

> Wegen der seit längerer Zeit am Abend beobachteten Lichtsignale, die von einem von Italienern bewohnten Gebäude mit einem im Gebiete der Aufständischen gelegenen Hause gewechselt wurden, sowie auch wegen anderer sich häufender Verdachtsmomente gegen die in jenem italienischen Gebäude verkehrenden Italiener wurde von holländischen Offizieren auf Grund des Belagerungszustandes eine Haussuchung vorgenommen. Hierbei wurden der italienische Oberst Moriechio und der italienische Professor Chinigo verhaftet. Ferner wurde eine große Menge kompromittierender Schriftstücke beschlagnahmt. Bei dem vom Platzkommandanten Thomson vorgenommenen Verhör wurden die Verdachtsmomente bestätigt. Da nach Aussage der holländischen Offiziere gegen die beiden Verhafteten belastendes Material vorliegt, verweigert Oberst Thomson die von dem italienischen Gesandten Aliotti geforderte Freilassung der beiden Gefangenen. Diese wurden erst auf ein vom italienischen Gesandten nachgesuchtes Machtwort des Fürsten, sie gegen Ehrenwort vorläufig freizugeben und zur Disposition zu belassen, auf freien Fuß gesetzt.

Die Sache hat sich inzwischen als Mißgriff erster Güte erwiesen. Auf die Intervention des italienischen Gesandten hin mußte sich der sogenannte albanische Ministerpräsident bereits in die italienische Gesandtschaft begeben, um sein lebhaftes Bedauern über die Verhaftung der Italiener auszusprechen. In einem späteren Briefe erklärt sich die albanische Regierung außerdem bereit, der italienischen Regierung jede Genugtuung zu leisten. So sehr der Fall auch nur einen Hereinfall der Regierung in Durazzo bedeutet, so zeigt sich doch dahinter wiederum der tiefe Gegensatz zwischen dem Fürsten Wilhelm und Italien, zwischen Oesterreich und Italien, ein Gegensatz, wie er schon in der Verjagung Essads, des italienischen Vertrauten, zum Ausdruck kam. Angesichts dieser italienisch-österreichischen Uneinigkeit und Eifersüchtelei ist es daher lächerlich, wenn die Norddeutsche Allgemeine tut, als ob alles in Butter läge und in ihrer Wochenschau schreibt:

> „Die Regierungen der Großmächte haben, soweit bekannt, ihre Bereitwilligkeit erkennen lassen, nach den albanischen Gewässern Kriegsschiffe zu entsenden. Durch die Ausführung dieser Maßregel würde bekundet werden, daß Europa sein Interesse an der Entwicklung des durch Beschluß der Großmächte begründeten Staates Albanien als fortbestehend ansieht. Die Arbeiten der Internationalen Kontrollkommission und die Bemühungen des Fürsten Wilhelm, die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu überwinden, könnten unter dem von einer solchen Kundgebung zu erwartenden Eindruck erleichtert werden."

In Wirklichkeit wird die Flottendemonstration die albanische Komödie nur zur feierlichen Lächerlichkeit werden lassen. Fürst Wilhelm ist in all dem Gewirre nur der Spielball der streitenden Einflüsse. Man berichtet, auf den Rat seines Oheims, des Königs von Rumänien, habe er sich entschlossen, nicht nach Skutari zu fliehen, sondern in Durazzo zu verharren. Hoffentlich wird er den Entschluß nicht zu teuer bezahlen. Denn worauf soll sich der arme Teufel stützen? Selbst unter den holländischen Offizieren, denen übrigens nach dem reichen Lobe, das ihnen zuerst gespendet wurde, jetzt militärische Unkenntnis, Gleichgültigkeit und Fahrlässigkeit nachgesagt wird, herrscht Uneinigkeit, wie der Streit zwischen dem General de Weer und dem Obersten Thomson beweist. Thomson hat den Sieg davongetragen, de Weer kehrt, vermutlich nicht sehr betrübt, nach Holland zurück. Wird doch von den holländischen Offizieren erzählt, sie seien sehr ungern in Albanien, erklärten jedem, es fiele ihnen gar nicht ein, sich für die albanischen Albernheiten erschießen zu lassen, ihr Blut gehöre dem eigenen Vaterland; nur die wiederholten Mahnungen der Regierung hielten sie noch in dem wilden Lande fest. Indessen stehen die Aufständischen vor der Stadt und in der Stadt selbst ist man der Bevölkerung sehr wenig sicher. Was an Kriegsvorräten in Durazzo aufgehäuft sei, könne morgen in die Luft fliegen oder in den Besitz der Aufrührer geraten. Wie die Gendarmen zum Teil übergegangen sind, so können es nächstens auch diejenigen tun, die man nachträglich bewaffnet hat. Wird doch jeder, der sich meldet, sofort mit Waffen ausgestattet. Es ist eben eine Herrschaft, der jede Stütze fehlt.

Die Forderungen der Epiroten bewilligt.

Durazzo, 6. Juni. Die Regierung hat die von den Epiroten gestellten Forderungen bewilligt und das Protokoll von Korfu ratifiziert.

Deutsches Reich.

Konservative Majestätsbeleidiger.

Der nationalliberale „Deutsche Kurier" müßte um den guten Ruf seines Patriotismus besorgt sein, wenn er nicht auch die sozialdemokratische Demonstration nach Schließung des Reichstages zum Anlaß nähme, die Notwendigkeit der Sammlung des Bürgertums zu betonen. Wie das Blatt mit einiger Betrübnis feststellt, beweist das Sitzenbleiben beim Kaiserhoch, „daß die Hoffnung auf eine Mauserung der Sozialdemokratie ein schöner Traum ist und bleibt, und daß es tatsächlich not tut, das Bürgertum und die nationalgesinnte Arbeiterschaft zum Kampf gegen die zersetzenden Tendenzen der Sozialdemokratie unter einer gemeinsamen Fahne zu sammeln."

Also dann kann der Kampf der Hoch-Rufer gegen die Nicht-Hoch-Rufer ja losgehen. Es ist nur nicht übermäßig geschickt vom Deutschen Kurier, daß er der Sammlung des Bürgertums selbst wieder Schwierigkeiten bereitet. Er berichtet nämlich, daß gute Konservative in einem bestimmten Falle genau so gehandelt haben wie die Sozialdemokraten im Reichstag. Im Wahlkreise Stendal blieben nach seiner Versicherung in einer liberalen Versammlung in Meßdorf die konservativen Besucher unter Führung eines Rittergutsbesitzers und Rittmeisters der Landwehr beim Kaiserhoch ruhig sitzen. Nun entsteht die Frage, ob diese Konservativen in den bürgerlichen Block wider die zersetzenden Tendenzen der Sozialdemokratie mit aufgenommen werden können oder gar müssen. Wir wären auf eine Antwort von seiten des Deutschen Kuriers sehr begierig.

Aber auf noch etwas anderes sind wir begierig. Darauf nämlich, ob die konservative Presse, wenn sich die Nachricht aus Meßdorf bewahrheitet, nun auch gegen die Versammlungsbesucher und vor allem gegen den Rittmeister der Landwehr den Staatsanwalt anrufen wird. Die Dinge liegen ja sehr einfach. Die Konservativen betrachten das Sitzenbleiben beim Kaiserhoch als Majestätsbeleidigung. Gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten ist die Staatsanwaltschaft angeblich nur deshalb nicht eingeschritten, weil sie in dem Moment der monarchischen Huldigung noch unter dem Schutze des Artikels 30 der Reichsverfassung gestanden haben sollen. Auch die kühnste Gesetzesauslegung wird dem Rittmeister der Landwehr in Meßdorf keine parlamentarische Immunität zubilligen können. Der Weg für den Staatsanwalt ist völlig frei und die staatsretterischen Freunde des Grafen York von Wartenburg werden nun doch wohl mit demselben Eifer, den sie gegenüber den Sozialdemokraten bewiesen haben, die Majestätsbeleidiger im Wahlkreise Stendal ans Messer zu liefern bestrebt sein.

Fortschrittliche Sammlungssehnsucht.

Nicht nur bei den Nationalliberalen, sondern auch bei den Fortschrittlern bekommt immer wieder die Rotscheu über sie solche Gewalt, daß sie eine Politik betreiben, die vom liberalen Standpunkt geradezu als selbstmörderisch angesehen werden muß. Aus blasser Angst vor der Sozialdemokratie verzichten sie auf einen entschiedenen Kampf für liberale Forderungen und laufen den Reaktionären nach. Zu den Leuten in der fortschrittlichen Volkspartei, denen an dem Kampfe gegen den Umsturz viel mehr gelegen zu sein scheint als an der Durchsetzung der eigenen Programmforderungen, gehört vor allem der frühere Reichstagsabgeordnete und jetzige preußische Landtagsabgeordnete Eickhoff. Der Mann hat neuerlich in einer Rede in Essen der Ansicht Ausdruck gegeben, daß sich vom Liberalismus Brücken zu den Rechtsparteien schlagen ließen. Herr Eickhoff soll in seiner Rede nach einem Bericht der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung unter anderem gesagt haben:

> Daß jemals wieder eine klerikal-konservative Mehrheit in den Reichstag einziehen könnte, diese Gefahr sei äußerst unwahrscheinlich. Weit näher liege die Gefahr, daß der Liberalismus zwischen der Reaktion auf der einen und dem sozialdemokratischen Radikalismus auf der andern Seite zerrieben werde. Dieser Gefahr müsse man beizeiten entgegenwirken. Die Sozialdemokratie dürfe im Reichstage nicht noch weiter wachsen, wenn man unsere vaterländischen Zustände gesund erhalten wolle.

Es ist wirklich eine sehr gewagte Behauptung von Herrn Eickhoff, daß der Einzug einer konservativ-klerikalen Mehrheit im Reichstag unwahrscheinlich sei. Brauchen doch die schwarzblauen Parteien nur mit Hilfe rotscheuer Spießbürger eine verhältnismäßig geringe Anzahl Mandate zu gewinnen, und sie können, vielleicht unterstützt von ein paar altliberalen Freunden, das deutsche Volk mit einem Regen der reaktionärsten Gesetze übergießen! Aber die Sehnsucht nach einem Eingehen in den allgemeinen Ordnungsbrei ist in der staatserhaltenden Mannesseele des Herrn Eickhoff so groß, daß bei ihm derartige Bedenken keine Rolle spielen. Was kommt's auf ein paar schlechte Gesetze an, wenn nur den bösen Roten wieder einmal etwas ausgewischt wird. Einen Gegensatz zu Herrn Eickhoffs Rede bildeten übrigens Ausführungen, die der Abgeordnete Fischbeck auf dem fortschrittlichen Parteitag für Niederschlesien machte. Fischbeck lehnte dort die Beteiligung seiner Partei an der Sammelpolitik entschieden ab.

Die Maul- und Klauenseuche.

Aus Köln wird gemeldet:

> Da die Maul- und Klauenseuche im hiesigen Regierungsbezirk eine größere Verbreitung erlangt und auch in den benachbarten Regierungsbezirken um sich greift, ist die Abhaltung von Viehmärkten im hiesigen Regierungsbezirk zunächst bis zum 15. Juli d. J. untersagt worden. Ausgenommen von diesem Verbot sind die Schlachtviehmärkte in Köln, Bonn und Siegburg.

Also trotzdem man die Grenzen so ängstlich absperrt, kann man nicht verhüten, daß in Deutschland die Maul- und Klauenseuche immer wieder ausbricht. Das zeigt, daß die sanitären Gründe, die für die Grenzsperre angeführt werden, nicht stichhaltig sind. Sie sind ja auch nur Vorwände. Der wahre Grund für die Vieheinfuhrverbote ist das Bestreben, im Interesse der Agrarier die Vieh- und Fleischpreise hochzuhalten.

Der ungehaltene Wilhelm.

Wie die Militärpolitische Korrespondenz erfahren haben will, soll Wilhelm über den von Liebknecht enthüllten Titelschacher sehr wenig erbaut sein.

Das ist begreiflich. Schließlich muß es ja für jemand, der sich für ein Instrument des Himmels hält, sehr peinlich sein, wenn er erfährt, daß seine Gnadenerweise für Geld und gute Worte zu haben sind. In Zukunft solle, ehe Titel oder Ordensauszeichnungen verliehen werden, noch sorgfältiger wie bisher geprüft werden, ob der zu Bedenkende über das notwendige Maß von Würdigkeit verfügt. Aber was kann das helfen, wenn wieder einmal so gut angeschriebene Leute wie der General v. Lindenau, auf die man sich glaubt unbedingt verlassen zu können, für schnöden Mammon jedem Ordens- und Titelsüchtigen ihre guten Dienste zur Verfügung stellen?

Die Zoll- und Steuereinnahmen des Reiches im Jahre 1913.

Nach den soeben amtlich veröffentlichten endgültigen Zahlen über die Einnahmen des Reiches an Zöllen, Steuern und Gebühren im Rechnungsjahre 1913 ist das Ergebnis dieser Reichseinnahmen noch schlechter als nach den vorläufigen Zahlen anzunehmen war. Die Gesamteinnahme aus diesen Einnahmequellen beträgt nämlich nur 1659,28 Mill. M. gegen 1664,87 Mill. M. nach dem vorläufigen Ergebnis. Die Einnahmen des Reiches aus den Zöllen, Steuern und Gebühren sind damit um 10,50 Mill. M. hinter dem Etatsanschlag zurückgeblieben.

Der Hauptausfall entfällt auf die Zölle, aus denen nur 679,89 Mill. M., d. h. noch 2 Mill. M. weniger als nach der ursprünglichen Angabe, einkamen gegen 721,47 Mill. M.

nach dem Etatsanschlag. Sie haben also eine Mindereinnahme von 42,15 Mill. M. gebracht. Der Etatsanschlag wurde ferner nicht erreicht bei folgenden Steuern: In Millionen Mark betrug die Einnahme aus Grundstücksübertragungsstempel 34,71 gegen 39,20, Kaufstempel 18,27 gegen 20,58, Versicherungsstempel mit 5,74 gegen 7,50, Branntweinverbrauchsabgabe mit 193,77 gegen 195,46, Schaumweinsteuer mit 9,51 gegen 10,69, Leuchtmittelsteuer mit 15,07 gegen 15,85, die Erbschaftssteuer mit 46,96 gegen 47,00, Scheckstempel mit 3,03 gegen 3,14, Essigsäureverbrauchsabgaben mit 0,80 gegen 0,83. Eine Mindereinnahme haben auch der Stempel von Gesellschaftsverträgen, Wertpapieren und Gewinnanteilscheinen gebracht. Nach dem vorläufigen Ergebnis waren aus diesen Einnahmequellen 71,27 Mill. Mark eingekommen, nach dem endgültigen stellt sich ihr Ertrag nur auf 64,41 Mill. Mark.

Erheblich über den Etatsansatz hinausgegangen ist die Einnahme der Zuckersteuer (170,75 gegen 157,60 Mill. Mark), der Zigarettensteuer (42,70 gegen 36,47 Mill. Mark), der Brausteuer (130,01 gegen 124,78 Mill. Mark), der Salzsteuer (62,39 gegen 59,66 Mill. Mark), der Zuwachssteuer (15,32 gegen 5,00 Mill. Mark) und des Fahrkartenstempels (24,31 gegen 22,84 Mill. Mark). Sonst sind die Etatsanschläge meist nur wenig überschritten worden.

Der deutsche Wehrbeitrag und die Schweiz. Es wurde berichtet, daß der Schweizer Bundesrat beschlossen habe, bei der deutschen Reichsregierung Einspruch gegen die Heranziehung Schweizer Bürger zur Wehrsteuer zu erheben. Es handle sich um schweizerische Industrieunternehmungen auf deutschem Boden. Diese Nachricht soll nicht zutreffen. Dieser Tage gab der schweizerische Bundespräsident Hoffmann im Nationalrat die Erklärung ab, die Schweiz habe gegen die Heranziehung von Schweizern zum deutschen Wehrbeitrag keinen Einspruch erhoben und gedenke das auch nicht zu tun. Die Schweizer Regierung wolle sich dadurch freie Hand bewahren für das naheliegende Projekt der Einführung einer der deutschen Wehrsteuer analogen Steuer in der Schweiz.

Eine Kleinhandelsenquete. Am Dienstag findet im Reichsamt des Innern eine Vorbesprechung über die zu veranstaltende Kleinhandelsenquete statt, zu der fünf Reichstags- und fünf Landtagsabgeordnete, Vertreter des Deutschen Handelstages und fünf Anwälte anderer wirtschaftlicher Körperschaften eingeladen sind.

Der russische Getreidezoll tritt in Kraft. Das russische Gesetz über die Verzollung von ausländischem Getreide, Erbsen und Bohnen ist jetzt veröffentlicht worden. Es tritt eine Woche nach der Veröffentlichung in Kraft.

Die Breslauer Polizei. Die Breslauer Polizei hat dem Freidenkerkongreß, der gegenwärtig in Breslau tagt, mit einem Verbot bedacht: Sie verbot, auf dem Bahnhof einen Posten zum Empfang der auswärtigen Delegierten aufzustellen, und die Eisenbahnbehörde hat dann auch ihrerseits verboten, daß ein solcher Posten im Innern des Bahnhofsgebäudes aufgestellt werde.

Kleine politische Nachrichten. Der diesjährige **Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei**, der in Eisenach stattfindet, ist auf die Zeit vom 11. bis 14. September anberaumt worden. — In der Affäre des ehemaligen tschechischen Abgeordneten **Sviha** ist eine neue sensationelle Wendung eingetreten. Frau Woldan, die den Parteifreunden Svihas von seinen Spitzeldiensten Mitteilung gemacht hatte, und auf deren Behauptungen die Aussagen aller Zeugen in dem Prozeß gegen die Narodni Listy beruhten, ist, wie die Bohemia meldet, wegen **Wechselfälschung** in Untersuchungshaft gezogen worden. Durch diese Beschuldigung der Hauptzeugin erscheinen nunmehr alle Aussagen im Sviha-Prozeß in anderem Licht. — In Tschesme warten 25 000 griechische Flüchtlinge auf Dampfer, welche sie nach Griechenland bringen sollen. Die griechischen Vertreter bei den Mächten haben Auftrag erhalten, die **Vorgänge in Kleinasien und den Protest Griechenlands** bei der Pforte den Regierungen zur Kenntnis zu bringen.

Labiau—Wehlau.

Der berühmte „Zug nach rechts“ wird in der nächsten Zeit wieder einmal Gelegenheit finden, seine Stärke zu erproben. Durch den Tod des konservativen Reichstagsabgeordneten v. Massow ist das Mandat von Labiau-Wehlau in Ostpreußen freigeworden. Den Konservativen, die den Verlust eines Mitkämpfers zu beklagen haben, wird es auf der anderen Seite sicher doch sehr erwünscht sein, den Beweis für ihre Behauptung antreten zu können, daß die Volksstimmung allerorten gewaltig nach rechts drängt.

Labiau-Wehlau stand schon einmal, Anfang Dezember 1910, im Mittelpunkt des politischen Interesses. Mehr als zwanzig Jahre lang hatte dieser **Kreis als sicherstes Besitztum** der Konservativen gegolten. Noch zwei Jahre zuvor, bei den Blockwahlen, hatte der konservative Kandidat mit 11 575 Stimmen gesiegt, während es der Sozialdemokrat nur auf 3179, der Freisinnige gar nur auf 1760 Stimmen gebracht hatte, so daß im Ganzen nur 4939 antikonservative Stimmen den konservativen gegenüberstanden. Nun aber ereignete sich der in der Wahlgeschichte **außerordentlich** seltene Fall, daß eine ganz sprunghafte Verschiebung der Wählerstimmen eintrat. Die Sozialdemokratie erhöhte ihre Wählerzahl um 529 auf 3708, die Fortschrittler aber stiegen um 3767 bis auf 5527 Stimmen! In der Stichwahl gelang es ihrem Kandidaten, dem Bürgermeister Wagner, auch wirklich, mit sozialdemokratischer Hilfe den Kreis zu erobern.

Die allgemeinen Wahlen von 1912 **brachten einen** bedauerlichen Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen auf 2961, **die Konservativen erhielten 8356, die Fortschrittler 5850 Stimmen, und in der Stichwahl. — kam es wieder anders als nach den Ergebnissen der Hauptwahl anzunehmen** war. Die Gegner der Konservativen, die zusammen 8811 Stimmen aufgebracht hatten, brachten es bei der Stichwahl nur auf 8694, und mit 9104 Stimmen ging Herr v. Massow als Sieger durchs Ziel.

Die Rätsel dieser seltsamen Stichwahl fanden in den Wahlprotesten der Fortschrittler eine gewisse Aufklärung. In diesen **Protesten** wurde behauptet, daß die Konservativen nicht nur einen unerhörten Terror entfaltet hätten, sondern auch vor den Mitteln der Wahlbestechung nicht zurückgeschreckt wären. Erwiesen sich diese Behauptungen als richtig, dann war das Mandat des Herrn v. Massow als ungültig zu kassieren. **Aber** zu der beschlossenen Beweiserhebung kam es nicht mehr, da das Mandat mittlerweile durch den Tod seines Inhabers erledigt wurde.

Es steht Labiau-Wehlau binnen vier Jahren zum dritten Male im Kampf. Die Sozialdemokratie wird dort selbstverständlich ihre ganze Kraft aufbieten, um alte Scharten auszuwetzen und selber in die Stichwahlfront mit den Konservativen einzurücken. Käme es aber wieder so wie in den Jahren 1910 und 1912 — ja, was dann? Die guten Fortschrittler sind ja wegen der bekannten Geschichte zum Schluß der Reichstagssession auf die Sozialdemokratie so erschrecklich böse, daß sie sozialdemokratische Stichwahlunterstützung wahrscheinlich garnicht haben wollen. Und uns aufzudrängen — nein, dazu sind wir, trotz unserer viel geschmähten schlechten Manieren, doch zu gut erzogen! Wenn den Fortschrittlern also überhaupt noch etwas an den Stichwahlstimmen von Leuten liegen sollte, deren Vertreter bei einem Kaiserhoch nicht mithochen, dann müssen sie es sagen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Freispruch im Lemberger Ruthenen-Prozeß.

Nach einer Verhandlungsdauer von zwei Monaten wurde am Sonnabend in dem Prozeß gegen die wegen Hochverrats angeklagten Ruthenen das Urteil gefällt. Von 21 Schuldfragen auf Hochverrat, Spionage, Störung der öffentlichen Ruhe und Aufreizung verneinten die Geschworenen 20 Fragen einstimmig, die Frage bezüglich des Angeklagten Sandovicz wegen Beleidigung der katholischen Kirche mit zehn gegen zwei Stimmen. Der Gerichtshof sprach unter stürmischem Beifall der anwesenden Ruthenen die Angeklagten frei. Der Staatsanwalt meldete sofort Nichtigkeitsbeschwerde an und beantragte die Inhaftbehaltung der Angeklagten, welchem Antrage wegen Fluchtverdachts stattgegeben wurde. Die Freisprechung kam nicht unverhofft.

Frankreich.

Das Kabinett Viviani gescheitert!

Paris, 6. Juni. Es ist **Viviani** wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und einigen seiner Mitarbeiter in der Frage der Aufrechterhaltung der dreijährigen Dienstzeit nicht gelungen, sein Ministerium zu konstituieren. Diese Mitarbeiter sind Herr Godart, der zum Arbeitsminister ausersehen war, und Herr Ponsot, der Staatssekretär der schönen Künste werden sollte.

Es ist Viviani trotz eingehender Verhandlungen mit den in Aussicht genommenen Mitgliedern des neuen Ministeriums nicht gelungen, über die Frage einer eventuellen späteren Abänderung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit eine Verständigung herbeizuführen. Er hatte eine Formel in Vorschlag gebracht, durch die er theoretisch eine Abänderung des Militärgesetzes in der Kammer versprechen wollte. Den radikalen Mitgliedern des Kabinetts ging aber dieses Versprechen nicht weit genug und sie weigerten sich infolgedessen, Viviani ihre Mitarbeit zur Verfügung zu stellen.

Die Presse stellt durchweg fest, daß die Lage durch den Mißerfolg Vivianis eine ernste Verschärfung erfahren habe. Mehrfach wird dabei insbesondere auf die vermehrten Schwierigkeiten hingewiesen, die dem Präsidenten der Republik aus der unnachgiebigen Haltung der Radikalen erwachsen. Jaurès schreibt in der Humanité: Das Scheitern der Kombination Vivianis bedeutet den Beginn einer langen Reihe von Krisen, und es gibt da nur eine Aussicht auf Rettung, wenn alle Republikaner der Linken das von Godart und Ponsot gegebene Beispiel der Festigkeit nachahmen und ihrem Programm treu bleiben, ohne sich einschüchtern zu lassen. Denn um der Kammer ein Ministerium aufzudrängen, das das Dreijahresgesetz um jeden Preis aufrecht erhält, müßte man sofort weit nach rechts bis zu dem Grafen de Mun gehen. Wer würde das wagen, und wie lange würde ein solches Abenteuer dauern?

Ribot soll die Konkursmasse übernehmen.

Paris, 7. Juni. Delcassé, Dupuy und Peytral haben die Bildung des Kabinetts gleichfalls abgelehnt. Nunmehr ist Ribot die Kabinettsbildung angeboten worden. Er wird heute antworten.

Italien.

Wahldemonstrationen.

Mailand, 7. Juni. Aus Anlaß der Agitation für die allgemeinen Erneuerungswahlen der Gemeinde- und Provinzialräte kam es in Turin zu ernsten Tumulten. Tausende von Sozialisten versuchten wiederholt, in die Versammlung der Nationalisten im Theater Vittor Emanuel einzudringen, so daß die Polizei und das Militär einschreiten mußten.

Zusammenstöße in Ankona.

Rom, 7. Juni. In Ankona hatte die Polizei eine Protestversammlung der Republikaner und Anarchisten gegen die Strafkompagnien im Heere verboten. Heute nachmittag kamen in Villarossa 300 Republikaner und Anarchisten zusammen, um gegen dieses Verbot zu protestieren. 17 Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe verletzt. Durch die von der Polizei abgegebenen Revolverschüsse wurden ein Anarchist getötet und zwei andere Manifestanten schwer verletzt, von denen einer im Hospital gestorben ist. Drei bis vier andere Manifestanten wurden leichter verletzt.

Rußland.

Arbeiterverfolgungen.

Odessa, 6. Juni. Die Polizei nahm in der letzten Nacht Haussuchungen in allen Stadtteilen vor und verhaftete einige hundert Personen. Eine Arbeiterversammlung wurde bis auf den letzten Mann ausgehoben und hinter Schloß und Riegel gebracht. Es verlautet, daß hier wieder eine bedrohliche politische Gärung ausgebrochen sei.

Purischkewitsch-Prozesse. — Ein Riesenskandal.

Petersburg, 6. Juni. Eine Reihe von Gouverneuren hat den Duma-Abgeordneten Purischkewitsch wegen der in der Duma gegen sie gerichteten Angriffe verklagt. Sämtliche Prozesse werden in Petersburg stattfinden. Die Angelegenheit dürfte einen riesigen Umfang annehmen, da Purischkewitsch angeblich ein gewaltiges Anklagematerial zur Verfügung hat, das er jetzt durch mehrere Personen sichten läßt. Außerdem versandte der Bund des Erzengels Michael, dem Purischkewitsch angehört, Fragebogen über die Gouverneure an die Bundesmitglieder in der Provinz, um sich neues Material zu verschaffen.

Mexiko.

Die Verhandlungen. — Neue Komplikationen.

London, 7. Juni. Wie der Daily Telegraph meldet, sind die Verhandlungen in Niagara Falls gestern fortgesetzt worden. Damit dementiert das Blatt die Nachrichten von dem Abbruch der Verhandlungen. Es sei sogar zu einer Verständigung gekommen, mit der sich alle Parteien einverstanden erklärten. Einzelheiten werden dem Publikum vorläufig noch sorgfältig geheimgehalten.

Tampico, 6. Juni. Der konstitutionalistische Gouverneur Luis Caballero teilte dem Konsul der Vereinigten Staaten Miller mit, er habe Nachrichten erhalten, daß zwei Kriegsschiffe Guerrero, der kleine Kreuzer Zaragoza und das Kanonenboot Bravo, nach Tampico zu gehen beabsichtigen, um den Hafen zu bombardieren oder zu blockieren. Er teile dies dem Konsul mit, damit die vor dem Hafen liegenden amerikanischen Kriegsschiffe aus der Feuerlinie gehen können.

Washington, 7. Juni. Die Abfahrt der beiden mexikanischen Kriegsschiffe nach Tampico, welche die von Huerta erklärte Blockade in Kraft setzen sollen, haben die mexikanische Frage noch kritischer gestaltet. Den beiden Schiffen folgen ein nordamerikanischer Kreuzer und ein Kanonenboot mit dem Auftrage, die mexikanischen Schiffe zu überwachen. Man weiß, daß deren Kommandanten mitgeteilt ist, die Vereinigten Staaten sehen Tampico als offenen Hafen an und wünschen keine Unterbrechung des dortigen Handels.

Der Aufstand der Yaqui-Indianer.

Newyork, 6. Juni. Nach einer Meldung aus Juarez nimmt der Aufstand der Yaqui-Indianer im Staate Sonora (Mexiko) sehr ernste Dimensionen an. Die Gefahr ist auch für die Ausländer außerordentlich groß, und die Amerikaner wandern aus dem gefährdeten Gebiet ab.

Letzte lokale Nachrichten.

Gefunden. In einem hiesigen Restaurant ist beim Räumen einer Grube ein Ring mit einem kleinen Brillant gefunden worden, den eine Dame vor etwa sechs Jahren verloren hat. Der Name der Verlustträgerin ist damals in dem Restaurant nicht festgestellt worden. Sie wird ersucht, sich bei dem Fundamt der Königlichen Polizeidirektion zu melden.

Automatendiebe bestahlen innerhalb der letzten vier Wochen die in den Straßen aufgestellten Bücher- und Postkartenautomaten, sowie die vor den Kaiserlichen Postämtern 1 und 9 stehenden Postwertzeichenautomaten durch Einwerfen dreigeschlagener minderwertiger Geldstücke oder Metallscheiben. Teilweise wurden aber auch die Warenautomaten mittels eines für diese Zwecke angefertigten Hakens beraubt. Ein junger Mann, der den Polizeibericht gelesen hatte, veranlaßte die Festnahme eines solchen Diebes, der wie die Kriminalpolizei ermittelte, mit einem Arbeitsgenossen diese Diebstähle ausgeführt hatte und dessen Geliebte als Mitwisserin und Hehlerin in Frage kommt. Den Dieben kam es nur auf die Erlangung von Wertzeichen an, die sie gelegentlich in Zahlung gaben. Die Waren verschenkten sie.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte
für den 9. Juni 1914:

Nordwestwinde; wolkig; kühl; zeitweise Regen.

Wetterlage. Tiefer Druck zieht sich heute durch das Festland. Inmitten des tiefen Druckgebiets sind flache Teiltiefe zu erkennen, infolgedessen ist eine gleichmäßige und einheitliche Luftströmung bei uns nicht vorhanden. Die Wetterlage selbst ist unsicher. Sie bildet sich in dem Maße zu einer Regenwetterlage aus, indem sich hoher Druck ostwärts vorwärts schiebt und tiefer Druck ostwärts zurückweicht.

Wasserstände der Moldau und Elbe: Budweis — 6, Pardubitz — 68, Brandeis + 5, Melnik + 50, Leitmeritz — 18, Aussig + 2, Dresden — 144.

Letzte Telegramme.

Die Denkmalsbeschmutzung vor Gericht.

Berlin, 8. Juni. (Privattelegramm.) In dem Prozeß wegen der Beschmutzung des Kaiser-Friedrich-Denkmals in Charlottenburg, der heute verhandelt wird, war der 21jährige Angeklagte Rudolf Linke im wesentlichen geständig. Er weinte unaufhörlich und bemerkte, daß er an dem Abend betrunken gewesen sei. Die anderen Angeklagten bestreiten ihre Schuld. Buchhalter Westerwald bekundet: Am folgenden Abend habe der Angeklagte Göpfert in einem Restaurant gesagt, wer die Sache anzeige, werde unschädlich gemacht. Wenn die Sache herauskommen sollte müsse einer die Schuld auf sich nehmen und flüchten, das Geld sei bereitgelegt. Auf Befragen des Vorsitzenden bemerkt der Zeuge, er habe angenommen, daß das Geld von der sozialdemokratischen Partei gegeben werde. Göpfert bestreitet ganz entschieden, eine auch nur ähnliche Aeußerung getan zu haben. Auf Befragen des Verteidigers Justizrat Sommer, ob der Zeuge die Sache angezeigt habe oder ob seine Frau die Anzeigerin sei, verneint er, daß er der Anzeiger sei. Er glaube auch nicht, daß seine Frau die Anzeige gemacht habe. Der Sachverständige gibt ein Gutachten ab, daß ein dauernder Schaden dem Denkmal nicht zugefügt sei. Der Staatsanwalt beantragte für jeden der Angeklagten zwei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrenrechtsverlust. Die Frau eines Angeklagten, die im Zuhörerraum war, fiel in Schreikrämpfe. Die fünfte Strafkammer des Landgerichts III verurteilte die Angeklagten Rudolf Linke, Hugo Göpfert und Georg Kuhl zu je einem Jahr sechs Monaten Gefängnis wegen Sachbeschädigung auf Grund des § 304 des Strafgesetzbuchs und den Schenkwirt Paul Rauh wegen Beihilfe zu einem Jahr Gefängnis, es verrechnet allen Angeklagten einen Monat für die Untersuchungshaft.

Die Rüstungskommission.

Berlin, 8. Juni. (Privattelegramm.) Im Reichstage trat heute vormittag die Rüstungskommission wieder einmal zusammen, um die Referate der Abgeordneten Westarp und Erzberger über die Lieferung der Waffen und Munition entgegenzunehmen. Die Tagung soll mehrere Sitzungen umfassen. Die Chefs der großen Waffenfabriken sind als Sachverständige zugezogen worden. Auch die militärtechnischen Institute in Spandau sollen von der Kommission besichtigt werden.

Ein Theaterdirektor.

München, 8. Juni. (Privattelegramm.) Nach viertägiger Verhandlung im Prozeß gegen den Direktor des Münchner Volkstheaters, Schrumpf, erfolgte Freisprechung derjenigen, die Schrumpf beleidigt haben sollen durch Aeußerungen über sein unsittliches und brutales Vorgehen gegen Theatermitglieder. Das Gericht nahm dies als erwiesen an.

Entflohene Spione.

Czernowitz, 8. Juni. (Privattelegramm.) Seit einiger Zeit befinden sich im hiesigen Landgericht zwei Brüder Gerowisky in Untersuchungshaft, die als Leiter der ganzen russenfreundlichen Bewegung in Oesterreich unter der Anklage der Spionage und des Hochverrats stehen und in den nächsten Wochen vor die Geschworenen kommen sollten. Am Sonntag morgen sind sie aus dem Untersuchungsgefängnis entflohen. Es gelang ihnen, in einem bereitgestellten Automobil über die russische Grenze zu kommen. Man nimmt an, daß Gefängnisbeamte bei der Flucht behilflich waren. Einige Gefängnisbeamte sind verhaftet worden.

Streik französischer Sardinenfischer.

Paris, 8. Juni. Aus Nantes wird gemeldet: Infolge des Beschlusses der Fischkonservenfabrikanten, die Fische fortan nicht mehr nach der Zahl, sondern nach Gewicht zu kaufen, sind 1500 Sardinenfischer in den Ausstand getreten.

Ribots Absicht.

Paris, 8. Juni. Senator Ribot hat die Absicht, ein Kabinett zur Linken zu bilden und in dieses mehrere Minister aus dem früheren Kabinett, vor allem Noulens und Viviani, aufzunehmen. Ribot ist der Ansicht, die militärische Frage sei nicht gestellt. Das Kabinett müsse das Gesetz ebenso loyal anwenden wie das Kabinett Doumergue.

Kämpfe in Marokko.

Paris, 8. Juni. Nach einer Blättermeldung aus Rabat wurde eine Abteilung französischer Soldaten, die die mit der Herstellung einer Telegraphenleitung von [illegible] nach [illegible] beschäftigte Abteilung überwachte, von [illegible] angegriffen. Die Marokkaner wurden mit Verlusten zurückgeschlagen. Die Franzosen sollen [illegible] Tote und [illegible] Verwundete gehabt haben.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

Volks-Versammlung

Dienstag den 9. Juni, abends 9 Uhr
im **Gasthof Wölfnitz.**

Tages-Ordnung:

Reaktion und Sozialdemokratie

Redner: Reichstagsabg. **Dr. Georg Gradnauer**

:: **Redefreiheit für jedermann!** ::

Alle über 18 Jahre alten Personen haben Zutritt. [V55

Oeffentliche politische Versammlung. Der Einberufer: Reinhold Eichler, Lange Straße 86.

(Oeffentliche politische Versammlung.)

An die Jugendlichen über 18 Jahre!

Donnerstag den 11. Juni, abends 8½ Uhr

Oeffentliche Versammlung

in der Roten Schänke in Döhlen.

Tages-Ordnung:

Aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

Referent: Landtagsabgeordneter **H. Fleissner.**

Mit vorstehendem Thema findet der für die Jugendlichen veranstaltete Kursus seinen Abschluß. Es ist unbedingt notwendig, daß jeder für regen Besuch Sorge trägt. [V55

Einberufer: H. Kahmann, Potschappel.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter, Löbtau.

Sonnabend den 13. Juni, abends 9 Uhr, in **Kämpfes Turnhalle**, Wernerstr.

Haupt-Versammlung.

1. **Geschäfts- und Kassenbericht.** 2. **Neuwahl der Ortsverwaltung.** 3. **Allgemeine Kassenangelegenheiten.**

Mitgliedsbuch legitimiert. [K 197

Zahlreiches Erscheinen erwünscht **Die Verwaltung.**

Erstes Kulmbacher

Heute und folgende Tage

Olympia-Theater

Altmarkt 13

Kinematographische Aufnahme vom [A 46

Stafetten-Wettlauf

Rund um den Großen Garten zu Dresden

Ausserdem das reichhaltige Programm.

Spülapparate mit 2 Kanälen von 1.75 M. an. Spülkannen, Leibbind., Menstruationspulver, Vorfallbind. u. Hygien.

FrauenArtikel Auskunft gratis. Auf Verl. 10 Proz. Rabatt

Frau Heusinger
●●● 37 Am See 37 ●●●
Erster Laden vom **Dippoldiswaldaer Platz.**
Genau auf **Namen** und **Hausnummer** achten.

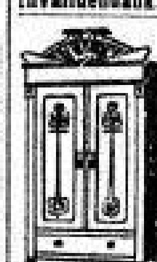
2–3 Malergehilfen sucht [K 833
Paul Mehlhorn, Malermeister **Birkigt**, Potschappler Straße.

Kleine Anzeigen

Zinshaus
Weidentalstraße für 48 000 M. bei 5000–10 000 M. Anz. zu verkaufen. Miete 3200 M. [A 85
Gefl. Off. erb. unt. **W. E. 666** an den Invalidendank Dresden.

Eck-Zinshaus
modern gebaut, in Dresden-N., von Bank in Zwangsversteigerung erstanden, f. 45 000 M. bei 5000 M. Anzahlung zu verkaufen. Eine feste Hypothek, 9 Wohnungen, 3200 M. Miete. Gefäll. Offerten unter **N. V. 350, Invalidendank, Dresden.** [A 85

2 klein. Zinshäuser
in Oberpesterwitz mit hübschen Gärten, je 4 Wohnungen, mitten im Dorfe gelegen, für 18 000 u. 16000 M. zu verkaufen. Anz. 3–5000 M. Offerten erbeten unter **S. Z. 296 Invalidendank, Dresden.** [A 58


Kleiderschränke in allen Größen und Preislagen von **24.00 M.** an **Tränkners Möbelhaus** Görlitzer Str. 21/23.

✚ Damen ✚
empf. best. **Spülapparate, Mutterspritzen, hyg. Artikel** und wenden sich bei Störung vertrauensvoll an **Frau Fröhlich, Wallstraße 23, I.**

K. Dittrichs Netzbettstellen

Kinderwagen, Klapp-Sportwagen, Kinderstühle sind die Besten
weit und breit bekannt als billigste Quelle
da kein Laden. **Liliengasse 8, pt.** in d. Nähe v. **Postplatz u. Am See.**

Fisch-Götze
Sachsentag: 4., 5. u. 6. Juli.

12 000 Zigaretten
2 u. 2½ ₰ fast zu halben Preisen, auch in kleinsten Posten, verkauft nur abends **Kreutzerstr. 6, 2. I.**

ff. Schmerfett von 5 Pfd. an Pfd. **70 ₰**
Bürger-Schänke Zohl Palmstraße 1. [B867

Rosel Nitzsche
Palmstr. 13, Hof I. Etage
empfiehlt sich den geehrten Vereinen zur Anfertigung von Dekorationen und Lorbeerkränzen; auch werden Haararbeiten angefertigt.

Suche sofort 1 Kind in Pflege
womöglich von besseren Leuten. **Potschappel**, Aeußere Burgwartstraße L. 2. 114a, 1. Et. [K144

Junge Leute suchen per 1. Oktober in **Gittersee** od. Umg. **Wohnung**, bestehend aus Stube, Kammer, Küche. Offerten unter **P. K.** an die Expedition abzugeben. [K 207

.Kr., Bez. Reichenberg
Dienstag den 9. Juni
Bezirks-Ausschuß.
Gruppe Boxdorf
Donnerstag den 11. Juni
Gruppen-Sitzung.
Gruppe Reichenberg–Wahnsdorf–Eisenberg–Dippelsdorf
Sonnabend den 13. Juni
Gruppen-Sitzung.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen notwendig.
V 16] **Die Bezirksleitung.**

Freie Turnerschaft Potschappel.
Dienstag den 9. Juni, abends 9 Uhr im **goldenen Löwen**
Monats-Versammlung.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. [K 143] **Der Turnrat.**

Bürgerschänke
Zehls Erben [B866
Palmstraße 1, a. d. Wettinerstraße.
Jeden Mittwoch und Freitag unter herrlichen Maien
liebliche Volksmusik

Talschänke Neu-Burgk.
Herrliche Partie durch das **Kaitzbachtal.** **E. Hillig.**

Deutscher Holzarbeiterverband
Zahlstelle Dresden

Dienstag den 9. Juni, abends 6½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Kristallpalast, Schäferstraße 45.

Tages-Ordnung:
1. **Bericht vom Verbandstag.** 2. **Beitragsfrage und Ausgesteuerten-Unterstützung.** 3. **Verbands- und gewerkschaftliche Angelegenheiten.** [V 113

Wir ersuchen die Kollegen, vollzählig zu erscheinen. Alle Kassierer und Funktionäre sind verpflichtet, zu erscheinen. **Die Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.** Die Legitimationskarten haben sich die Kollegen abstempeln zu lassen.

Die Verwaltung.

Allg. Ortskrankenkasse Dippoldiswalde

Sonnabend den 20. Juni, abends Punkt 8½ Uhr, im Schützenhaus

Ausschuss-Sitzung

Tages-Ordnung:
1. **Geschäftliche Mitteilungen.**
2. **Richtigsprechung der Jahresrechnung 1913.**
3. **Beschlußfassung über den Beitritt zum Verband der Ortskrankenkassen im Königreich Sachsen und zum Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen.**
4. **Eventuelle Anträge.**

Anträge, von mindestens zehn Mitgliedern des Ausschusses unterzeichnet, müssen bis 17. Juni beim unterzeichneten Vorsitzenden eingereicht werden.

Dippoldiswalde, den 6. Juni 1914. [L 1597
Der Gesamtvorstand. Ernst Börner, Vorsitzender.

Möbel
mod. Bauweise, in echt und gemalt, beziehen Sie am vorteilhaftesten **direkt** aus **Wilsdruffs grösstem Möbelgeschäft** von
Hildebrand
Hauptgeschäft u. Kontor: **Bahnhofstr. 155, pt. u. I.**, 2 Min. v. Bahnhof.
Eigene Tapezierer-Werkstatt.
Spezialität: Komplette Brautausstattungen.
Lieferung frei Haus. — Telephon 125. — Mehrjährige Garantie.

Für Gewerkschaften und Vereine
empfehlen wir zur
Verlosung bei Sommerfesten
Gute Bilder (Steinzeichnungen), **Bücher** von 20 u. 30 Pf. an, **Kunstwart-Mappen, Klassiker, Globen, Bebel-Bilder** in ovalen Rahmen, **kleine Bebel-Büsten** usw. usw.
Volksbuchhandlung, Wettinerpl. 10.

Eine **neue Haut** erhält man unmerklich für die Umgebung durch „Vater Philipp Schuppenspiritus“, dieser schält die alte Haut mit ihren Unreinigkeiten (Pickel, Mitesser, Flecken, Falten, Sommersprossen usw.) schmerzlos ab und lässt eine junge, zarte, sammetige Haut zum Vorschein kommen. Flasche Mk. 1,20 d. Tutog.-Lab. Szittkehmen-Rominten. Dresden: Marienapotheke, Altmarkt, und Hofapotheke, Schlossstrasse, und andere Apotheken.

Vorstadt Pieschen.
Bestellungen auf: **Dresdner Volkszeitung, In freien Stunden, Wahren Jakob, Glühlichter** sowie auf **sämtliche Parteiliteratur** nimmt entgegen
Paul Weichelt, Buchhandlung, Oschatzer Str. 12.
Inseraten-Annahme für denselben Tag bis früh 8½ Uhr.

Musenhalle Löbtau
Schönster Konzertgarten der Umgebung. Gesch. Lage.
Heute Dienstag
Gr. Militär-Konzert.
Jäger-Bataillon Nr. 13. Besonderes Programm!
Eintritt 15 Pf. [K 57] **Große Kolonnaden!**

Dresdner Theater

Königliches Opernhaus

Dienstag den 9. Juni

Die lustigen Weiber von Windsor

Komisch-phantastische Oper in drei Akten mit Tanz, Musik von Otto Nicolai

Musikalische Leitung: Kurt Striegler

Sir John Falstaff . . . Georg Zottmayr
Herr Fluth, Bürger v. Windsor . . . Walter Soomer
Herr Reich, Bürger v. Windsor . . . Julius Puttlitz
Fenton . . . . Emil Enderlein
Junker Spärlich . . . Hans Rüdiger
Dr. Cajus . . . . . Robert Büssel
Frau Fluth . . . . . Margar. Siems
Frau Reich . . . . . A.-C. v. Normann
Jungfer Anna Reich . Elise v. Catopol
Ein Kellner vom Gasthofe zum Hosenbande . . . August Seiler
Erster, Zweiter, Dritter, Vierter Bürger . . . Alfred Müller, Cäsar Markgraf, Julius Hahn, Friedrich Ernst

Anfang 8 Uhr, Ende 10¾ Uhr

Mittwoch: Götterdämmerung. (6)

Donnerstag: Zum Besten des Pensionsvereins für die Witwen und Waisen der darstellenden Mitglieder der Kgl. Hoftheater: Der Rosenkavalier. (7)

Königl. Schauspielhaus

Dienstag den 9. Juni

Kater Lampe

Komödie in vier Akten von Emil Rosenow

Ermischer, Bauerngutsgutsbesitzer und Gemeindevorstand . . . Alfred Meyer
Frau Ermischer . . . Magda Bleibtreu
Maari, Magd . . . . Amelia Jauf
Neubert, ein großer Spielwarenverleger . . . Wolf Müller
Frau Neubert . . . J. Barden-Müller
Hartmann Schönherr, Holzdrehermeister . . . Hans Wahlberg
Frau Schönherr . . . Clara Salbach
Gertrud, Heinerle, Hänsel, Liesel, die Kinder . . . Else Löffler, Kurt Liebeskind, Alice Liebeskind, JulianeMichaelis
Neumerkel, der Geselle . Emil Lindner
Weigel, Bezirksgendarm . Alexander Wierth
Seifert, Gemeindediener . Hanna Fischer
Frau Seifert . . . . Hermine Körner
Ulbrich, Landbriefträger . Eugen Huff
Frau Ulbrich . . . . Luise Fiala
Eine Magd . . . . . Margarete Leber

Anfang 7½ Uhr, Ende nach 10 Uhr

Mittwoch: Der Marquis von Keith. (7½)

Donnerstag: Zyklus klassischer Vorstellungen (1. Abend): Wallensteins Lager. Die Piccolomini. (7)

Interims-Theater

Ostra-Allee, Eingang Trabantengasse

(Abonnements gültig)

Dienstag den 9. Juni

Erstaufführung

Der Meister

Komödie in 3 Akten von Hermann Bahr

Cajus Duhr . . . . Magnus Arnd
Violet, seine Frau . . Leontine Sagan
Medizinalrat Dr. Weich.
Duhr . . . . Emil Hock
Julie, seine Frau . . . Rosa v. Berkanyi
Franz, Graf Vanin . . . Otto Groß
Dr. Kokoro . . . . . Anton Menzinger
Dr. Ikdor Balsam . . Heinr. Sprenrath
Ida Weißel . . . . . Stella David
Rektor Geheimrat Sielus Oswald Wolf
Pummerer, der Bürgermeister . . . Julius Donat
Woldemar Wick, Redakteur der „Hahns“ . . May Zähnig
Klemens . . . . . . Konr. Bachmann

Anfang 8½ Uhr, Ende gegen 10½ Uhr

Mittwoch und Donnerstag: Der Meister. (8½)

Residenz-Theater

Dienstag den 9. Juni

Gastspiel Anton Franck

Die spanische Fliege

Schwank in drei Akten von Franz Arnold und Ernst Bach

Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr

Allabendlich: Die spanische Fliege. (8)

Zentral-Theater

Dienstag den 9. Juni

Gastspiel des Trianon-Theaters in Berlin

Wenn Frauen reisen

Lustspiel in 3 Aufzügen von Mondgy-Eon und Nancey

Anfang 8 Uhr, Ende nach 10 Uhr

Allabendlich: Gastspiel des Trianontheaters

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Dresden-A. — Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden-Kaußlitz. — Druck von Kaden u. Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140608/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Zur Landesversammlung.

Die Delegierten zur Landesversammlung in Leipzig werden ersucht, sich recht bald beim Lokalkomitee, Karl Schrörs, Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, 1, wegen Beschaffung von Wohnungen anzumelden und ihre Wünsche, ob Hotel oder Privatlogis, mitzuteilen.

Das Lokalkomitee beabsichtigt, an Stelle der sonst üblichen Begrüßungsabende den Delegierten den freien Eintritt in die Internationale Ausstellung für das Buchgewerbe für die Dauer der Landesversammlung zu gewähren, so daß die Delegierten bereits Sonntag den 12. Juli, vormittags, die Ausstellung besuchen können. Zu diesem Zwecke sollen die Eintrittskarten, Führer durch die Ausstellung und Wohnungskarten den Delegierten vorher zugesandt werden. Es wird deshalb gebeten, dem Lokalkomitee die genaue Adresse der Delegierten und der Berechtigten zur Teilnahme an der Landesversammlung mitzuteilen.

Das Lokalkomitee.

Sächsische Angelegenheiten.

Das liberale Landtagswahlkartell.

Die Nationalliberalen und Fortschrittler wollen bekanntlich bei den nächsten Landtagswahlen im Jahre 1915 gemeinsam vorgehen. Näheres ist über das beabsichtigte Techtelmechtel noch nicht bekannt geworden. In der Hauptsache handelt es sich darum, daß beide Parteien in den einzelnen Wahlkreisen gemeinsame Kandidaten aufstellen. Eine gewisse Schwierigkeit dieses Abkommens scheint darin zu liegen, in welchen Kreisen ein nationalliberaler oder ein fortschrittlicher Kandidat das liberale Banner entfalten soll. Jede Partei will natürlich dabei ihren eignen „Besitzstand" nicht nur wahren, sondern möglichst vergrößern. Dieser Umstand ist in erster Linie Objekt des gegenseitigen Schacherns. Bei den Fortschrittlern kommt in Betracht, daß es ihnen sowohl an einer leistungsfähigen Organisation, als auch an dem nötigen Gelde fehlt, um für sich allein eine umfassende Wahlagitation im ganzen Lande treiben zu können. Diese Verhältnisse sind selbstverständlich den Nationalliberalen nicht unbekannt, sie werden sie ausnutzen und für sich den größten Vorteil des Kartells herauszuschlagen suchen. — Im Verein der Fortschrittler in Zittau hat kürzlich Redakteur Steinsdorf einen Vortrag über den beabsichtigten Wahlhandel gehalten. Näheres durfte er aber auch jetzt noch nicht verraten, da die sächsischen Parteitage beider Gruppen erst ihren Segen dazu geben sollen. Immerhin ist nicht ganz ohne Interesse, was Herr Steinsdorf nach einem Bericht der Zittauer Morgenzeitung ausgeführt hat:

> Er legte in einer Schilderung der politischen Lage in Sachsen und auch im Reiche und der Parteiverhältnisse in Sachsen dar, wie sich die Vorbedingungen für ein Zusammengehen beider Parteien seit 1909 entwickelt haben und wie sich beiden Parteien in Sachsen die Einsicht, daß für das Zusammengehen eine unbedingte Notwendigkeit vorliegt, geradezu aufdrängen mußte, wenn das Ziel, den Liberalismus zu stärken und in der Zweiten Kammer zum ausschlaggebenden Faktor zu erheben, erreicht werden soll. Unter Wahrung des gegenwärtigen Besitzstandes beider Parteien (37 Mandate) bedarf es nur des Gewinnes von neun Mandaten, um eine nationalliberal-fortschrittliche Mehrheit in der Zweiten Kammer herbeizuführen. Und das kann nicht schwer sein, wenn die Stoßkraft beider Parteien ausschließlich nach außen gerichtet werden kann und im liberalen Bürgertum volles Verständnis für das Ziel besteht, das die Grundlage des Wahlbündnisses bildet. Wenn früher ein sächsischer Minister spöttisch erklärt hat, er wisse nicht, was Liberalismus sei, so wird die Regierung dann nicht mehr umhin können, sich die fehlende Erkenntnis anzueignen. Die konservative Stagnation wird ein Ende nehmen müssen und die Regierung wird sich positiven Leistungen in liberaler Richtung nicht mehr völlig entziehen können. Der Redner hob hierbei scharf hervor, daß das Wahlbündnis keiner der beiden liberalen Parteien zumutet, ein Titelchen ihrer Parteigrundsätze aufzugeben; nichts anderes kommt in Frage, als daß in jedem Wahlkreise nur ein liberaler Kandidat aufgestellt wird und daß die aufgestellten nationalliberalen und fortschrittlichen Kandidaten in jedem Falle von beiden Parteien unterstützt werden. Der Bündnisgedanke war noch nicht über unverbindliche Besprechungen zwischen Mitgliedern beider Landtagsfraktionen hinausgekommen, als der Tod des sozialdemokratischen Abgeordneten für Großschönau-Ebersbach zum Handeln nötigte. Das Wahlübereinkommen für die Oberlausitz bildete den entscheidenden Schritt für das Zustandekommen eines lückenlosen Wahlbündnisses für ganz Sachsen, und vom Ausfall der Wahl war viel mehr abhängig als nur das eine Mandat.... In sorgfältigen Erörterungen haben dann die Bündniskommissionen die Wahlchancen beider liberalen Parteien in sämtlichen Landtagswahlkreisen mit voller Objektivität geprüft, alle vorliegenden Wünsche so weit als irgendmöglich berücksichtigt und danach die Verteilung der Kandidaturen unter beide Parteien festgestellt. Jetzt haben die Landesparteitage beider Parteien zu entscheiden. .... Alle abweichenden Wünsche in den einzelnen Wahlkreisen aus beiden Lagern müßten auf beiden Parteitagen zurückgedrängt werden, weil einem Wunsche auf der einen Seite sofort ein Wunsch auf der andern Seite folgen und schließlich der ganze Verteilungsplan neu aufgerollt werden würde. Auf den Parteitagen könne man aber so komplizierte Aufgaben schwerlich lösen. Das Bündnis müsse Vertragskraft erlangen; wenn dann bei der Kandidatenaufstellung noch kleine Verschiebungen eintreten sollten, würde das Ganze nicht mehr gefährdet.

Der letzte Satz läßt erkennen, daß der Schacher doch noch nicht in dem Topfe liegt, in dem gekocht werden soll. Er stellt allerdings die starke Zumutung an die liberalen Organisationen der einzelnen Wahlkreise, daß sie auf ein Mitbestimmungsrecht bei der Aufstellung von Kandidaturen verzichten. Im übrigen scheinen die liberalen Wahlmacher sehr große Rosinen im Kopfe zu haben. Es kommt aber auch in der Politik manchmal ganz anders als man denkt. Die Wahlkalkulationen der Liberalen sind fast bei allen Nachwahlen im Reich recht kläglich in die Brüche gegangen. Die Sozialdemokratie, der dieses Kartell wenig anheben kann, wird jedenfalls auf dem Posten sein! — Grundsätze geben beide Parteien nicht auf, bei diesem Handel. Das ist sehr leicht gesagt, weil — sie keine haben. In der Zweiten Kammer hat man im letzten Landtag davon so gut wie nichts bemerkt. Daß man sich mit den Konservativen ab und zu einmal etwas herumzankt, hat mit Grundsätzen nie etwas zu tun gehabt, wenn man von der Schulreform absieht. Aber auch da waren die Nationalliberalen sehr umfallsüchtig und sie waren mehr am völligen Umfall. In allen wichtigeren politischen und sozialpolitischen Fragen haben Nationalliberale und Fortschrittler ein jämmerliches Bild der Zerfahrenheit gegeben dort, wo sie sich nicht von vornherein geschlossen der Reaktion anbiederten. Beide Fraktionen stimmten bei vielen wichtigen Fragen getrennt. Die Zittauer Verwahrung von wegen der Grundsätze ist also ganz überflüssig. Daran wird das Kartell nicht scheitern, wenn man sonst bei der Verteilung des Bärenfelles Einigung erzielt. Die erträumte liberale Mehrheit in der Zweiten Kammer aber würde zeigen müssen, was sie an wirklich liberaler Politik leisten will, was sie kann, das ist eine ganz andere Frage. Ein Liberalismus, der sich so verhält, wie im letzten Landtag die nationalliberale und die fortschrittliche Fraktion, wird nichts an wirklichen Fortschritten erzielen. Denn vor solcher Politik hat niemand Respekt. Also bitte, den Mund nicht so voll nehmen!

Wohnungselend.

Die mißlichen Wohnungsverhältnisse der Stadt Löbau waren kürzlich Gegenstand einer Besprechung. Es wurde dargelegt, daß Familien mit zahlreicher Kinderschar in der Stadt keine Wohnung finden und vielfach im Armenhaus Unterkommen suchen müssen, weil die Stadtgemeinde keine andere Unterbringungsmöglichkeit bietet. Nun sind aber die Zustände im Armenhaus selbst recht unwürdige. Die Räume befinden sich in einer Verfassung, daß ein Hausbesitzer sie nur vermieten würde, wenn sich dem Mieter gar kein anderer Ausweg bietet. In einem Raum müssen mehrfach Familien kochen, wohnen und schlafen. Dabei besteht noch die Bestimmung, daß die Bewohner die ihnen überwiesenen Räume nicht ohne zwingenden Grund verlassen dürfen. Zwangsweise im Armenhaus untergebrachte Personen und solche, die aus oben angegebenem Grunde im Armenhaus Wohnung nehmen müssen, sind den gleichen entwürdigenden Bestimmungen unterworfen, wie man sie für Armenhäusler für angebracht hält. (!) Vier Familien haben nur einen Raum zur Verfügung, in dem sie alles verrichten müssen. Davon haben zwei Familien je vier Kinder. Eine Familie besteht aus drei Erwachsenen und drei Kindern. Eine Familie hat zwei Kinder. Es wohnen und schlafen also in jedem Falle mindestens vier Personen in einem Raum, wenn sie sich auch sicherlich keine luxuriösen Speisen darin zubereiten. Aber es ist noch schlimmer. Eine Familie mit fünf Kindern, das sechste soll bald geboren werden, bewohnt eine Stube mit Kammer! Dabei sind die Räume noch klein. Zwölf Wohnungen befinden sich insgesamt in diesem sogenannten Armenhause.

Mehr hat man also in der Beamtenstadt Löbau für die Bedauernswertesten der Gesellschaft nicht übrig! Die einzelnen Familien müssen durchschnittlich für ein von ihnen bewohntes Loch 1 M. pro Woche zahlen. Man muß schon sagen, daß solche Zustände einer Stadtverwaltung, noch dazu wenn die Stadt nicht arm ist, unwürdig sind.

Die Streikverordnung.

Zu dem § 5 der in Aussicht stehenden Streikverordnung schreibt das Zwickauer Tageblatt: „Das ist ein glattes Verbot des Streikpostenstehens, das in die Ermächtigung unterer Polizeibehörden gestellt wird — ein höchst bedenklicher Vorgang, der der Willkür Tür und Tor öffnet. Wenn aber schon jetzt ein Widerspruch zwischen den Ansichten des Ministers und dem Inhalt der Verordnung enthalten ist, wie mag es später werden, wenn der Minister nicht mehr da ist?" Die im letzten Satz enthaltene Frage ist recht naiv. Im übrigen findet das Blatt: „Ein merkwürdiger Widerspruch klafft in den Mitteilungen über die neue sächsische Streikverordnung. Minister des Innern Graf Vitzthum hat sowohl in der Zweiten Kammer als auch privat und offiziös erklären lassen, daß keinerlei Aenderung des bestehenden materiellen Rechts mit der Streikverordnung geplant sei, daß insbesondere auch das Streikpostenstehen nicht verboten werden solle."

Die fatalen „Bebelwähler".

Den Konservativen macht es Vergnügen, die Nationalliberalen mit der Tatsache zu ärgern, daß Wachhorst de Wente nur mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt werden konnte. Den Nationalliberalen fällt das stark auf die Nerven. Statt das Gerede der Konservativen der verdienten Lächerlichkeit zu überlassen, ist man krampfhaft bemüht, nach Gegenbeispielen zu suchen. Die gibt es in der Gegenwart nicht nur vereinzelt, die Nationalliberale Korrespondenz gräbt aber tiefer. Das Blatt tischt jetzt folgende „zeitgemäße Erinnerung" auf:

„Wenn es nach der konservativen Presse ginge, so wäre ein sog. „Bebel-Wähler" in nationaler Beziehung ein für allemal gerichtet. Da ist es doch interessant, die Konservativen daran zu erinnern, daß sie es gewesen sind, die im Jahre 1877 demselben Herrn Bebel, als er in Dresden links der Elbe kandidierte, in den Reichstag verholfen haben. Damals stand Bebel mit einem Nationalliberalen in Stichwahl, die mit dem Sieg des sozialdemokratischen Führers endigte. Die National-Zeitung berichtete darüber in ihrer Nr. 46 vom 27. Januar 1877: „Für Bebel müssen, nach den Zahlenverhältnissen beim ersten Wahlgange und bei der Stichwahl zu schließen, zahlreiche partikularistische Konservative und fortschrittliche Wähler gestimmt haben, denen es als das „kleinere Uebel" erscheint, die Haupt- und Residenzstadt des Königreichs Sachsen im Deutschen Reichstage durch einen Sozialdemokraten, dessen „Reichsfeindlichkeit" ihnen wohlgefällig ist, als durch einen reichsfreundlichen Nationalliberalen vertreten zu sehen." — Daß aber die National-Zeitung richtig berichtete, bestätigt ausdrücklich der Geschichtskalender von Schultheß, der unter dem 26. Januar 1877 berichtet: „Der Sozialdemokrat Bebel wird in Dresden bei der Stichwahl zum Mitgliede des Reichstags gewählt, indem ihm auch zahlreiche und zum Teil hochgestellte Konservative ihre Stimmen geben gegen den Kandidaten der verhaßten Nationalliberalen. Bebel wird auf diese Weise mit 10 834 gegen 9923 Stimmen gewählt." — Danach wird es also schon seine Richtigkeit haben, und die Konservativen werden mit dem Wort „Bebel-Wähler" künftighin vorsichtiger sein müssen."

Hoffentlich beruhigen sich die Nationalliberalen nun aber auch. Denn sie machen sich sonst unsagbar lächerlich.

Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen.

In Dresden wurde der 24. Verbandstag der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Königreich Sachsen abgehalten. Der Verbandsdirektor, Geh. Hofrat Dr. Bach, erstattete den Jahresbericht. Danach sind im vergangenen Jahre 16 Genossenschaften neugegründet worden, außerdem haben sich die Dreschgenossenschaft zu Hühndorf und die Wasserleitungsgenossenschaft zu Königsfeld bei Geithain angeschlossen, während sieben Genossenschaften ausgeschieden sind. In Gröditz haben sich die Bezugs- und Absatzgenossenschaft und der Darlehns- und Sparkassenverein zu einem Spar-, Kredit- und Bezugsverein vereinigt. Jetzt gehören dem Verbande 497 Genossenschaften mit rund 34000 Mitgliedern an. Am stärksten vertreten sind die Genossenschaften, die sowohl das Geldgeschäft als auch das Warengeschäft betreiben, rund 300. Sie haben sämtlich die unbeschränkte Haftpflicht, während die reinen Bezugs- und Absatzgenossenschaften (77) auf der Grundlage der beschränkten Haftpflicht aufgebaut sind. Die Dichtigkeit des genossenschaftlichen Netzes ist in den Kreishauptmannschaften verschieden. Am stärksten ist sie in der Kreishauptmannschaft Dresden, dort gibt es 156 ländliche Genossenschaften. Es folgen dann Bautzen mit 113, Leipzig mit 97, Chemnitz mit 81 und Zwickau mit 50 Genossenschaften. Dem Verbande gehören gegenwärtig an die Landesgenossenschaftskasse, die landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft, 79 Darlehns- und Sparkassenvereine, 192 Spar-, Kredit- und Bezugsvereine, 75 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 19 Molkereigenossenschaften, 5 Kartoffeltrocknungsgenossenschaften, 22 Weidegenossenschaften, 28 Wasserleitungsgenossenschaften, 10 Dreschgenossenschaften und 13 verschiedene Genossenschaften. — Der Verbandsausschuß hat sich eingehend mit dem Problem der genossenschaftlichen Viehverwertung und der Beschaffung guten Zucht- und Nutzviehes aus den Zuchtgebieten Norddeutschlands beschäftigt, sowie mit einem Antrage, der auf eine Staffelung der Schlachtviehversicherungsbeiträge hinzielt. Das Ergebnis dieser Beratungen wurde jedoch nicht mitgeteilt.

Bekanntlich erfreuen sich die landwirtschaftlichen Genossenschaften im Gegensatz zu den Genossenschaften der Arbeiter, denen man die größten Schwierigkeiten bereitet, der weitgehendsten Förderung und Unterstützung der Regierung.

Parteibewegung im Bezirk Zwickau.

Aus dem Geschäftsbericht des Bezirksvorstandes und der Vorstände der drei Reichstagswahlkreise auf das Rechnungsjahr 1913/14 ist zu entnehmen, daß die anhaltende Wirtschaftskrise auch auf die Mitgliederbewegung in den drei Kreisen ungünstig eingewirkt hat. Besonders hat die Krise im 23. Kreis arg gewütet und hier wiederum hauptsächlich in den Städten Plauen und Oelsnitz. Das Darniederliegen der dortigen Industriezweige veranlaßte viele Arbeiterfamilien zur Abwanderung, wodurch die Parteiorganisation schwer geschädigt wurde. Der Mitgliederverlust betrug infolgedessen in diesem Kreise 119. Im 18. und 22. Wahlkreis brachte die Krise ebenfalls schwere wirtschaftliche Schädigungen für die arbeitende Bevölkerung mit sich. Es gelang aber trotzdem, nicht nur den Mitgliederbestand vom Vorjahre zu erhalten, sondern eine wesentliche Mitgliederzunahme zu erzielen. Trotz alledem war es nicht möglich, den durch die Krise im 23. Kreis verursachten Verlust dadurch auszugleichen, es verblieb vielmehr immer noch ein Verlust von 97 Mitgliedern gegenüber dem Vorjahre. Die Mitgliederzahl betrug in allen drei Kreisen 18 173 (14 501 männl., 3672 weibl.), gegen 18 270 im Vorjahre. Es war eine Zunahme von 1414 Mitgliedern zu verzeichnen, der eine Abnahme von 1511 Mitgliedern gegenüberstand.

Auf die einzelnen Kreise verteilt, gestaltet sich die Mitgliederbewegung folgendermaßen: 18. Reichstagswahlkreis: Mitgliederbestand 7453 (5767 männl., 1686 weibl.), gegen 6658 (5130 männl., 1528 weibl.) im Vorjahre. Die Zunahme beträgt mithin 795 (637 männl., 158 weibl.). In 27 Ortsgruppen ist eine Zunahme von 925 Mitgliedern zu verzeichnen, der eine Abnahme von 130 Mitgliedern in 11 Ortsgruppen gegenübersteht. 4 Ortsgruppen blieben sich im Mitgliederstande gleich. Der 22. Wahlkreis verfügt über einen Mitgliederbestand von 4866 (3613 männl., 1253 weibl.), gegen 4247 (3389 männl., 858 weibl.) im Vorjahre. Die Mitgliederzunahme betrug 708, die Abnahme 89, demnach ist ein Zuwachs von 619 Mitgliedern zu verzeichnen. Der 23. Wahlkreis zählte am Schlusse des Geschäftsjahres 5854 Mitglieder gegen 7373 im Vorjahre. Das ist ein Verlust von 1519 Mitgliedern.

Die Kassenverhältnisse ergeben folgendes Ziffernbild: Bezirkskasse: Einnahme 21 740,10 M., Ausgabe 18 562,40 M. Im 18. Wahlkreis betrug die Einnahme 34 878,13 M. und die Ausgabe 30 453,12 M. 22. Wahlkreis: Einnahme 10 241,76 M., Ausgabe 9163,49 M. 23. Wahlkreis: Einnahme 27 465,57 M., Ausgabe 26 991,76 M.

Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder hat in zwei Kreisen bei den letzten Kommunalwahlen einen erfreulichen Zuwachs erfahren. Sie stieg im Berichtsjahre um 14. In den drei Kreisen sind Gemeindevertreter vorhanden: 100 ansässige und 170 unansässige. Im 18. Wahlkreis sank die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter von 123 auf 120, im 22. Wahlkreis stieg dieselbe von 81 auf 88 und im 23. Wahlkreis von 52 auf 62. — Die Agitation war eine sehr rege. Es wurden insgesamt 198 öffentliche, 784 Mitglieder- und 78 Frauenversammlungen abgehalten. Zur Verteilung kamen 578 100 Flugblätter, 414 830 Handzettel und 21 000 Agitationskalender. Zur Belehrung und Bildung sind vom Bezirksbildungsausschuß insgesamt 67 Veranstaltungen für 71 Orte vermittelt worden. — Das Parteiorgan Sächs. Volksblatt hat im ganzen Bezirk rund 24 000 Abonnenten.

Ein Musikerstreit.

In Rodewisch i. V. wurde kürzlich nach vorangegangenem Probekonzert vom Gemeinderat einstimmig Herr Musikdirektor Willi Haase aus Gersdorf bei Chemnitz als Leiter der Musikkapelle gewählt und sollte am 1. Juni sein neues Amt antreten. Doch es kam anders, denn die Musiker machten nicht mit. Sie sind mit dem neuen Direktor nicht zufrieden und wählten ihren früheren Dirigenten einstimmig wieder als Leiter der Kapelle. Nunmehr wird der Ort zwei Musikkapellen haben, die aber beide nicht bestehen können. Der Gemeinderat ist über das Verhalten der Musiker, die aus der Gemeindekasse subventioniert werden, nicht sehr erfreut. Musikdirektor Haase gibt der Einwohnerschaft bekannt, daß er erst am 1. Juli sein Amt antreten kann, weil er jetzt keine Musiker zur Hand hat. Bis dahin glaubt er ein leistungsfähiges Orchester zusammenstellen zu können.

Feuerbestattungs-Organisation. Der diesjährige Vertretertag der sächsischen Feuerbestattungsvereine findet Sonntag den 28. Juni, vormittags 10 Uhr, im Verwaltungsgebäude der Bugra in Leipzig statt. Zurzeit gibt es in Sachsen zwölf selbständige Vereine für Feuerbestattung, und zwar in Auerbach, Chemnitz, Krimmitschau, Döbeln, Dresden, Großenhain, Leipzig, Meißen, Plauen, Werdau, Zittau und Zwickau. In einer Reihe anderer Städte gibt es Zweigvereine und Ortsgruppen der genannten selbständigen Vereine. Die fünf sächsischen Feuerbestattungsanstalten stehen mit den hier erzielten monatlichen Feuerbestattungsziffern an der Spitze der Krematorien sämtlicher anderer Bundesstaaten. In Döbeln und Plauen, später auch in Meißen, sollen weitere Veraschungsstätten geschaffen werden und der diesjährige Vertretertag in der Bugra wird Wege und Mittel beraten, auch in den Städten des Königreiches, die noch keine eigenen Vereine für Feuerbestattung haben, solche zu errichten.

Meißen. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde nach dem Vorschlage des Rates die Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 1 300 000 M. genehmigt. Sie ist zur Deckung verschiedener Aufgaben bestimmt, die teils schon in Angriff genommen sind, teils für die nächste Zukunft bevorstehen (Straßen- und Schleusenbauten, Bau der Gewerbeschule und eines Winterschwimmbades); auch das Ausscheiden aus dem Bezirksverbande erfordert einen Teil der Summe. — Mit großer Befriedigung

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140608/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

wird die Nachricht aufgenommen werden, daß eine Erweiterung der Kraftwagenlinie Meißen—Weinböhla ins Auge gefaßt hat. Es soll eine direkte Verbindung mit Priestewitz eingerichtet werden, womit Meißen auch an diesen Haltepunkt wichtiger Fernzüge unmittelbaren Anschluß erlangen wird.

Glauchau. Als der Maurer Augustin aus Weidensdorf nachts 1 Uhr auf dem Heimwege von Glauchau durch den Ort Jerisau kam, wurden aus einem Hinterhalte plötzlich mehrere Schüsse auf ihn abgefeuert. Je ein Schuß traf ihn in die Brust und in den Kopf. Die Verletzungen sind jedoch nicht lebensgefährlich. Der Täter war hierauf geflüchtet. Auf Grund der Angaben des Verletzten gelangte man bereits dem Täter auf die Spur. Da Augustin einen größeren Geldbetrag bei sich trug, den er am Abend einkassiert hatte, ist anzunehmen, daß es sich um einen geplanten Raub handelte.

Reichenbach. Der Bau der elektrischen Straßenbahn Reichenbach—Mylau—Netzschkau ist nunmehr insofern gesichert, als das Stadtverordnetenkollegium den Bedingungen der Ministerien des Innern und der Finanzen zugestimmt hat. Die Ministerien haben den Bau der Bahn unter der Voraussetzung genehmigt, daß der Staat das Recht hat, die Bahn nach 30 Jahren in eigene Verwaltung zu übernehmen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Besuch der Universität Leipzig beträgt im laufenden Sommersemester 6221 Studierende und Hörer. Immatrikuliert sind 5359 Studierende, darunter 200 Frauen, während 862 Personen, darunter 67 Frauen, die Erlaubnis zum Besuche der Vorlesungen als Hörer erhalten haben. — Ein 78jähriger Rentier in Leipzig-Gohlis trank am Freitag mittag infolge Verwechslung der Flaschen Ameisensäure, wobei er so schwere Brandwunden erlitt, daß er alsbald verstarb. — Beim Entleeren einer Düngergrube in Einsiedel bei Chemnitz wurde ein schauriger Fund gemacht. Man fand die Leiche eines neugeborenen Kindes. Man vermutet, daß es sich um das dritte Kind einer vor kurzem wegen zweifachen Kindesmordes zu zwei Jahren verurteilten ledigen Arbeiterin handelt. — Die Stadtverordneten in Kirchberg lehnten den Antrag des Stadtrates, mit der benachbarten Gemeinde Saupersdorf wegen Einverleibung in den hiesigen Stadtbezirk in Unterhandlung zu treten, ab. Ebenso den Antrag wegen Anschlusses genannten Ortes an die Wasserleitung. — In Auerbach wurde in der Wohnung seiner früheren Geliebten der in den 50er Jahren stehende Maurer Degen tot aufgefunden. Er hatte sich in Abwesenheit der Wohnungsinhaberin mit einem Rasiermesser die Pulsadern aufgeschnitten. — In Hohenleuben trank der Dienstknecht Fritz Jemisch Lysol, weil er nicht in der Lage war, ein Nachnahmepaket einzulösen, das einen Anzug enthielt. — Die Perlenfischerei im oberen Flußlaufe der Weißen Elster und ihren Zuflüssen, die dem sächsischen Staate vorbehalten ist, ergab im Jahre 1913 etwa 40 Perlen sowie 10 Muscheln mit ringewachsenen Perlen, die jetzt im Königl. Kurhause in Bad Elster bei der Firma Leger zum Verkaufe kommen.

Stadt-Chronik.

Das Genesungsheim der Betriebskrankenkasse Dresden in Hohnstein.

Am 7. Juni wird das von der Stadtgemeinde Dresden errichtete Genesungsheim in Hohnstein für die Betriebskrankenkasse der Stadt Dresden eröffnet. Die Hohnsteiner Gemeindeverwaltung hat für den Bau ein schönes Gelände am Waldrande an der Straße nach dem Brand für einen billigen Preis überlassen, das durch seine Lage und Beschaffenheit für die Zwecke eines Genesungsheims außerordentlich geeignet ist. An der Teufelsschlucht gelegen, ermöglicht das Grundstück einen unmittelbaren Zugang zu den romantischen Schönheiten dieser Schlucht. Das Gelände selbst ist zum Teil mit altem Kiefernbestand bewachsen, zum Teil bieten die unbewaldeten Flächen Gelegenheit für Rasenspiele und Anlage eines größeren Gärtnereibetriebes für Hauszwecke. Das Gebäude ist etwas zurückgerückt von der Straße. Es ist erdgeschossig mit Mansardenaufbau nach der Straße zu, nach der Rückseite wirkt es wegen des fallenden Geländes zweigeschossig. In einfachen, behäbigen Formen aufgebaut, mit farbig geschmückten Außenseiten, einem liebevoll durchgebildeten Portal, dem großen Dach, das den alten sächsischen Baukünstlern abgelauscht erscheint und dem von Wettern winkenden Dachreiter, läßt das ganze Gebäude in wohltuender Weise den „Anstaltscharakter" vermissen und verleiht ihm Wohnlichkeit und Behaglichkeit. Auch im Innern ist darauf gesehen worden, daß die Pfleglinge sich behaglich fühlen. Ein Speisesaal mit gemalter Decke, Bänken an den Wänden, kleinen Speisetischen, großem, rundem Kachelofen, daneben durch eine große Bogenöffnung verbunden das Unterhaltungs- und Lesezimmer mit eingebauten Bänken und Bücherschränken, sorgen für leibliche und geistige Erholung. Für die Raucher ist ein eigenes Rauch- und Spielzimmer vorhanden. An Schlaf- und Wohnräumen sind zwölf Zimmer mit zwei und ein Bett vorgesehen. Die Zimmer haben zum Teil anschließend große, geschützte Veranden nach Süden. Bade- und Klosetträume sind in ausreichender Zahl vorhanden. Die Küche ist im Kellergeschoß in hellen Räumen untergebracht und mit dem Speisesaal durch einen Speiseaufzug verbunden. Die meisten Räume haben Kachelofenheizung, so daß der Betrieb im Winter aufrecht erhalten wird. Die bewilligte Bausumme einschließlich Inventar betrug rund 110 000 M.

Die Oberleitung der Entwurfsbearbeitung und Bauausführung lag in den Händen von Stadtbaurat Professor Erlwein.

Romantik.

Im Juniheft des März beklagt Richard Rieß das Schwinden der Romantik in unserem Zeitalter der Zweckmäßigkeit. Aber dann fand er sie doch, die Romantik des Jahres 1914. Er fand sie mitten im Lärm der Großstadt als „das ganz alltägliche Erlebnis einer Münchener Vormittagsstunde, deren lebhaften Straßenverkehr plötzlich Töne jenes Blasinstrumentes durchjubelten, dessen Gesang stets etwas vom Dufte reifender Kornäcker hat und von der Abschieds-Melancholie verlassener Dorf-Friedhöfe: Töne des Posthorns. Auf hohem Bocke thronte der Rosselenker eines großen gelben Wagen und blies drauf los. Denn die Postdirektion hatte angeordnet, daß die Postillone — um ein wenig von der Romantik ihrer „Schwager"-Vergangenheit zu erhalten — ihre Wartezeit (bei Luft und Befähigung) mit Posthornsolis ausfüllen sollten. So blies der Brave denn — und die Kinder der Straße umstanden seinen Wagen. Klang ihnen die Weise doch lieb und vertraut: der Postillon spielte nämlich: Puppchään, du bist mein Augenstärn.

Und ich erkannte lächelnd die Romantik des Jahres 1914."

Kraftwagenführer und Straßenverkehr.

Ein Steinsetzmeister war mit seinem von ihm selbst gesteuerten Auto an einer Straßenkreuzung mit einem Radfahrer zusammengestoßen; der letztere erlitt dabei erhebliche Verletzungen. Der Unfall wurde dadurch verursacht, daß der Radfahrer infolge eines auf der Straße stehenden Viehwagens das ihm entgegenkommende Auto erst im letzten Augenblicke bemerkte, infolgedessen unruhig wurde und nach rechts auszuweichen versuchte. Das Auto versuchte links vorbeizukommen, was jedoch nicht mehr gelang. Die Schuld an dem Zusammenstoß wurde dem Führer des Kraftwagens beigemessen. Er wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung und Zuwiderhandlung gegen § 21 des Automobilgesetzes verurteilt. Nach Ansicht des Landgerichts hätte der Angeklagte sofort halten müssen, als er sah, daß der Radfahrer unruhig und kopflos wurde. Dazu sei der Angeklagte auch in der Lage gewesen. Er habe die Aufmerksamkeit außer acht gelassen, zu der er infolge seines Berufs besonders verpflichtet war (§ 230, Absatz 2 des Reichsstrafgesetzbuchs). Die Revision des Angeklagten wandte sich gegen die Anwendung des § 230, Absatz 2, die nur möglich sei, wenn der Angeklagte bei Ausübung seines Berufs oder Gewerbes gehandelt habe. Das Oberlandesgericht in Dresden hat das angefochtene Urteil unter Aufrechterhaltung der tatsächlichen Feststellungen aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen. Das Urteil der Vorinstanz lasse jede Begründung darüber vermissen, inwiefern der Angeklagte, der doch nicht berufsmäßiger Chauffeur sei, seine Berufspflicht verletzt habe. Die fragliche Bestimmung sei nur dann anzuwenden, wenn der Angeklagte die besondere Aufmerksamkeit, zu der er infolge seines Berufs verpflichtet sei, außer acht gelassen habe. Die ganze Sachlage spräche aber dafür, daß eine solche Verletzung der Berufspflicht nicht vorliege, da der Angeklagte Steinsetzmeister sei.

Mit der Kamera im ewigen Eis.

Unter diesem Titel wird gegenwärtig in den U.-T.-Lichtspielen in der Waisenhausstraße ein Film gezeigt, den ein Mitglied der deutschen Hilfsexpedition Lerner, die nach Spitzbergen auf die Suche nach der verunglückten Schröder-Stranz-Expedition ging, aufnahm. Der Film führt die einzelnen Etappen einer arktischen Expedition mit all ihren Gefahren in fesselnden, sehr gut gelungenen Bildern vor, zu deren Aufnahme mehr als einmal ein großer Wagemut gehörte. Die trostlose Einöde des Eismeeres mit seinem Treibeis und schwimmenden Eisbergen, das Leben auf dem Schiff und im Lager auf dem Eise, Schlittenexpeditionen und Jagden auf Walrosse, Robben und Eisbären rufen die Schilderungen der Nansen, Mikkelsen und anderer Polfahrer ins Gedächtnis zurück, die nun der Kinematograph zum erstenmal plastisch illustriert. Und schließlich konnte der Photograph — leider — auch den trostlosen Untergang des Expeditionsschiffes aufnehmen. Langsam und ruckweise wird es von den zermalmenden Schollen in die eisige Tiefe gezerrt. Die Mitglieder der Expedition sehen vom festen Eise inmitten des Durcheinanders der geretteten Ladung diesem traurigen Schauspiel zu und der Photograph hockt hoch auf der Eisschollenpyramide und photographiert das Grab der Hoffnungen. Dann folgten Tage der Gefahren und mühseligter Arbeit, bis endlich das Schiff der verlorenen Schröder-Stranz-Expedition aufgefunden wird und die Heimkehr ermöglicht, ohne daß über das Schicksal der Vermißten Gewißheit wurde.

Der Film ist einen Besuch des Kinos wert. Er zeigt, daß die Kurbelkamera durchaus nicht in den Dienst der Schundromantik gestellt werden muß, um fesselnde Bilder zu liefern, jener Schundromantik, für die der in der vorigen Woche gezeigte Film „Die Sehnsucht nach der großen Welt" ein gräßliches Beispiel war.

Opfer des Großstadtverkehrs.

In letzter Zeit waren in Dresden wieder zahlreiche und schwere Straßenunfälle zu verzeichnen. Die meisten hätten sich vermeiden lassen, wenn die Wagenführer, besonders die Automobilisten, die polizeilichen Vorschriften gewissenhafter beachten würden. Das gilt vor allem von den Bestimmungen über die Fahrgeschwindigkeit. Ganz gewiß ist zuzugeben, daß das Automobil seinen Zweck verfehlt, wenn es nicht schnell fahren darf; aber ebenso ist einzusehen, daß es in den verkehrsreichen Straßen einer Großstadt diesen Zweck nur teilweise erfüllen kann. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit wird von den Kraftwagenführern neuerdings seltener überschritten. Aber sie vergessen oft, daß das Gesetz nicht nur eine Höchstgeschwindigkeit bestimmt, sondern auch für besondere Fälle ein ganz bestimmtes Fahrtempo unterhalb der Höchstgeschwindigkeitsgrenze vorschreibt. So ist in § 18 der Verordnung des Bundesrats vom 3. Februar 1910 bestimmt, daß auf unübersichtlichen Wegen, bei Einbiegen aus einer Straße in die andere, bei Straßenkreuzungen, bei scharfen Straßenkrümmungen, beim Passieren schmaler Wege und überall da, wo ein lebhafter Verkehr herrscht, so langsam und vorsichtig gefahren werden muß, daß das Automobil „sofort zum Halten gebracht werden kann". Eine strikte Beachtung dieser Vorschrift hätte manchen der traurigen Fälle verhütet. Das Automobilunglück in Loschwitz z. B., bei dem ein zehnjähriger Knabe beim Verlassen des Straßenbahnwagens tödlich überfahren wurde, wäre unmöglich gewesen, wenn der Automobilführer hätte begreifen wollen, daß ein Straßenteil mit einem haltenden Straßenbahnwagen eben „unübersichtlich" ist. Gewiß ist zuzugeben, daß bei derartigen Unfällen oft auch der Verletzte den Unfall durch eigene Unvorsichtigkeit mitverschuldet. Aber bei konkurrierendem Verschulden von Fußgänger und Automobilführer ist der schwere Vorwurf stets dem Automobilführer zu machen; denn für die Verhütung der Gefahr hat doch wohl in erster Linie der zu sorgen, von dem die Gefahr ausgeht, nicht aber der Gefährdete.

Sonderzug nach dem Erzgebirge. Die Staatseisenbahnverwaltung wird Sonntag den 14. Juni eine günstige Gelegenheit zu einem Ausfluge in das Erzgebirge durch Abfertigung eines Sonderzuges zu ermäßigten Preisen von Dresden-Hauptbahnhof bieten. Der Sonderzug geht vormittags 5,50 Uhr von Dresden-Hauptbahnhof ab und hält in Potschappel, Tharandt, Freiberg, Erdmannsdorf-Augustusburg, Zschopau, Wilischtal, Wolkenstein, Wiesenbad, Schönfeld-Wiesa, in Annaberg (9,19 Uhr), in Buchholz-Königstraße, Buchholz, Cranzahl (9,54 Uhr), Bärenstein, Weipert (10,23 Uhr) und Oberwiesenthal (11,6 Uhr). Die Rückfahrt des Sonderzuges erfolgt am Abend desselben Tages um 7,20 Uhr von Oberwiesenthal, 7,55 Uhr von Weipert, mit Halten an den vorgenannten Stationen. Die Ankunft in Freiberg findet abends 11,4 Uhr, in Dresden-Hauptbahnhof 12,5 Uhr nachts statt. Der Fahrkartenverkauf beginnt am 11. Juni und wird fünf Minuten vor Zugabgang geschlossen. Die Fahrpreise sind aus den Anschlägen auf den Stationen zu ersehen. Nur beispielsweise sei erwähnt, daß der Fahrpreis 3. Klasse im Sonderzuge von Dresden nach Oberwiesenthal 2,50 M., hin und zurück also 5 M., beträgt. Reisende, die den Sonderzug zur Rückfahrt benutzen wollen, erhalten hierzu Fahrkarten zu gleichen Preisen nur bei Lösung der Karten für die Hinfahrt. Reisende, die schon bei der Hinreise bestimmt entschlossen sind, den Sonderzug zur Rückreise nicht zu benutzen, verfahren vorteilhafter, wenn sie sich keine Sonderzugkarte zur Rückfahrt entnehmen.

Die Unterschlagungen in der Feuerwehrkasse der Freiwilligen Feuerwehr in Vorstadt Plauen wiesen, wie eine Revision ergeben hat, bis zum Jahre 1901 zurück. Ueber die Höhe des Fehlbetrages verlautet noch nichts Bestimmtes, doch wurde bereits das Fehlen von etwa 1000 M. ermittelt. Die Unterschlagungen waren dadurch möglich, daß der Kassierer die Revisoren stets in geschickter Weise zu täuschen verstanden hatte. Dadurch, daß die Generalversammlung um Monate verschoben wurde, entstand das erste Mißtrauen, das schließlich noch bestärkt wurde, als der Kassierer erklärte, vom Dresdner Stadtrat seien noch zwei der letzten Vierteljahrszahlungen rückständig. Die Freiwillige Feuerwehr erhielt jedes Jahr eine städtische Beihilfe von 450 M., zahlbar in vierteljährlichen Raten. Eine sofort an zuständiger Stelle eingezogene Erkundigung ergab, daß die Raten jedesmal pünktlich erhoben worden sind. Ferner hatte der Kassierer ein Jahr mit gegen 800 M. Barbestand abgeschlossen, auf der anderen Seite des Kassenbuches das neue Jahr aber mit 300 M. weniger begonnen. Da der Kassierer, der Tischler Hegewald, die Feuerwehr seit 1911 noch als Hauptmann leitete, haben die Revisoren ihren Vorgesetzten nicht allzu scharf kontrolliert. Ob auch für die Feuerwehr eingegangene Geldspenden nicht an die Kasse abgeführt worden sind, bedarf noch der Aufklärung.

Oeffentliche Versammlung. Auf die morgen Dienstagabend im Gasthof Wölfnitz stattfindende öffentliche Versammlung, in der Genosse Redakteur Dr. Gradnauer über „Reaktion und Sozialdemokratie" sprechen wird, machen wir hiermit nochmals aufmerksam.

Landgerichtsdirektor Dr. Heinze, der von 1907 bis 1912 den Reichstagswahlkreis Dresden-Altstadt vertrat, ist zum Reichsgerichtsrat ernannt worden, nachdem er verhältnismäßig kurze Zeit als Hilfsarbeiter beim Reichsgericht beschäftigt war.

Das deutsche Handwerk, Dresden 1915. Die beiden großen Genossenschaftsverbände in Deutschland, der Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften und der allgemeine Verband der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, werden auf der Ausstellung „Das deutsche Handwerk, Dresden 1915" durch eine Darstellung der ihnen angeschlossenen Genossenschaften vertreten sein. Es soll dadurch die Möglichkeit geboten werden, einen umfassenden Ueberblick über das deutsche Genossenschaftswesen, soweit es zum Handwerk Beziehung hat, zu gewinnen.

Ein Einbruchsdiebstahl ist im Grundstück Palmstraße 42 verübt worden. Ein unbekannter Spitzbube entwendete aus einer in der Küche aufbewahrten Zigarrenkiste ein Einlagebuch der Sparkasse Wilsdruffer Vorstadt, lautend auf den Namen Hermann Hennig und mit einer Einlage von nahezu 400 M. sowie eine Sparbüchse der Sparkasse Altstadt mit etwa 50 M. Inhalt. Das gestohlene Sparkassenbuch war Eigentum eines Sportvereins.

Seinen Verletzungen erlegen ist im Krankenhause Friedrichstadt jener Unbekannte, der am Sonnabend früh mit einem schweren Schädelbruch auf Neustädter Seite an der Friedrich-August-Brücke aufgefunden wurde.

Alle Einsendungen an die Redaktion dürfen nicht an einzelne Redakteure adressiert sein, da sie sonst als Privatbriefe ungeöffnet liegen bleiben, wenn der betreffende Redakteur in den Ferien ist. Daraus können dann sehr ärgerliche Verzögerungen entstehen. Alle an die Redaktion gerichteten Briefe müssen also auch an die Redaktion adressiert werden.

Kinderschutzkommission. Pieschen-Trachenberge. Nächsten Mittwoch Spieltag. Treffen 2½ Uhr bei Frau M. Weichelt, Großenhainer Straße 139. Proviant ist mitzubringen. Frauen sind willkommen!

Kinderschutzkommission. 5. Kreis. Nächsten Mittwoch Ausflug nach dem Spielplatz in Neustadt. Treffpunkt für die Altstadt 2½ Uhr Schützenplatz, für die Johannstadt Sachsenplatz. Proviant ist mitzubringen. Frauen sind willkommen!

Kinderschutzkommission. Striesen. Mittwoch Ausflug in die Heide, aber nur bei schönem Wetter. Treffpunkt 2¼ Uhr Schillerplatz. Proviant und Brückengeld ist mitzubringen.

6. Kreis. Bezirk Döhlen-Weißig-Opitz. Für die Genossinnen dieses Bezirks findet Mittwoch den 10. Juni, abends 8½ Uhr, Diskussionsabend in Böhms Restaurant, Oberdöhlen, statt. Genosse Arbeitersekretär Ristau spricht über „Frauen und Mädchen im Kulturkampf".

Neubaugenehmigungen in Dresden vom 2. bis 6. Juni.

Bauplatz Straße od. Platz	Flurst.-Nr.	Bauherr	Art des Baues
Leipziger Straße Nr. 222	101	Kaufm. Hans Krppes, Leipziger Straße 224	Wohnhaus
Böttgerstraße	210 u	Priv. Herm. Baum und Zimmerpolier Robert Franke; Zustell. an Herrn Herm. Baum, Schandauer Straße 22	Wohnhaus
Altübigau 6	31	Gutsbes. Herm. Gustav Vogel, Altübigau 6	Wohn- u. Wirtschaftsgebäude
Wächterstraße	1038 f, g, h, i	Klempnermeister Gustav Terpe, Kasernenstr. 11	Vierhäusergruppe
Gitterseestraße	191 k	Fabrikbes. Rud. Müller, Jordanstraße 6	Wohnhaus (Polizeiwache)
Jubeichstraße	165 a	Dr. Hans Stegmann, Vertr. Dr.-Ing. Otto Schubert, Waisenhausstraße 15	Wohnhaus
Kaditzer, Ecke Scharfenbg.Str.	268 o	Rentier Johann Heinr. Findeisen, Oberlößnitz	Wohnhaus
Kaditzer Straße	268 b	Derselbe	Wohnhaus
Scharfenbg. Str.	268	Derselbe	Wohnhaus
Rethelstraße	8	Priv. Friedr. Hermann Vogel, Rethelstraße 6	Wohnhaus

Aus der Umgebung.

Cossebaude. Gemeinderatsbericht. Vor Beginn der Sitzung besichtigte der Gemeinderat die Heinrichstraße. Von Kirchgens Erben wurde wiederholt die Ueber-

nahme der Heinrichstraße in Gemeinderegie beantragt. Auf Grund eingehender Besichtigung wurde die Uebernahme abgelehnt, bis die beanstandeten Stellen der Straße nach den Vorschriften des Amtsstraßenmeisters hergestellt sind. Der Ausschuß der Gemeindekrankenkasse Gorbitz teilt in einem Schreiben an den Gemeinderat mit, daß der Reservefonds der Kasse 10 034 M. betrage. Nach den Bestimmungen des Krankenkassengesetzes können infolge Umwandlung in eine allgemeine Ortskrankenkasse an die in Frage kommenden Gemeinden vom Reservefonds die geleisteten Verwaltungskostenzuschüsse zurückerstattet werden. Auf Vorschlag des Krankenkassenausschusses wird beschlossen, vom Reservefonds einen modernen Krankentransportwagen anzuschaffen und die geleisteten Verwaltungskostenzuschüsse den Gemeinden in Höhe von 6450 M. zurückerstatten zu lassen. — In der Bausache Kunath, Parzelle 135d, wurde in einer früheren Sitzung vom Gemeinderat beschlossen, 1500 M. Kaution zu verlangen. Hiergegen hatte sich Herr Kunath auf Grund baupolizeilicher Vorschriften beschwerdeführend an die Amtshauptmannschaft mit dem Erfolg gewandt, daß aktenmäßig eine protokollarische Erklärung von Kunath mit den Vertretern der Gemeinde und der Amtshauptmannschaft dahingehend festgelegt wurde, die Kaution erst dann zu legen, wenn der Straßenbau und die Kanalisation für sein Grundstück in Frage kommt. Einstimmig beschloß der Gemeinderat, daß die Kaution, falls nicht früher erforderlich, so doch spätestens innerhalb 10 Jahren zu legen sei. — Die Aufnahme in das Dresdner Adreßbuch wurde beschlossen. Die Kosten hierfür betragen für unsere Gemeinde etwa 60 M. Es wurde bekanntgegeben, daß die letzthin ausgegebenen Hauslisten zur Herstellung des Einwohnerverzeichnisses dienen. — Der Gemeinderat erklärt sich mit dem Verhandlungsergebnis mit der Düngerexport-Gesellschaft einverstanden. Laut Vertrag hat die Düngerexport-Gesellschaft für die Instandhaltung der Leutewitzer Straße die Hälfte der Kosten zu tragen. Vom Gemeinderat wurden für die letzte Herstellung der Straße 1400 M. gefordert, die Gesellschaft weigerte sich aber, diese Summe zu zahlen. Auf dem Verhandlungswege wurde eine Einigung auf 705,58 M. erreicht. Seit 1901 bezahlte die Gesellschaft 1475 M. — Mit dem Vertrag und den Satzungen des Wasserversorgungsverbandes Dresden-Land-West ist das Kollegium einverstanden. — In einer protokollarischen Abschrift des Fürsorgeverbandes Stetzsch wurde bekanntgegeben, daß die Errichtung dieser Fürsorgestelle eine große Notwendigkeit sei und eine steigende Frequenz aufzuweisen habe. Der Verpflegungssatz ist auf 1,10 bis 1,20 M. erhöht worden. Es wird berichtet, daß die Tätigkeit der Wohnungspflegerin zu unliebsamen Vorkommnissen geführt hat. — Die Obstverpachtung in hiesiger Gemeinde soll parzellenweise Anfang Juli versteigert werden. Die Verpachtung der Grasnutzung soll dem Vorstand überlassen werden. Der Fürsorge für Taubstumme des Königreiches Sachsen wurden 3 M. bewilligt. Dem neuen Fluchtlinienplane zur Brauereistraße wurde Zustimmung erteilt. Ein Gesuch der Freiwilligen Feuerwehr um Bewilligung von 35 M. wurde genehmigt. — Auf Anregung des Genossen Graf soll das Ortsgesetz über die Gemeinderatswahlen einer Revision unterzogen werden.

Niedergorbitz. Gemeinderatsbericht. Unter Mitteilungen werden nur die letzten Kassenabschlüsse bekanntgegeben. Tierarzt Walter-Dresden sucht nach um Zulassung als wissenschaftlicher Fleischbeschauer. Diesem Gesuch wird Rechnung getragen. — Die Rückforderung von der bisherigen Gemeindekrankenversicherung für geleistete Zuschüsse an die Verbandsgemeinden beträgt 10 000 M. Es wird beschlossen, von diesem Betrag einen Krankenwagen für die jetzt bestehende Ortskrankenkasse im Preise von 900 M. anzuschaffen, der auch den übrigen Einwohnern bei Transporten zur Verfügung gestellt wird. Der übrige Teil wird den Gemeinden zugeteilt. — Zur Bausache Klinke wird beschlossen, für den Dammweg eine Breite von 10 Metern festzulegen, damit die Bebauung direkt an der Straße ermöglicht wird. Weiter wird die Einziehung des Nakenberges und die Anfertigung eines Fluchtlinienplanes beschlossen. — Der Beschleusungsplan ist nochmals zurückgekommen. Es sollen die Einfallschrote an den abschüssigen Straßen nicht eine Entfernung von 35 bis 40 Metern, sondern von 25 bis 30 Metern haben. Das wird beschlossen. Ferner sollen die Grundstücke von Reuningtsch und Roßthal, die an den gleichnamigen Straßen liegen, an die Beschleusung angeschlossen werden. Niedergorbitz hat dagegen nichts einzuwenden, wenn Dresden keinen Einspruch erhebt. Der anteilige Beitrag ist zu zahlen, im übrigen sollen die beiden Gemeinden mit Dresden selbst verhandeln und etwa sich notwendig machende Entschädigungen auch an Dresden zahlen. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Welschhufe. Am Donnerstag den 4. Juni fand in Grahls Restaurant öffentliche Gemeinderatssitzung statt, und hatten sich drei Zuhörer eingefunden. Der Gaswerksbericht für den Monat April war eingegangen. Hierauf wurde Bericht erstattet über den Stand der Gaswerksverkaufsverhandlungen. Eine Verfügung des Ministeriums über die Bleiweiß enthaltenen Farbenanstriche wurde zur Kenntnis genommen. Vom Geomter Fiedler ist ein Fluchtlinienplan der Dorfstraße aufgestellt worden, hierzu sprach, nachdem er sich vorher mit den beteiligten Anliegern verständigt hatte, der Gemeinderat seine Zustimmung aus. In nächster Zeit sollen einige Wegestellen neu beschottert werden. Die Anfuhre der Steine soll in Zukunft öffentlich bekannt gemacht werden. Ueber die zukünftige Wasserversorgung der Gemeinde beschloß der Gemeinderat, sich dem neuzugründenden Wasserverband anzuschließen, der bezweckt, vom Hochbehälter der Talsperrengenossenschaft Wasser zu entnehmen und in gemeinsamer Leitung den Ortschaften nach ihren Hochbehältern zu drücken. Zu diesem Behufe war der Gemeinderat zu einer gemeinsamen Sitzung mit den beteiligten Gemeinden nach der Goldnen Höhe durch die Amtshauptmannschaft eingeladen. In dieser Sitzung regte die Amtshauptmannschaft an, für die Orte Kleinnaundorf, Cunnersdorf, Boderitz, Welschhufe, Hänichen, Wilmsdorf einen Wasserverband zu gründen. Von der Firma Saalbach, Dresden, war ein Projekt ausgearbeitet worden. Nach eingehender Erläuterung wurde ermittelt, daß sich die Gesamtkosten auf 60 000 M. stellen würden. Die Verzinsung des Kapitals, der Betrieb des Pumpwerkes und das an die Talsperrengenossenschaft zu zahlende Wassergeld würde folgende Wasserpreise für den Kubikmeter Wasser nötig machen: Kleinnaundorf 11,77 Pf., Boderitz-Cunnersdorf 12,08 Pf., Welschhufe 13,83 Pf., Wilmsdorf 14,57 Pf., Hänichen 15,11 Pf. bei einer Gesamtentnahme von zwei Sekundenliter. Wird mehr entnommen, so wird der Preis niedriger. Die Gemeinden Kleinnaundorf, Welschhufe, Wilmsdorf sind gewillt, dem Verbande beizutreten. Die Gemeinden Boderitz, Cunnersdorf, Hänichen nahmen eine ablehnende Haltung ein. Angeregt wurde noch, an die Gemeinden Rippien und Possendorf heranzugehen, damit ein gemeinsamer Hochbehälter für die Zukunft auf der Goldnen Höhe geschaffen werden kann. Im Anschluß an diese Sitzung fand noch eine Verständigung zwischen den Gemeinden Welschhufe und Wilmsdorf statt zwecks Mitbenutzung der in der Gemeinde Wilmsdorf liegenden Wasserleitungsrohre der Gemeinde Welschhufe. Die Gemeinde Wilmsdorf verpflichtet sich, jährlich 1000 M. Entschädigung an die Gemeinde Welschhufe zu zahlen für die Mitbenutzung des Wasserleitungsstranges und des Hochbehälters. Der Vertrag soll auf 80 Jahre abgeschlossen werden. Bei diesen ganzen Verhandlungen zeigte sich wiederholt, daß einzelne Gemeindevertreter für großzügige, der Allgemeinheit dienende Sachen sehr wenig Verständnis haben, sie können sich über ihren Dorfpatriotismus nicht hinausfinden.

Gauernitz. In Nr. 124 vom 3. Juni berichteten wir, daß der Radfahrer R. vom Automobil eines Milchhändlers aus Omsewitz überfahren worden sei. Dazu schreibt uns der betreffende Milchhändler, daß davon nach den polizeilichen Ermittelungen keine Rede sein könne. Der Verunglückte sei vielmehr an dieser ganz unübersichtlichen Kreuzung an das im Fußgängertempo den Berg herabkommende Automobil seitlich angerannt, und es sei nur dem schnellen Halten des Autos zuzuschreiben, daß der Radfahrer nicht von den Hinterrädern erfaßt wurde.

Leuben. Gemeinderatssitzung. Die Einzahlungen bei der Sparkasse betrugen im Monat Mai in 427 Posten 54 217 M. Die Rückzahlungen in 193 Posten 24 101 Mark. Am 8. Mai hat eine unvermutete Kassenrevision stattgefunden, bei der alles in Ordnung befunden wurde. — An Wertzuwachssteuer sind von den Herren Heinze und Trauschke 598 M. zu entrichten, davon erhält die Gemeinde 239 M., der übrige Teil wird an das Hauptzollamt abgeführt. — Am 13. März hat die Zentralstelle für öffentliche Gesundheitspflege eine Milchrevision vorgenommen, wobei in einigen Fällen Verschmutzungen der Milch festgestellt wurden. Es haben deshalb Verwarnungen erfolgen müssen. — Die bakteriologische Untersuchung unseres Leitungswassers am 15. Mai von Professor Konradi ergab wiederum ein einwandfreies Resultat. — Die Gemeinde bringt zum Wehrbeitrag 12 378 M. auf. An Kapitalvermögen sind vorhanden 1 921 000 M., an Betriebsvermögen 1 281 000 M., an Grundrente 4 413 000 M., in Summa 7 615 000 M. Die Schulden betragen 3 282 000 M. — Beschlossen wird, dem Zentralarbeitsnachweis der Kreishauptmannschaft Dresden mit einem Jahresbeitrag von 20 M. als Mitglied beizutreten. — Der Gemeinde Großluga wird die Abfindungssumme zum Beschleusungsvertrage in Höhe von 5000 M. unter Vorbehalt bis zum 30. Juni 1917 gestundet. — Hierauf wird in die erste Beratung des Gemeinde-, Schul- und Kirchensteuergesetzes eingetreten. Am 1. Januar 1915 tritt die neue Steuerordnung in Kraft. Sie bringt für die unteren zwölf Klassen eine Erleichterung in der Veranlagung. Unsere Genossen hatten angefragt, wie hoch sich die steuerliche Leistung des Konsumvereins Vorwärts nach den neuen Steuersätzen belaufen würde. Es ist festgestellt worden, daß die zu entrichtende Steuer bei 170 000 M. Umsatz künftig 872 M. beträgt, jetzt 1040 M. Die Biersteuer, Besitzwechselabgabe, Hundesteuer und Lustbarkeitssteuer bleiben unverändert. Vorausgesetzt, daß vom Jahre 1915 an 25 Prozent des Steuerbedarfs vom Grundbesitz und 75 Prozent vom Einkommen erhoben wird, sind bei einem Gesamtsteuerbedarf von 88 000 M. vom Grundbesitz 22 000 aufzubringen. Ueber die Einführung einer neuen Steuer für das Gewerbe im Umherziehen entspann sich eine längere Debatte. Paragraph 1 dieses Gesetzes besagt: Wer auf öffentlichen Straßen und Plätzen des Gemeindebezirks im Umherziehen andere Waren als Milch, Butter und Brot feilhalten will, hat für diese besondere Art der Ausübung des Gewerbes eine Steuer zu entrichten. Damit soll, wie der Vorsitzende hervorhob, den Wünschen der hiesigen Geschäftsleute entgegengekommen werden. Nachdem Genosse Hentzschel, Herr Steinchen, Herr Müller und andere die Steuer als schwer durchführbar, zu wenig einträglich und in letzter Linie als verteuernd wirkend bekämpften, wurde die Einführung mit sechs gegen fünf Stimmen in erster Lesung beschlossen. — Die zur Beschotterung der Laubegaster Straße erforderlichen 400 Kubikmeter Steine erhielt in geheimer Sitzung Herr Jost, Geisingberg, zu liefern. — Einige andere Angelegenheiten waren ohne öffentliches Interesse.

Klotzsche-Rähnitz-Hellerau. Auf den am Dienstag den 9. Juni, abends 8½ Uhr, in der Waldschänke Hellerau stattfindenden Frauen-Diskussionsabend weisen wir noch besonders an dieser Stelle hin. Genosse Rühle wird einen Vortrag über: Die Sozialdemokratie und das Eigentum halten. An diesen werden sich noch mehrere Vorträge anschließen, die der Einführung in den Sozialismus dienen sollen. Darum ist es erwünscht, daß sich alle Genossinnen zu diesem und den weiteren Vorträgen einfinden. Die Diskussionsleitung.

Moritzburg. Dienstag, den 9. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Gemeinderatssitzung im Gasthof Forsthaus.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Einen Gaunerstreich

plante am 6. April der schon mehrfach vorbestrafte 34jährige Friseur Georg Gustav Brand aus Werder an der Havel. Am genannten Tage hielt er sich im städtischen Sparkassengebäude in der Schulstraße, hier, auf. Hut und Stock hatte er abgelegt und gab sich so den Anschein eines im Hause beschäftigten Beamten. Da wandte sich eine Frau V. an ihn, die 956 M. Grundrente bezahlen wollte. Br. lud sie ein, mit eine Treppe hoch nach der Hauptkasse zu kommen, unten im Kassenzimmer sei es augenblicklich zu voll. Er wolle die Sache schleunigst erledigen. Oben angekommen, gab ihm die Frau auch schon einen Teil des Geldes, als plötzlich ein Kassenbote kam und zu der Frau sagte: „Grundrente wird unten bezahlt.“ Die Frau griff nach ihrem Geld, während B. entfloh. Er wurde aber eingeholt und der Polizei übergeben. Das Gericht verurteilte ihn wegen versuchten Rückfallbetrugs zu einem Jahr Gefängnis und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust. Ein Monat der Strafe gilt als verbüßt.

Doppelehe.

Der 68jährige Telegraphenassistent Johann Hermann Baum in Magdeburg hatte 1874 geheiratet. Wegen übergroßer Nervosität wurde er 1907 pensioniert und lebte zuletzt mit seiner Frau in Gangerhausen. Am 1. April verschwand er von dort und kam nach Dresden. Hier mietete er sich bei einer Ingenieurswitwe O. ein. Trotzdem die Frau Mutter von sechs Kindern war und seine Frau noch lebte, verheiratete sich B. am 30. Januar d. J. mit der O. Im Februar d. J. starb seine erste Frau. Frau O. hatte keine Kenntnis, daß B. noch verheiratet war, als er zu ihr zog. Im März wurde das von ihm begangene Verbrechen nach § 171 des Strafgesetzbuches ruchbar. B. wurde verhaftet und das Strafverfahren wegen Doppelehe gegen ihn eingeleitet. Auf Befragen nach den Motiven seiner Handlungsweise schiebt er alles auf seinen nervösen Zustand. Während der Haft ist B. vom Gerichtsarzt Dr. Oppe auf seinen Geisteszustand untersucht worden. Das Gutachten des genannten Sachverständigen lautete, daß B. infolge seiner Nervenkrankheit vorzeitig gealtert und greisenhaft geworden ist. Es sei auch möglich, daß er sich im Anfangsstadium der Paralyse befindet, allerdings mit Bestimmtheit könne das nicht behauptet werden. Es stehe aber fest, daß er bei Begehung der Tat nicht im Besitz seiner geistigen Kräfte gewesen sei und deshalb sei ihm der Schutz des § 51 des Strafgesetzbuches zuzusprechen. Auf Grund dieses Gutachtens enthielt sich der Staatsanwalt eines Antrages und stellte die Beurteilung des Falles in das Ermessen des Gerichts. Der Verteidiger beantragte Freisprechung und Uebernahme sämtlicher dem Angeklagten erwachsenen Kosten, einschließlich der Verteidigung, auf den Staat. Das Gericht erkannte infolge des Gutachtens auf Freisprechung, lehnte aber den weitergehenden Antrag des Verteidigers ab.

Schöffengericht.

Der Dachhase.

Der Schuhmacher Heinrich Julius Paust in Laubegast hat eine besondere Vorliebe für Katzenbraten. Als er am 2. April beim Fleischermeister Kittel in Laubegast Kartoffeln kaufte, erregte eine feiste dreifarbige Katze auf dem Hofe sein Entzücken. Da solche Tiere manchmal herrenlos herumlaufen, erkundigte er sich sogleich nach dem Besitzer und er erfuhr zu seiner Freude von Kittel, daß die Katze eigentlich niemand gehöre. Sein Vorgänger habe sie dagelassen und er habe sie seitdem mit gefüttert. Sonst kümmere sich niemand um das Tier. Paust meinte, das wäre gleich etwas in die Pfanne für ihn. Er schlachte gerade seine Katze und da könne er sie ja gleich mit schlachten. Kittel stellte ihm das frei und Paust nahm sogleich die Katze unter den Arm. Zwar kam von oben aus einem Fenster ein Protest in Form der Frage: „Wo will denn der Mann mit der Katze hin?“ — doch Paust kümmerte sich nicht weiter darum. Nicht lange aber erfreute sich P. seiner Beute; auf dem Bismarckplatze machte die Katze einen erfolgreichen Befreiungsversuch. Inzwischen war das ganze Haus, in dem der Fleischer Kittel wohnte, in Aufruhr geraten. Die Katze gehörte in Wirklichkeit einer Frau Skop — derselben Frau, die gegen die Wegnahme des Tieres vom Fenster aus protestiert hatte. Außer ihr wußte das aber niemand im Hause, denn ihr Futter suchte sich das Tier bei dem Fleischer. Als die Katze daher wieder stolzen Schrittes den Hof betrat, fand sie eine aufgeregte Gruppe von Kindern und Frauen vor. Sie wurde freudig begrüßt, doch die Freude sollte nicht von Bestand sein. Abends verschwand die Katze unbemerkt und auf Nimmerwiedersehen. P. ließ sich so leicht einen solchen Braten nicht entgehen. Er hatte sich nur einen Sack geborgt und war zurückgekehrt, um sich das Tier doch noch zu holen. Als das Verschwinden der Katze bemerkt wurde, schmorte sie schon längst in der Pfanne. Paust hatte sich wegen Diebstahls zu verantworten. Er gab zu, daß er — wie es im Eröffnungsbeschluß hieß — eine „fremde bewegliche Sache“ weggenommen habe, um sie „in seinem Nutzen zu verwenden“, er bestritt aber, daß dies „rechtswidrig“ geschehen sei. Er habe die Katze für herrenlos gehalten. Die Vernehmung der Hausbewohner ergab, daß sie die Katze gleichfalls für herrenlos gehalten haben, weil sich niemand um die Fütterung kümmerte als der Fleischer. Paust mußte daher kostenlos freigesprochen werden. Nach der Verhandlung kam es aber auf dem Korridor zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen den Zeugen und der ehemaligen Eigentümerin der Katze und es ist noch gar nicht abzusehen, in wieviel Beleidigungsprozessen die „Dahingeschiedene“ noch eine Rolle spielen wird.

Das verschwundene Portemonnaie.

Der Arsenalarbeiter Weber hatte die Bekanntschaft der Kellnerin Anna Therese Neubert gemacht und er besuchte mit dieser auch in der Nacht zum 18. März mehrere Schenkwirtschaften. Beide tranken ziemlich viel und die Kellnerin bezahlte die Zeche, weil W. angab, kein Geld bei sich zu haben. Noch früh 6 Uhr kehrten die beiden in der Ziemerschen Schenkwirtschaft ein, wo die N. persönlich bekannt war. W. schlief schließlich am Tische ein und die N. ging nun nach Hause. Sie war so benebelt, daß sie nicht wußte, wie sie in ihr Bett gekommen war. Als W. in der achten Stunde aufwachte, sah er sich verwundert nach seiner Begleiterin um. Mit dieser war auch sein Portemonnaie verschwunden, in dem sich ein Pfandschein über ein Sparkassenbuch mit 825 M. Einlage und ein Lotterielos befanden. Er erstattete sogleich Anzeige und ein Gendarm begab sich in die Wohnung der Neubert. Da diese noch schlief, kam er gegen 11 Uhr zurück. Die N. hatte gerade das Bett verlassen und der Gendarm begann sofort das Verhör. Die Kellnerin gab zu, mit W. die ganze Nacht herumgezogen zu sein und ihn schlafend verlassen zu haben, wollte aber von der Mitnahme des Portemonnaies nichts wissen. Der Gendarm nahm eine Durchsuchung des Zimmers vor und fand das Portemonnaie und den Pfandschein unter dem Kopfkissen der Angeklagten, die darüber selbst in höchstem Maße verwundert zu sein schien. Sie erklärte, nicht zu wissen, wie sie zu dem Portemonnaie komme. Dabei bleibt sie auch in der Verhandlung stehen, in der sie sich wegen Diebstahls zu verantworten hatte. Sie müßte es aus Versehen mitgenommen haben, „versteckt“ hätte sie es unter dem Kopfkissen sicher nicht, denn es sei ihre Gewohnheit, derartige Sachen, wie Geldtasche und Schlüssel, unter das Kopfkissen zu legen. Tatsächlich hatte der Gendarm auch ihre eigene Geldtasche unter dem Kopfkissen gefunden. Das Gericht sprach die Angeklagte vom Diebstahl frei, weil ihr ganzes Verhalten nicht auf eine diebische Absicht hindeutete. Sie mußte sich ohne weiteres sagen, daß der Diebstahlsverdacht auf sie allein fallen und daß man bei ihr haussuchen würde. Eine Diebin hätte dann sicher Vorkehrungen getroffen, um die Spuren zu beseitigen und das Portemonnaie beiseite zu bringen. So aber erschien ihre Darstellung dem Gericht völlig glaubhaft; läge in der Tat ein Diebstahl vor, so wäre ihr Verhalten nach der Tat geradezu unsinnig. — Der Amtsanwalt hatte den Diebstahl für „vollkommen erwiesen“ gehalten und die Bestrafung der Angeklagten beantragt.

Ausschicken zum Betteln.

Die 1865 geborene Arbeitersehefrau Anna Marie Gorks erhielt eine Strafverfügung über 4 M., weil sie ihre elfjährige Tochter auf den Handel mit Zündhölzern ausgeschickt haben soll. Die Frau ist deswegen schon zweimal vorbestraft. Das Kind wurde von einem Schutzmann beim Handel erwischt und mitgenommen. Es gab auf Befragen an, von der Mutter ausgeschickt worden zu sein. Die Mutter bestreitet das und beantragt richterliche Entscheidung. Das Kind wird als Zeuge vernommen und bestätigt, daß es nicht von der Mutter ausgeschickt, sondern von einem anderen Kinde mitgenommen worden sei. Dem Gendarm habe es die Unwahrheit gesagt, weil es selbst Strafe befürchtete. — Die Angeklagte wurde daher kostenlos freigesprochen.

Militärgericht.

Fahnenflucht.

Der 1893 in Dresden geborene Soldat Karl Georg Fleischer von der 8. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 177 kehrte nach überstandener Rekrutenzeit, während der seine dienstlichen Leistungen zufriedenstellend waren, eines Nachts zu spät nach der Kaserne zurück. Um einer Bestrafung zu entgehen, versuchte er auf verbotenem Wege nach dem Schlafsaal zu gelangen. Auf dem Kasernenhofe wurde er aber vom Posten angehalten, dem er in seiner Angst ein Geschenk in Aussicht stellte. Dafür erhielt er vom Kriegsgericht eine Woche Gefängnis. Nach seiner Angabe hatte die Behandlung beim Militär schon vor dieser Bestrafung zu wünschen übrig gelassen, aber dann sei es nicht mehr auszuhalten gewesen. Anfangs seien seine dienstlichen Leistungen zufriedenstellend ge-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140608/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

wesen, dann habe er jedoch dem ausbildenden Unteroffizier nichts mehr recht machen können, obgleich er sich die größte Mühe gab. Er sei fortgesetzt schikaniert, beschimpft und auch einmal gestoßen worden, auch habe ihm der Vorgesetzte oft seine Strafe vorgehalten. Alles das habe sehr deprimierend auf ihn gewirkt und er habe sich mit allerlei Gedanken getragen. Eines Tages sei ihm auf dem Schießstand wieder vom Unteroffizier die Strafe vorgehalten worden, und als er (Fleischer) darauf erwidert hat, er habe sie verbüßt und halte die Angelegenheit damit für erledigt, habe ein Feldwebel gesagt: „Das sollten Sie einmal zu mir sagen, da rammelte ich Ihnen den Säbelgriff in die Fresse, daß die Zähne zum Teufel geh'n!" Oft sei er von dem Vorgesetzten wegen der geringsten Vorkommnisse angefahren worden und habe mehrfach die schlechtesten Kleidungsstücke erhalten. Am 26. April wurde Fleischer abermals vom Vizefeldwebel angefahren und ihm dabei mit der Arbeiterabteilung gedroht. Fleischer beschloß nunmehr, seinen Truppenteil zu verlassen, nach Straßburg zu wandern, sich dort der Militärbehörde zu stellen und sich bei einem anderen Regiment einreihen zu lassen. Noch am selben Tage entfernte er sich unter Mitnahme einer Eigentumshose eines Kameraden, verließ Dresden und wanderte zu seinen in Siebenlehn wohnenden Angehörigen. Von dort wollte er dann zu Fuß nach Straßburg. Auf der Landstraße traf er einen Handwerksburschen, der ihm erklärte, daß er in der Uniform nicht weit kommen werde, und ihm dann auch Zivilkleidung gab. Nun wanderten beide nach Leipzig, wo sich der fremde Begleiter von Fleischer trennte und letzterer schließlich seinen Plan änderte. Er begab sich nach Berlin, um sich dann in Neu-Ruppin zu stellen, wurde aber inzwischen verhaftet. Fleischer schilderte vor Gericht weinend seine ganze Leidensgeschichte und erklärte, lediglich wegen der schlechten Behandlung fahnenflüchtig geworden zu sein. Er habe sich alles zu Herzen genommen und keinen anderen Ausweg gewußt. Die Absicht der dauernden Entfernung bestritt er entschieden. Demgegenüber hielt der Anklagevertreter für erwiesen, daß Fleischer sich dauernd der gesetzlichen Dienstpflicht habe entziehen wollen — ohne erkennbaren Grund! Es mag dem Angeklagten manchmal nicht gut gegangen sein, aber das konnte nicht ausschlaggebend sein; die Sache sei ihm lediglich zu — „dumm geworden". Das Urteil lautete gemäß der Anklage auf — sechs Monate eine Woche Gefängnis und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Das Gericht führte aus, möge der Angeklagte von Vorgesetzten „scharf angefaßt" worden sein, aber doch nicht in einer Weise, daß es nötig war, fahnenflüchtig zu werden. Aber selbst wenn er zur Flucht getrieben worden sei, so konnte auf eine geringere Strafe nicht erkannt werden. — Bezüglich der geschilderten Uebergriffe soll Bestrafung resp. Untersuchung erfolgen.

Aus aller Welt.

Der Revolverschütze Tomsic verhaftet.

Wien, 6. Juni. Der Revolverkampf in der Ortschaft Großhöflein hat endlich sein Ende erreicht. In den ersten Nachmittagsstunden schrie der Revolverschütze Tomsic vom Turm den Gendarmen zu: „Ich habe Hunger, bringt mir den Pfarrer, ich muß mit ihm reden!" Der Pfarrer wurde nun unter großen Vorsichtsmaßregeln in ein Haus geleitet, das neben der Kirche liegt und von wo aus er mit Tomsic sprechen konnte, ohne dessen Schüssen ausgesetzt zu sein. Der Pfarrer redete Tomsic flehentlich zu, die Kirche zu verlassen, aber Tomsic lehnte es ab, sich zu ergeben. Auch der Ortsnotar, der hinzukam, und Tomsic eifrig zusprach, richtete nichts aus. Nun versuchte der Untersuchungsrichter, Tomsic beizukommen, indem er ihm nahelegte, es werde ein mildernder Umstand bei seiner Aburteilung sein, wenn er sich freiwillig stelle. Endlich rief Tomsic, der offenbar Angst hatte, von der Bevölkerung gelyncht zu werden: „Wenn Ihr mir nichts tut, so will ich mich ergeben." Dann warf er beide Revolver, die er mit sich genommen hatte, aus dem Fenster auf die Erde. Jetzt drangen Gendarmen in den Turm. Sie nahmen Tomsic, der sich nicht weiter wehrte, fest und legten ihn sofort in Fesseln. Sein Gesicht war ganz von Pulverrauch geschwärzt, und er rief fortwährend, er sei unschuldig. Er wurde dann ins Gerichtsgebäude gebracht und sofort einem Verhör unterzogen. Er gab an, die ersten Schüsse wegen verschmähter Liebe abgegeben zu haben. Auf die Frage, was ihn dazu veranlaßt habe, sich im Kirchturm zu verschanzen und ein Gewehrfeuer auf die Bewohner und die Gendarmen zu eröffnen, erzählte er, er habe einmal eine ähnliche Geschichte in einem Buch gelesen und habe jetzt etwas Aehnliches ausführen wollen. Den Eindruck eines Geisteskranken macht Tomsic nicht. Die Bevölkerung Großhöfleins, die zwei Tage in Angst und Schrecken verlebt hat, wagte sich erst nach der Festnahme des Verbrechers aus ihren Häusern. Er hat im ganzen drei Personen getötet, vier schwer und dreizehn leicht verletzt. Außerdem hat er zwei Hunde und zwei Schweine erschossen.

Ballonexplosion.

Epernay, 7. Juni. Ein heute in Cezanne bei Gelegenheit einer Festlichkeit aufgestiegener Ballon wurde durch einen starken Windstoß gegen Bäume geschleudert und zerriß. Das Gas entzündete sich und der Ballon explodierte, wobei einige **60 Personen verwundet wurden, darunter 25 schwer.**

Paris, 8. Juni. Zu dem Ballonunglück, das sich gestern nachmittag in Cezannes ereignet hat, wird weiter gemeldet: In Cezannes war von mehreren Turnvereinen eine Feierlichkeit veranstaltet worden. Nachmittags nach 4 Uhr sollte der Freiballon „Le Petit Journal" unter Führung des bekannten Aeronauten Leprince einen Aufstieg unternehmen. Das Wetter war äußerst ungünstig und die Füllung des Ballons bereitete große Schwierigkeiten. Trotz des dringenden Abratens seiner Freunde bestand Leprince darauf, den Aufstieg zu unternehmen. In dem Augenblick, als der Aviatiker in der Gondel Platz genommen hatte und aufsteigen wollte, wurde der Ballon von einem heftigen Windstoß zu Boden gedrückt, wobei die Hülle einen ungefähr drei Meter langen Riß erhielt. Im gleichen Augenblick erfolgte eine heftige Explosion. Hundert Zuschauer wurden zu Boden geschleudert. Der Ballon wurde dann bis zu zehn Meter in die Höhe gehoben, verwandelte sich in eine Flammensäule und stürzte auf die Köpfe der Zuschauer. Der unglückliche Ballonführer wurde mit schweren Brandwunden unter den Trümmern des Ballons hervorgezogen. Sein Zustand gilt als hoffnungslos. Eine große Anzahl Zuschauer erlitt mehr oder weniger schwere Verletzungen. 22 Personen wurden ins Hospital gebracht. Man hegt die Befürchtung, daß eine ganze Anzahl von ihnen den erlittenen Verletzungen erliegen wird.

Ein großer Schmiergelder-Prozeß

beginnt am Montag vor der Kölner Strafkammer, den der Verein gegen das Bestechungsunwesen angestrengt hat. Die Anklage richtet sich gegen zwei bereits entlassene Direktoren einer Werkzeugmaschinenfabrik in Köln, gegen zwei Prokuristen und den Ingenieur einer Waggonfabrik in Köln. Die beiden Hauptangeklagten sollen in zehn Jahren, von 1902 bis Ende 1911, für etwa 104 000 M. Schmiergelder an Angestellte von Abnehmern der Werkzeugmaschinenfabrik gezahlt haben. 16 Zeugen und Sachverständige sind geladen.

Neuschnee.

Kempten (Algäu), 7. Juni. Heute vormittag trat bei 4 Grad Celsius über Null Schneefall ein. In den Bergen blieb der Neuschnee bis 100 Meter tief liegen.

Acht Arbeiter ertrunken.

Neapel, 8. Juni. Ein furchtbarer Wolkenbruch ist gestern über Neapel und Umgebung niedergegangen. Die ungeheuren Wassermassen, die durch die Abzugskanäle zum Meer drängten, überraschten 13 Arbeiter, die in den Abzugsleitungen mit Reparaturarbeiten beschäftigt waren. Acht von ihnen wurden ins Meer fortgerissen und ertranken; die anderen fünf konnten nach angestrengten Bemühungen gerettet werden.

Dresden. Lebensmittelpreise (in Pfennigen) in der städtischen Markthalle auf dem Antonsplatze, auf den offenen Märkten und in den Ladengeschäften am 4. Juni 1914. (Mitgeteilt vom Städtischen Statistischen Amte.) — **Mühlenerzeugnisse** (½ kg): Roggenmehl: Nr. 0 18—20, hausbacken 16—18, Nr. 3 12—14; Weizenmehl: Kaiserauszug 21—26, Grießlerauszug 20—23, Bäckermundmehl 20—21; Nudeln: Nr. I (Kaiserauszug) 40—65, Nr. II (Grießlerauszug) 35—40, Eiernudeln 45—85. **Brot** (½ kg): Saxoniamühle-Mickten, I. Sorte 14,5, II. Sorte 13,5, III. Sorte 12,5. — Niedersedlitzer I. Sorte 14,5, II. Sorte 13,5, III. Sorte 12. Plauensches I. Sorte 14,5, II. Sorte 13,5, III. Sorte 12,5. — **Fleisch und Fleischwaren** (½ kg): Rindfleisch: Brustfleisch 70—100, Bauchfleisch 70—90, Bratenfleisch, Keule 90 bis 130, Schoßfleisch 100—200, Lende, unausgeschält 100—140, Lende, ausgeschält 180—250; Kalbfleisch: Schnitzelfleisch 140 bis 250, Keule 90—140, übrige Teile 80—120; Hammelfleisch: Keule 95 bis 130, Koteletten 90 bis 150, Kochfleisch 75 bis 120. Schweinefleisch: Keule 75—100, Karree 90—120. Bauch 80—90, Knöchel 25—80, Rauchfl. 80—120; Schinken, im ganzen St. 100—140, im Aufschnitt 140—240, Speck, geräucherter 70—100, do. roh 65—90, Schweineschmalz 80—100, Schweineschmalz, ausländ. 70—85, Rindschmalz 60—80, Blutwurst 50—140, Leberwurst 60—140, Zervelatwurst 120—200. **Geflügel (geschlachtet):** Gänse, junge (St.) 650—1200, Enten (St.) 375—575, Kapaunen 350—600, Truthähne (St.) ——, Truthühner (St.) ——, Perlhühner (St.) 250—350, Hühner, alte (St.) 200—400, Hühner, junge (St.) 150—350, Tauben (St.) 50—90. — **Wildbret:** Rehkeule, preußische (Stück) 500—900, Rehrücken, preuß. (St.) 700—1400, Renntierkeule (½ kg) 110—120, Renntierrücken (½ kg) 140—150. — **Wildgeflügel:** Birkhähne (Stück) ——, Haselhähne (Stück) ——, Schneehühner (Stück) 130—160, Schnepfenhähne (Stück) ——. — **Lebende Fische und Schaltiere:** Forellen (St.) 80-400, Hechte (½ kg) 120-150, Karpfen 100 bis 120, Schleien 140-200, Aale 160-200, Welse 100-120, Hummer 300 bis 450, Krebse (15 St.) 100—1000. **Fischwaren:** a) frische: (½ kg): Schellfische 22-75, Seeaal 35-50, Seelachs 18—35, Heilbutt 80—130, Rotbarsch 18-28, Knurrhahn 16-30, Hechte (Fluß-) 80—140, Hechte (See-) 30—60, Kabeljau 12—50, Rotzungen 40—100, Goldbutt 25—70, Schleien 80—100, Rheinlachs 300—500, Weserlachs 200—300, Seezungen 120—300, Silberlachs 100—250, Steinbutt 100—200; b) gesalzene und geräucherte (Stück): Maatjesheringe 10—35, Vollheringe 7—12, Böklinge 5—12, Sprotten (½ kg) 100-120. — **Grünwaren:** Blumenkohl (St.) 35—80, Rotkraut (Stück) — —, Weißkraut (St.) — —, Spinat (½ kg) 12—16, Karotten, neue (15 Bündch.) 90 b. 130, do. (½ kg) 15-30, Kohlrüben (Stück) 10—15, Mohrrüben (½ kg) 12—15, Rote Rüben (15 St.) 40—80, Kohlrabi, neuer (St.) 8—22, do. alter (St.) 4—10, Meerrettich (Stück) 15—40, Radieschen (Bündchen) 4—5, Rettiche (Stück) 6—15, do. (Bündchen) 4—6, Schwarzwurzel (Bündchen) —, Sellerie (Stück) ——, Spargel, inländ. (½ kg) 45-90, Zwiebeln (½ kg) 20—24, Kopfsalat, hies. 3-8, Rhabarber (Geb.) 10-12, Bohnen, grüne, ausländische (½ kg) 40—130, Bohnen, grüne, inländ. (½ kg) 100—130, Schoten, grüne (½ kg) 50—70, Gurken (Salat-) inl. (St.) 25—50, do. ausl. (St.) 16—40, Tomaten (½ kg) 50 bis 70. — **Sauerkraut** (½ kg) 6—15. — **Saure Gurken**, alte (St.) 6 bis 15, do. neue (St.) 25—35, Pfeffergurken (St.) 10—12. — **Pilze** (½ kg): Champignons 130—160, Gelblinge 70—80, Steinpilze, frische 80—90, do. getrocknet 350—400, Morcheln, frische ——, do. getr. 300—350. — **Trockenes Gemüse** (½ kg): Bohnen 20-24, Erbsen, gesch. 18—32, Erbsen, ungesch. 20—25, Graupen 20—44, Grieß 20—32, Hafergrütze 26—35, Heidegrütze 24—32, Hirse 15—28, Linsen 20—44, Reis 17—50. — **Gemüsekonserven** (½ kg): Stangenspargel 70—130, Erbsen, natürl. 30—80, Bohnen 25—50. — **Obst, Süd- und Gartenfrüchte:** Aepfel, inländ. (½ kg) 30—50, do. ausländ. (½ kg) 35-80, do. amerik. (½ kg) 60, Aprikosen (½ kg) 100, Erdbeeren, Garten- (½ kg) 90—130, Erdbeeren, Weinb.- 90-150, Erdbeeren, Wald- (½ kg) 200—220, Kirschen (½ kg) 45—120, Melonen (St.) 1000-1200, Pfirsiche, ausländ. (St.) 35, do. ausl. (Treibh.) (St.) 90—225, Stachelbeeren zum Einsieden (½ kg) 20-25, Haselnüsse (½ kg) 50-120, Walnüsse (½ kg) 45-55, Weintrauben, ausländ. (½ kg) 60, do. ausländ. (Treibhaus) 500—650, Apfelsinen (½ kg) 20—45, Datteln (½ kg) 35—100, Feigen (½ kg) 25—125, Korinthen (½ kg) 38—60, Mandeln (½ kg) 150—220, Rosinen (½ kg) 35—100, Zitronen (St.) 3—13. — **Trockenes und eingemachtes Obst** (½ kg): Aepfel 60-120, Birnen 32—100, Kirschen 40—90, Mischobst 35—80, Pflaumen 30—140, Prünellen 70—100, Pflaumenmus 28—45, Marmelade 28—80, eingesottene Preißelbeeren mit Zucker 38—60, eingesottene ohne Zucker 45—55. — **Molkereiprodukte** (l): Vollmilch 22—25, Sahne 80, Magermilch 10—12, Zentrifugen-Magermilch 10—12, Molkereibutter (½ kg) 115—170, Landbutter (½ kg) 125—135, Koch- und Backbutter (½ kg) 110—125, Quark (½ kg) 20—23, Sahnenkäse (½ kg) 120—130, Magermilchkäse (½ kg) 30—60, Schweizerkäse (½ kg) 84—140. **Margarine** (½ kg) 60—100. **Eier:** Tageseier (Stück) 7—10, Landeier (15 St.) 110—120, fremde (15 St.) 85—105. — **Kartoffeln**, inländische (50 kg) 380—400, do. (½ kg) 4—5, do. ital. (½ kg) 12—15, Maltakartoffeln (½ kg) 13—17. — **Honig** (½ kg) 100—200.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser Mitglied, der Tischler

Joseph Kaps

verstorben ist. — **Ehre seinem Andenken!** [V118

Die Beerdigung erfolgt Dienstag nachmittag 2½ Uhr von der Halle des Tolkewitzer Friedhofes aus.

Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Großmutter

Käthe Althus

nach langem schwerem Leiden am Sonnabend früh sanft entschlafen ist. In tiefster Trauer

Ernst Althus und Kinder.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 3 Uhr von der Halle des Pieschner Friedhofes aus statt. [K267

Statt besonderem Dank!

Für die überaus zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden meines geliebten Gatten, unseres guten Vaters, Bruders und Onkels, des [B870

Steindruckers **Alfred Fischer**

sprechen wir hierdurch allen unseren innigsten Dank aus. Insonderheit Dank dem hochverehrlichen **Direktorium** und dem gesamten Personal der Kunstanstalten A.-G. vorm. Adolf May und Müller u. Lohse. Aufrichtigen Dank auch Herrn Pastor Wend für die trost- und sinnreichen Worte bei der Einäscherung sowie den Sängern und Bannerträgern des Senefelder-Bundes.

In tiefster Trauer:

Dresden-Tolkewitz. **Die Hinterbliebenen.**

Billigste Bezugsquelle für Cigarren

per 100 Stück

4 Pf.-Zigarren	2.60	2.80	3.— M.
5 " "	3.40	3.60	3.80 "
6 " "	4.20	4.50	4.80 "
8 " "	5.40	5.60	5.80 "
10 " "	6.50	7.—	7.50 "
12 " "	8.—	8.50	9.— "

Um jeden von der Preiswürdigkeit der Fabrikate zu überzeugen, stehen Musterkisten von 100 Stück in 10 verschied. Sorten von je 10 Stück nach beliebiger Wahl zu Diensten. [K 43

Carl Strunbel, Zigarrenfabrik u. Importlager. — Gegr. 1886

Dresden-A. 78, Wettinerstr. 13

Der neueste Katalog. Preisliste wird jedem auf Wunsch gratis zugesandt.

Kürschners Bücherschatz

empfiehlt die

Volksbuchhandlung Wettinerplatz.

August Kadens

Zigarrenfabrik

Inh.: H. verw. Kaden

Gohlis bei Dresden

empfiehlt als **äußerst preiswerte milde 6-Pf.-Zigarre:**

Regalia.

Desgleichen **Kadens**

El Gusto
Hermanas
Goldelse
Nini
Odaliska
Irma usw.

in der Preislage von 5—10 Pf. mittel und kräftig.

Obige Sorten sind zu haben in den Verkaufsstellen des **Konsumvereins Dresden, Pieschen, Kötzschenbroda** und im **Dresdner Volkshaus.**

Lebensmittel

Dienstag bis Sonnabend

1½ Pfund prima starker Landspeck **95 ₰**

5 Pfd. Zucker, gemahl.	95 ₰	1/1 Fl. Himbeersaft	95 ₰
Kaffee . . Pfd. 1,25.	98 ₰	1/1 " Zitronensaft	95 ₰
1 Pfd. Kakao statt 1,30	95 ₰	1/1 " Samos	85 ₰
5 Pfd. ff. Mehl	92 ₰	1/1 " Tarragona	85 ₰
5 Pfd. schöner Reis	95 ₰	1/1 " Wermouth	85 ₰
6 " schöne Linsen	95 ₰	1/1 " Apfelwein	45 ₰
1¼ " Kakao	98 ₰	1 Pfd. ff. Mettwurst	95 ₰
3 " ff. Nudeln	95 ₰	1 " ff. Blutwurst	95 ₰
3 " ff. Makkaroni	95 ₰	1 " ff. Leberwurst	95 ₰
20 Pudding, sortiert	95 ₰	1 " Zervelatwurst	1,38
50 Bouillon □	95 ₰	1 " Salamiwurst	1,38
2 Dtzd. Zitronen	95 ₰	1 " Rippenspeer	1,20
1/1 Glas ff. Honig	95 ₰	1 " Rauchfleisch	78 ₰
1 Pfd Limburger	35 ₰	1 Dose Halberstädter	95 ₰

5 Pfd.-Eimer Melange-Marmelade
3 Pfd.-Eimer Aprikosen-Marmelade **95 ₰**

1 Pfd. Schweizerkäse	95 ₰	2 Dosen Bratheringe	95 ₰
1 " Edamerkäse	95 ₰	2 " Bismarckher.	95 ₰
1 " Tilsiterkäse	95 ₰	3 " Geleehering	95 ₰
Butter Pfd. 1,28, 1,20,	1,16	1 " Oelsardinen	95 ₰
ff. Teewurst . . Pfd.	1,38	2 " Oelsardinen	95 ₰
1/4 Glas Russ. Salat	95 ₰	4 " Russ. Tee	95 ₰
1 ff. Räucheraal	95 ₰	3 " Brechbohnen	95 ₰
1 Dtzd. Bananen	95 ₰	1 " Erdbeer. 2 Pfd.	95 ₰

3 Dosen Gänseleber-Pain, echt Straßburger
1 Terrine Gänseleber-Pastete echt Straßburg. **95 ₰**

Herzfeld Dresden-Altmarkt

Vorstadt Löbtau!

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung, Wahren Jakob, In freien Stunden** und **sämtliche Parteiliteratur** sowie **Inserate** und **Druckaufträge** nimmt entgegen

Wilhelm Richter, Poststraße 28, p.

Hainsberg, Coßmannsdorf u. Umg.

Bestellungen auf **Dresdner Volkszeitung, Freie Stunden, Wahren Jakob** usw., sowie auf **Inserate** und **Drucksachen** nimmt entgegen

Oswald Martick, Hainsberg, Neuestraße 1 n.

Erd-Globen

für Haus- und Schulgebrauch

Schüler-Globus 1,50 M.

Größe I (19 cm Durchmesser) . . . . . . 5,— M.
Größe II (26 " ") . . . . . . 8,50 "
Größe III (33 " ") . . . . . . 12,— "

empfiehlt die

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10.

Handel und Industrie.

Untersuchungskommissionen in Deutschland und Amerika.

Vom 8. bis 10. Juni wird die Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen tagen, um nach dem ihr von der Regierung gestellten Programm zu erklären, daß alles in denkbar bester Ordnung befunden wurde. „Nicht ein Schatten berechtigten Vorwurfs gegen die Lieferanten von Landesverteidigungsgegenständen", so versicherten offiziöse Waschzettel dieser Tage, „ist übrig geblieben, das besagen klar die Referate der Abgeordneten Graf Westarp (für Bewaffnung und Munition der Infanterie und Kavallerie), Erzberger (für die Feld-, Fußartillerie und Marinegeschütze), Schulz-Bromberg (für Festungsbauten), Liesching (für Bekleidung), Roland-Lücke (für den Grunderwerb durch das Reich)." Mit Hohnlachen wird die Oeffentlichkeit die Referate der Rüstungskommissionsherren aufnehmen, denn alle Welt weiß, daß von einer ernstlichen Prüfung irgendeines Zweiges der Rüstungslieferungen durch die Kommission gar nicht die Rede sein kann. Kein anderer als der Reichskanzler selbst hat in bestimmtester Weise erklärt, daß die Kommission gar nicht dazu ausersehen ist, die Rüstungslieferungen zu prüfen, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung unterstrich die der Rüstungskommission vom Reichskanzler zugewiesene Rolle, indem sie schrieb: „Durch den Vorschlag des geschäftsleitenden Ausschusses der Kommission, für die wichtigsten Zweige der Rüstungslieferungen Referenten, teils aus den Mitgliedern des Reichstags, teils aus den Vertretern der Industrie, zu bestellen, die Hand in Hand mit den Ressorts die Methode der Rüstungslieferungen prüfen, werden, wie schon jetzt zu erwarten ist (das war im Januar), praktische Erfolge errungen, unbegründete Angriffe entkräftet und damit unser öffentliches Leben vergiftende Auseinandersetzungen ausgeschaltet, Heer und Marine in ihrer nationalen Arbeit gestärkt und gefördert werden."

Schon im Januar also wußte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, zu welchen Ergebnissen die Rüstungskommission bei ihren Untersuchungen in den folgenden sechs Monaten kommen wird; die Rüstungskommission hat gehalten, was das preußische Amtsblatt versprochen hat. Vor allem muß festgestellt werden, daß die Rüstungskommission wirkliche Untersuchungen überhaupt nicht angestellt hat, sie wurde durch Vorträge von Vertretern der Heeres- und Marineverwaltung unterrichtet, die natürlich erklärten, daß ihre Praxis die beste und einwandfreieste ist. Die Herren Lieferanten in ihren Auskünften dürften wohl noch weniger Beiträge zur kritischen Betrachtung der Rüstungsgeschäfte geliefert haben. Was not tat, die Geschäfte mit den großen Lieferanten in ihren Einzelheiten zu prüfen, die Gewinne der Unternehmer festzustellen, und zwar auf Grund von Revisionen, denen sich alle Firmen zu unterziehen verpflichtet gewesen wären, falls sie nicht darauf verzichteten, an weiteren Lieferungen teilzunehmen, unterblieb. Man ersparte sich auch, einwandfreie Feststellungen darüber zu machen, warum und wie alle Versuche der Konkurrenz, die Monopolherrschaft Krupps auf verschiedenen Gebieten zu brechen, nicht nur nicht gefördert, sondern erschwert und verhindert wurden. Um die selbstverständlichen Aufgaben zu erfüllen, die für die Prüfungskommission gegeben waren, hätten ihr natürlich richterliche Befugnisse zugestanden werden müssen.

Unsere Chauvinisten werden bei der Aufnahme der Rüstungskommissionsberichte Ernst markieren und wieder erzählen, wie sauber es in Deutschland, dem Lande der Ordnung und Sitte, zugeht, während im Auslande die Korruption zu Hause ist. Besonders aus Amerika wissen selbst die Blätter, die sich sonst peinlich hüten, kapitalistische Korruption zu sehen, erbauliche Schilderungen korruptiver Zustände zu melden. Sie vergessen nur, daß in Amerika die Aufdeckung korruptiver Verhältnisse in sehr gründlicher Weise durch Kommissionen des Parlaments erfolgt, und daß in Amerika das Spiel der deutschen Rüstungskommission undenkbar wäre. Amerikanische Kommissionen haben die Rockefeller und Morgan vorgeladen, die Kommission, die die Geschäfte der Eisenbahnen seit Monaten prüft, kontrollierte sogar den Umfang der Inserate, die die Verwaltungen an Zeitungen vergaben, sie ermittelte alle Personen, die unter irgendwelchen Vorwänden Gelder von den Eisenbahnen empfingen, die Liste der Bezieher von Subventionen wurde rückhaltlos veröffentlicht. So geht es in dem Lande zu, wo der Dollar herrscht.

* * *

Börse.

Zum Wochenschluß stellte sich Verstimmung ein, da die am Vortage verbreiteten Gerüchte über die schon vollzogene Erneuerung des Walzdrahtverbandes und die Beschleunigung der Verhandlungen zur Bildung anderer Syndikate für Fertigprodukte dementiert wurden. Nach einer vorübergehenden Erholung kam erneut eine Abschwächung zum Durchbruch, und zwar auf die matte Haltung der Börsen von Paris und London. Ferner kamen Meldungen von Zahlungsschwierigkeiten einer größeren Londoner Bankfirma. Der Privatdiskont blieb unverändert mit 2⅞ Prozent für kurzfristige Wechsel und mit 2⅝ Prozent für langfristige Wechsel.

•

Wenn gezahlt werden soll.

Eine Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industriellen nahm gegen die Kalinovelle folgende Protestresolution an: „Die Umwandlung der Kaliabgabe aus einer Abgabe für Absatzhebung in eine Reichssteuer bedeutet eine unzulässige Einschränkung des Besteuerungsrechts der Bundesstaaten. Da die Inlandspreise für Kali gesetzlich festgelegt sind, so ist die geplante Abgabe eine direkte Reichs- und Sondersteuer zu Lasten eines einzelnen Bergbauzweiges. Eine solche Sondersteuer wird die deutsche Kaliindustrie um so härter treffen, als infolge der Auslandsfunde die Monopolstellung der deutschen Kaliindustrie auf dem Weltmarkt möglicherweise gefährdet wird. — Die in der Kalinovelle geplante Steuer bildet einen ersten Versuch, eine Reichsproduktionssteuer auf Mineral zu legen. Die Annahme einer solchen Novelle läßt die Ausdehnung der Steuer auf Kohle und Erz befürchten. Hierdurch würde die weitere Entwicklung der gesamten deutschen Industrie und ihre Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt in schwerster Weise beeinträchtigt werden. Der Zentralverband erhebt daher gegen die Kalinovelle aus politischen und rechtlichen Gründen sowie im Interesse der deutschen Kaliindustrie entschiedenen Widerspruch."

Bisher wird den Kaliwerken ihre volle Beteiligungsmenge an der Gesamtproduktion erst nach Verlauf von fünf Jahren nach ordnungsmäßiger Aufschließung gewährt. Die Novelle schlägt nun vor, daß die Karenzfrist auf zehn Jahre verlängert wird. Damit wären die Kali-Industriellen schon einverstanden, doch die Regierungen sahen ein, daß die verstärkte Unterbindung der Konkurrenz zugunsten bestimmter Kapitalsgruppen nicht ohne weiteres vorgenommen werden kann, daß die so vom Gesetz Bevorzugten im öffentlichen Interesse wenigstens eine kleine Gegenleistung dafür zu erbringen haben. Diesem Ausgleich dient die zugleich vorgeschlagene Erhöhung der bisherigen Betriebsabgabe von 0,60 M. pro Doppelzentner abgesetzten reinen Kalis auf 0,90 M., wovon 0,45 M. für Hebung des Kaliabsatzes Verwendung finden, die restlichen 0,45 M. dagegen der Reichskasse als Kaliabgabe zufließen sollen. Wären die Inlandspreise für Kali nicht gesetzlich festgelegt, so daß die Abgabe auf den Preis geschlagen werden könnte, würde die Abneigung gegen die minimale Reichskaliabgabe bei den Industriellen wohl erheblich geringer sein. Der Protest des Zentralverbandes deutscher Industriellen entspringt der Auffassung der Großindustrie, daß der Staat ihr auf Kosten des Volkes fortwährend Geschenke zu machen hat, daß sie selbst aber zu irgendwelchen Gegenleistungen nicht herangezogen werden darf.

•

Rückgang in der überseeischen Auswanderung. Ueber Hamburg ist die Auswanderung im Mai weiter zurückgegangen; sie betrug 16 768 Personen, darunter 1114 Deutsche, im Mai des Vorjahres wanderten 25 479 Personen, darunter 943 Deutsche, aus. Ueber Bremen wanderten im Mai 22 539 Personen gegen 34 646 Personen und 21 563 in der entsprechenden Zeit der beiden Vorjahre aus.

•

Eine neue Schutzgebietsanleihe. Demnächst wird eine vierprozentige Anleihe der deutschen Kolonien im Betrage von 65 Mill. Mark ausgegeben werden, nachdem erst im Februar eine Anleihe im Betrage von 45 Millionen Mark herauskam.

Maschinenmeistertag in Leipzig.

Der vierte deutsche Maschinenmeister-Kongreß, der Pfingsten in Leipzig tagte, war, wie die Leipziger Volkszeitung berichtet, von den verschiedenen Maschinenmeistervereinen im Reiche stark beschickt. Als Gäste wohnten dem Kongresse die Vertreter der verschiedenen Berufszweige im Buchdruck bei: Maschinensetzer, Schriftgießer, Stereotypeure, Korrektoren und Stempelschneider. Ein Vertreter der österreichischen Gehilfenschaft bezeugte dem deutschen Tarifamt seine Hochachtung, da diesem zu verdanken sei, daß in Oesterreich wieder tarifliche Zustände hergestellt worden sind. Die Berichte des Obmannes und des Kassierers wurden entgegengenommen und gutgeheißen. Der Kassierer wünschte, daß die herausgegeben Broschüren mehr Beachtung fänden als bisher. Die Statutenänderung rief eine lebhafte Debatte hervor und wurde schließlich durch eine zwölfgliedrige Kommission erledigt. Der Schriftleiter der Technischen Mitteilungen Dörband gab einen Entwurf über die bisherige und zukünftige Ausgestaltung des Blattes, das bis jetzt viermal im Jahre erschienen ist und künftig öfters erscheinen soll. Der Antrag Stuttgart, die Technischen Mitteilungen aufzugeben und lieber auf die Typographischen Mitteilungen zu abonnieren, wurde abgelehnt. Eine Beschwerde der Stereotypeure und Galvanoplastiker, die eine Gefahr für ihren Beruf darin erblicken, daß einzelne Maschinenmeistervereine Unterrichtskurse für das Stereotypieren einrichten, wurde als unbegründet zurückgewiesen. Der Vortrag über den Tiefdruck zeigte in überzeugender Weise, welch gefahrvollen Zeiten die Maschinenmeister entgegengehen. Diese Neuerung im Druckverfahren, kaum entstanden, entwickelt sich von Tag zu Tag mehr zur Vollkommenheit und erfordert die größte Aufmerksamkeit und Beweglichkeit der Arbeiter, wenn sie sich nicht aus ihrem erlernten Beruf verdrängen lassen wollen.

Dem Kongreß folgte ein allgemeiner deutscher Maschinenmeistertag, an dem Hunderte von Berufsgenossen aus allen Teilen Deutschlands teilnahmen. Einem Nachmittagsbesuch der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik am ersten Pfingsttage folgte abends ein von den Leipziger Kollegen veranstalteter Kommers. Der zweite Pfingsttag war ausschließlich der Bugra gewidmet. Unter Führung ihrer Leipziger Kollegen durchwanderten die Fremden die ausgedehnten Ausstellungsräume und erforschten mit besonderem Interesse die neuen Maschinen und Apparate. Um 11 Uhr vormittags fand im großen Kongreßsaal der Ausstellung ein Meeting statt, das von über 1000 Personen besucht war. Im Namen des Direktoriums begrüßte der Kaiserl. Rat Nikolaus die Erschienenen. Dann hielt Kiefer (Köln) einen fast einstündigen Vortrag über: Die Bugra und die deutsche Maschinenmeisterbewegung. Auch er betonte die große Gefahr, die durch den Offset- und Tiefdruck den Maschinenmeistern erwachse. Er gab einen interessanten Ueberblick über die Entwicklung der Schnellpresse, die hauptsächlich in der neuesten Zeit rapid vor sich gehe und durch die neuen Druckverfahren sowie Anlege- und andere Apparate die menschliche Kraft und Geschicklichkeit immer mehr ausschalte und dadurch die Zahl der Arbeitslosen immer mehr vergrößere. Es sei staunenswert, wie weit es die Technik gebracht habe, die die kleine Maschine für Straßenbahnbillette ebenso exakt und zuverlässig ausbeute wie die ungeheure 96seitige Rotationsmaschine. Und diese Maschinen, die auf der einen Seite so und so viel menschliche Arbeitskräfte ausschalten, erfordern doch andererseits von den sie bedienenden Menschen eine große Sorgfalt und peinlichste Gewissenhaftigkeit, sie zerrütten Nerven und Gesundheit. Dabei versuchen die Unternehmer, ungelernte — weil billigere — Arbeiter an diese Maschinen zu stellen und dadurch das Los der gelernten Maschinenmeister zu verschlimmern. Er fordert deshalb eine Aussprache aller beteiligten Zweige, um sich beizeiten zu wehren gegen die unaufhaltsam heranrückende Gefahr. Ferner betont er die technische Weiterbildung als Notwendigkeit. Jede Neuerung erfordere neue technische Kenntnisse und nur der kann vorwärts kommen, der keinen Stillstand kennt, sondern immer auf der Höhe der Zeit bleibt. Daher sei ein enger Zusammenschluß der Berufskollegen selbstverständlich und unumgänglich. Jeder Maschinenmeister müsse seiner Sparte angehören, die ihm in technischer und beruflicher Hinsicht alles Notwendige biete, während der Verband der deutschen Buchdrucker, der ja fast alle Arbeiter des Buchdruckergewerbes vereinige, sie vor äußerster Not schütze und ein fester Hort sei vor kommenden Gefahren. Die Anwesenden spendeten dem Vortragenden für seine klaren Ausführungen lebhaften Beifall. Eine Resolution, die Zentralstelle des Verbandes solle Mittel und Wege ausfindig machen, um den drohenden Umwälzungen im Maschinenwesen beizeiten begegnen zu können, wurde einstimmig angenommen. Am dritten Festtag wurde eine Führung durch die Stadt veranstaltet.

Allgemeiner Anwaltsangestelltentag.

k. Leipzig, 7. Juni.

Die Privatangestellten werden in immer schärferen Gegensatz zu den Unternehmern getrieben und sie beginnen auch langsam diesen Gegensatz einzusehen. Die gemeinsame Kundgebung aller Verbände der Anwaltsangestellten am Sonntag in Leipzig gegen den ablehnenden Beschluß der Vertreterversammlung der deutschen Rechtsanwälte, die Arbeitsverhältnisse der Anwaltsangestellten durch einen Reichstarifvertrag zu regeln, ist von diesem Standpunkt aus höchst bedeutungsvoll. Zum ersten Male befinden sich alle Organisationen der Anwaltsangestellten in einer geschlossenen Kampffront gegenüber den Anwälten. Hat auch der Harmoniegedanke noch Anhänger unter den Anwaltsangestellten, so fanden doch alle Redner auf dieser Tagung scharfe Worte gegen die Anwälte, deren soziale Rückständigkeit, einer Regelung des Arbeitsverhältnisses mit den Organisationen der Angestellten widerstrebt.

Von den eingeladenen Reichs- und Landtagsabgeordneten war nur der Genosse Fr. Geyer, der Vertreter des Wahlkreises Leipzig-Land, erschienen. Der nationalliberale Herr Junck, der als Rechtsanwalt besonderes Interesse an dieser bedeutungsvollen Kundgebung hätte nehmen müssen, war der Einladung nicht gefolgt.

Als erster Redner sprach Dr. Jahn aus Leipzig vom Verband deutscher Bureaubeamten über „Die Ablehnung des Reichstarifs". Er entwarf ein überaus trauriges Bild von der Lage der Anwaltsangestellten. Sie wird gekennzeichnet dadurch, daß lange Arbeitszeit, vielfach Sonntagsarbeit, unbezahlte Ueberstunden und vor allem elende Lohnverhältnisse die Angestellten bedrücken. Der Versuch, die Lage der Anwaltsangestellten durch einen Tarifvertrag mit dem Deutschen Anwaltsverein zu heben, sei gescheitert, obwohl kein Zweifel bestehen könne, daß die Möglichkeit für einen Reichstarif vorhanden sei. Die Anwälte aber wollten nicht mit den „tiefstehenden" Angestellten verhandeln. Ihre sachlichen Argumente, die Verschiedenheit der Verhältnisse und die angeblich schlechte Lage der Anwälte sind nicht der wahre Grund. Man will mit den Organisationen nicht verhandeln und eine Resolution beschloß man nur — wie man ausdrücklich erklärte —, damit es den Anschein habe, als wenn etwas geschehe.

Der zweite Redner, Bureauvorsteher Margen aus Kiel, vom Verband deutscher Rechtsanwaltsbeamten, behandelte das Thema „Was ist nun zu tun?" Er glaubte dem sozialen Ausschuß des Anwaltsvereins den Dank für seine — erfolglos verlaufene! — Arbeit aussprechen zu müssen. Auch erklärte er, es falle den Anwaltsangestellten absolut nicht ein, sich auf den Standpunkt der Gleichberechtigung zu stellen! Trotzdem mußte auch er die brüske Ablehnung der Forderungen der Angestellten durch die Anwälte feststellen. Er trat für örtliche Verhandlungen mit den Anwaltskammern ein und forderte zur Stärkung der Organisation auf.

Zu Punkt 1 und 2 der Tagesordnung nahm die Versammlung einmütig eine Resolution an, in der erklärt wird, daß das ablehnende Verhalten des Vertretertages des Deutschen Anwaltsvereins gegenüber dem Gedanken eines Reichstarifabkommens mit den Organisationen der Angestellten in keiner Weise sachlich begründet ist. Die beteiligten Verbände werden beauftragt, die nach dem in Weimar gefaßten Beschluß von den Anwaltsorganisationen etwa einzuleitenden Schritte nicht erst abzuwarten, sondern ihrerseits an sie heranzutreten, um zu versuchen, zu einer örtlichen Regelung der Arbeits- und Gehaltsverhältnisse zu gelangen und dadurch zugleich Vorarbeit für einen künftigen Reichstarif zu leisten.

Als letzter Redner sprach Reichstagsabgeordneter Giebel vom Verband der Bureauangestellten über Die gesetzliche Regelung der Dienstverhältnisse. Er führte aus: Die Anwälte haben mit ihrem ablehnenden Beschluß nicht nur zum Ausdruck bringen wollen, daß sie der tariflichen Regelung des Arbeitsverhältnisses abhold sind, sondern daß sie auch Gegner der gesetzlichen Regelung sind. Diese Auffassung macht der deutschen Anwaltschaft keine Ehre. Die gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse wird aber kommen, ob die Anwälte wollen oder nicht. Die Anwälte wollen keine Gleichberechtigung, dagegen müssen wir protestieren als einer Beleidigung der Angestellten. (Stürmischer Beifall.) Die Forderung der Anwälte nach einer Erhöhung der Gebühren stützt vor allem unsere Forderung nach Erhöhung unserer Gehälter. Wir sind durch die Vertröstung bis zur Erhöhung der Gebühren genasführt worden. Wir können mit Recht feststellen, daß in unserem Beruf außerordentliche Mißstände bestehen. Hiergegen müssen wir durch Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel Front machen. Wir fordern, daß der Angestellte gleichberechtigter Kontrahent beim Abschluß des Arbeitsvertrages ist. Die ungeheure Lehrlingszüchterei ist der größte Schaden des Berufes. Daraus entstehen der Druck die geringen Gehälter und die sonstigen Schäden. Die Gehälter bieten keine Möglichkeit eines anständigen Lebens, deshalb haben wir die große Abwanderung in andere Berufe. Heute kommen auf 100 Berufsangehörige 40 Lehrlinge! Die soziale Kommission der Anwälte hat sogar einen Fall festgestellt, wo ein Anwalt sieben Lehrlinge, aber keinen Gehilfen beschäftigt. Die Sterblichkeit an Lungentuberkulose ist dank der ungesunden Arbeitsräume stärker als im Durchschnitt. Gegen alle diese Mißstände müssen wir die gesetzliche Regelung herbeizuführen suchen. Warum sollen wir auf den gesetzlichen Schutz verzichten, da alle anderen Gruppen der Privatangestellten ihn haben? Mehrere Beschlüsse des Reichstages haben die Notwendigkeit gesetzlichen Schutzes anerkannt. Freiwillig haben wir von unseren Unternehmern nichts zu erwarten. Aber neben der gesetzlichen Regelung müssen wir aus eigener Kraft die Regelung der Gehaltsverhältnisse erstreben, da es bei dem heutigen Stande unserer Sozialpolitik ausgeschlossen ist, daß sie durch Gesetz geregelt werden. Der mit der gesetzlichen Regelung, das ist der einmütige Wille der gesamten Angestelltenschaft. (Lebhafter Beifall.)

Nach der Diskussion, in der je ein Redner als Vertreter des betreffenden Verbandes spricht, wird zu dem dritten Referat eine Entschließung einmütig angenommen, die erklärt, daß ein tarifvertragliches Abkommen die gesetzliche Regelung der Anstellungsverhältnisse nicht entbehrlich macht. Der Anwaltsangestelltentag fordert das Reichsjustizamt auf, ohne Verzug die Berufsverhältnisse gesetzlich zu regeln und dem Reichstage bei seinem Zusammentritt einen Gesetzentwurf vorzulegen. Es werden dann die Forderungen dafür festgestellt.

Nach einer Schlußrede von Giebel wird der von über 600 Vertretern besuchte Anwaltsangestelltentag geschlossen.

Aus aller Welt.

Aus der Hauptstadt der Intelligenz.

In Berlin sprangen kürzlich zwei junge Mädchen in die Spree, um einem fürchterlichen Schicksal zu entgehen, das ihnen — die Wahrsagerin aus den Karten prophezeit hatte. Zu diesem fast unglaublich scheinenden Vorfall erhält nun die Deutsche Tageszeitung eine Zuschrift, in der u. a. erzählt wird:

Der Schreiber dieser Zeilen wohnte jahrelang in einem Berliner Vorort gegenüber einem Gebäude, einer nichts weniger als schönen „Mietskaserne", vor der ein fast auffallend lebhafter Verkehr herrschte, ohne daß er sich die Veranlassung erklären konnte. Bisweilen hielten einige Equipagen mit Kutscher und Diener auf dem Bock vor der Tür, dazu ein ständiges Kommen und Gehen von Personen jeden Alters und aus allen Schichten der Bevölkerung. Er glaubte, in der Nähe eines besonders renommierten Arztes zu wohnen und wollte sich, da außen ein Türschild fehlte, von dem Tatbestand überzeugen. Er stieg von Stock zu Stock den dunklen, unbequemen Hausaufgang empor; vor der vierten Etage standen die Menschen schon geduldig auf der Treppe. Und auf Befragen erhielt er die fast erstaunte Antwort, ob er denn nicht wisse, daß hier die „berühmte" Kartenlegerin Frau X. wohne! Herrschaften, die sonst aufs äußerste die Würde ihres Standes wahren — hier war jeder soziale Unterschied ausgelöscht, da es galt, einen „untrüglichen Blick in die Zukunft zu tun". Wenn man aber einen Schutzmann darauf aufmerksam machte, zuckte er gleichmütig die Achseln: „Die Frau zahlt Gewerbesteuer; wir können dagegen nichts machen."

Die Zuschrift der Deutschen Tageszeitung rührt an Zustände, die längst nicht mehr unbekannt sind, die aber jedenfalls beweisen, daß „Bildung und Besitz" nicht immer unter einem Dache wohnen. In der Hauptsache aber haben es die schlauen Ausbeuterinnen der menschlichen Dummheit allerdings auf die Frauen aus dem Volke abgesehen, die das Gros ihrer Kundschaft bilden. Gewisse Berliner Zeitschriften, die in Massen in der Bevölkerung verbreitet sind, bringen in jeder Nummer ganze Spalten von Annoncen, in denen die Kunst, aus Karten, Händen, Kaffeesatz usw. die Zukunft untrüglich zu ergründen, angepriesen wird. Gegen solche Kulturschande gibt es nur ein Mittel: Hinaus mit dem gedruckten Schund aus den Arbeiterwohnungen und hinein mit gesunder aufklärender Literatur! Dem von der sozialdemokratischen Partei projektierten Familienblatt, das im Herbst zu erscheinen beginnen soll, steht hier eine besonders wichtige Aufgabe bevor.

Vereinskalender für Dienstag.

Deutscher Holzarbeiterverband, Zahlstelle Dresden. Abends 6½ Uhr Mitgliederversammlung im Kristallpalast, Schäferstraße 45.
Deutscher Metallarbeiterverband, Dresden und Umgegend. Automobilbranche: Abends 8½ Uhr Versammlung im Volkshaus.
Volksversammlung. Abends 8 Uhr im Gasthof Wölfnitz.
Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität, Abteilung Löbtau. Monatsversammlung im Bürgergarten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140608/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Eine gelbe Tagung.

Kürzlich gaben sich die Vertreter der gelben Werksvereine in Saarbrücken ein Stelldichein, um die vierte Tagung des Bundes gelber Werkvereine und des Hauptausschusses nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands abzuhalten. Ueber 300 Abgeordnete und zahlreiche Gäste sollen erschienen sein.

Der Bundesvorsitzende Heß aus Essen berichtete, daß der Bund allein 140 000 Mitglieder zähle und daß in der ganzen „wirtschaftsfriedlichen" Arbeiterorganisation über 300 000 Mitglieder organisiert seien; auch die gelbe Jugendbewegung habe sich erfreulich entwickelt. Der Herr unterließ es aber wohlweislich, genaue Zahlen anzugeben. Auch verriet er nicht, welcher kleine Teil der Mitglieder aus freier Entschließung zu den Gelben gekommen ist und wieviele durch Versprechungen oder Drohungen terrorisierender Unternehmer und ihrer Kreaturen gelb gemacht wurden. Ebensowenig war zu erfahren, wieviele Mitglieder dieser gelben Prätorianergarden des Scharfmachertums Werkmeister, Vorarbeiter usw. und wieviele wirkliche Arbeiter sind. Die hochtönenden Zahlen würden stark zusammengeschrumpft sein, wenn es der Herr unternommen hätte, nur die Zahl der wirklichen Arbeiter, die ganz aus freien Stücken gelb geworden sind, herauszurechnen und festzustellen.

Die Verhandlungen waren ohne besondere Bedeutung. Bezeichnend ist, daß der gelbe Bund, wie bei der Beratung der Richtlinien betont wurde, den § 152 der Gewerbeordnung auch für sich in Anspruch nimmt und auf den Streik nicht grundsätzlich verzichtet, daß er aber, wie die Bundesleitung unter der Zustimmung des Bundestages erklärte, zur Führung von Streiks und zur Anlegung einer Streikkasse seinem ganzen Wesen nach nicht geeignet ist. Diese Erklärung läuft natürlich auf einen völligen Verzicht auf das Mittel des Streiks hinaus, auf das man angeblich nicht grundsätzlich verzichten wollte. Konsequenz ist also nicht die starke Seite dieser tapferen gelben Mannesseelen.

Es wurde weiter erklärt: „Schon heute gibt es einen Kampf der Werkvereine gegen ihre Arbeitgeber überhaupt nicht . . . Aus dem Grunde kann der Bund deutscher Werkvereine die Erklärung des Berliner Kartells, Streikkassen gründen zu wollen, nur als eine dem Werkvereinsgedanken nicht entsprechende Spielerei mit dem Streikgedanken betrachten, die das Berliner Kartell für sich ja weiter ausüben kann, aber nicht von den übrigen Werkvereinen verlangen darf." Also auch die Essener Brüder der Berliner Gelben nehmen deren Erklärung über die Gründung von Streikkassen nicht ernst, sondern sie betrachten diese Erklärung — wahrscheinlich gleich den Berlinern selbst — als eine bedeutungslose Spielerei. Es liegt also absolut kein Grund mehr vor, der einer Verbindung der Gelben Essener und Berliner Richtung im Wege steht, und es ist daher durchaus verständlich, daß die Möglichkeit, mit den Berliner Verbänden wiederum in engere Fühlung zu treten, auf dem Bundestag der Essener Richtung eifrig erörtert und festgestellt wurde, daß eine solche Einigung über kurz oder lang wohl erwartet werden dürfe.

Schlimmer fast als die ärgsten Scharfmacher schreien diese gelben sogenannten „Arbeitervertreter" auch nach Ausnahmegesetzen zur Knebelung der Koalitionsfreiheit. Der Bundestag beschloß, „eine Petition an den Reichstag zu richten, in der um gesetzliche Maßnahmen gegen den Streik und Boykott gebeten wird." Diese Auch-arbeitervereine bitten also noch höflichst darum, daß den wirklichen Arbeiterorganisationen durch die Gesetzgebung die Schlinge um den Hals gelegt und zugezogen wird, bis sie absolut nicht mehr japsen können. Diese Bitte kennzeichnet das wahre Ziel der Gelben: die Brechung der in der Vereinigung liegenden Macht der Arbeiterschaft und die auf Gnade und Ungnade erfolgende Auslieferung der Ausgebeuteten an das Ausbeutertum!

Angesichts dieser Bestrebungen ist es durchaus erklärlich, daß das Scharfmachertum und seine Presse sehr zufrieden mit dem gelben Bundestage sind. Die Deutsche Arbeitgeberzeitung, dieser berü—hmte Schleifstein des ebenso berü—hmten Freiherrn v. Reiswitz, nennt das Saarbrückener Stelldichein eine „gewaltige Kundgebung im Sinne der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung". Und an der Festsitzung, die natürlich auch das obligate Huldigungstelegramm an den Kaiser beschloß, nahmen mit innigem Behagen neben zahlreichen Vertretern der Behörden auch bedeutende Repräsentanten der Großindustrie teil. Auch mehrere bürgerliche Abgeordnete und sonstige Freunde und Förderer der gelben „Bewegung" sowie Vertreter von Unternehmerverbänden (!) und anderen ähnlichen Korporationen waren erschienen.

Diese Zusammensetzung der Festsitzung und das zitierte Lob eines der schlimmsten Scharfmacherblätter kennzeichnen den Charakter des gelben Bundestages in Saarbrücken und der ganzen gelben „Bewegung" zur Genüge. Jeder wirkliche, auf Klassenstolz und Standesehre haltende Arbeiter wird der gelben Schmarotzerpflanze im weiten Bogen aus dem Wege gehen.

Lokales.

Achtung, Fabrikschuhmacher!

Bei der Firma Hammer bestehen in der Zuschneiderei Differenzen. Zuzug von Zuschneidern ist fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Die Ortsverwaltung des Schuhmacherverbandes Dresden.

Inland.

Gewerkschaften und Arbeitslosenversicherung.

Der Forderung der Arbeiter und ihrer Organisationen, eine staatliche oder kommunale Arbeitslosenversicherung einzuführen, ist in letzter Zeit von Scharfmachern und ihrem Anhang oft mit dem Hinweis begegnet worden, daß die Gewerkschaften Mittel genug zur Verfügung hätten, um auf dem Wege der gewerkschaftlichen Selbsthilfe eine ausreichende Unterstützung ihrer Mitglieder durchführen zu können. Diesen durch Oberflächlichkeit und Denkfaulheit sich auszeichnenden weisen Rat endlich in eine mathematische Form gebracht zu haben, ist ein Verdienst eines Dr. Zahnbrecher, der in einer soeben erschienenen Schrift: „Arbeitslosenversicherung und Arbeitgeber" folgendes Rechenexempel macht:

„Ueber 736 000 Gewerkschaftler zahlten 1913 einen Wochenbeitrag von über 60 Pf., das bedeutet ungefähr 90 Prozent der Mitglieder der freien Gewerkschaften; dazu kommen noch die Jahresbeiträge für besondere lokale Zwecke; allein über 93 000 Mitglieder zahlten an Jahresbeiträgen für lokale Zwecke je 10,40 M., beinahe 30 000 Mitglieder zahlten für besondere lokale Zwecke über 33 M. Wenn ein eben ausgelernter Lehrling mit dem 18. Lebensjahr der Gewerkschaft beitritt, dann ergibt sich für ihn ungefähr, soweit z. B. die Gewerkschaften der graphischen Industrie in Frage kommen, unter Anrechnung von Zinseszinsen, daß derselbe bis zu seinem 60. Lebensjahre über 5000 M. in eine Gewerkschaft einbezahlt. 1912 hatten die freien Gewerkschaften über 80,2 Millionen Mark an Einnahmen zu verzeichnen, also gegenüber dem Jahre 1911 über 10 Millionen Mark mehr. Die Vermögensbestände erhöhten sich vom Jahre 1911 bis 1912 von 62,1 Millionen Mark auf annähernd 80,8 Millionen Mark. Für Streikunterstützungen und Kosten von Lohnbewegungen gaben die freien Gewerkschaften von 1891 bis 1912 121,4 Millionen Mark aus, wozu die Maßregelungsunterstützung mit 9,4 Millionen Mark zu rechnen ist, also insgesamt 130,8 Millionen Mark. Für die Arbeitslosenunterstützung bezahlten sie für die gleiche Zeit von 1891 bis 1912 jedoch bloß 54,3 Millionen Mark, und für die Reiseunterstützung, die eine verkappte Streikunterstützung ist, etwa 15,6 Millionen Mark."

Diese mühevolle Entdeckung des Herrn Doktor ist nicht einmal eine nette, rechnerische Spielerei zu nennen, denn sie ist in der Tendenz völlig absurd. Selbst der verbissenste Gegner der Gewerkschaften wird ihnen nicht die alleinige Aufgabe zusprechen wollen, als Arbeitslosenunterstützungskassen gelten zu müssen. Die Gewerkschaften haben mit der Arbeitslosenunterstützung schon eine Pflicht übernommen, die dem Staate und den Kommunen zukommt. Diese haben für die Opfer der Krisen und der kapitalistischen Wirtschaftspolitik zu sorgen, nicht die Arbeiter selbst, die alle mehr oder minder darunter leiden. Warum sollen die Gewerkschaften übrigens nur für die Arbeitslosen zu sorgen haben? In Fortsetzung der Idee des Dr. Zahnbrecher könnten sie doch gleich den Kommunen ihre gesamten Armenlasten abnehmen! Dann würden die Gewerkschaften wohl auch im Rechtsstaate geduldet und nicht als politische Vereine erklärt?

Nationalliberale Hetze gegen die Gewerkschaften.

In der jüngsten Nummer der Nationalliberalen Korrespondenz für die Rheinprovinz wird die Politisch-Erklärung der Gewerkschaften unter heftigen Ausfällen gegen den alten Bergarbeiterverband durchaus gebilligt. Die Behörden hätten mit ihren Maßregeln völlig recht; es sei eine große Kühnheit, den politischen Charakter der freien Gewerkschaften zu leugnen:

„Die leitenden Männer sind alle in der Wolle gefärbte Sozialdemokraten, und speziell im alten Bergarbeiterverbande gibt es auf der ganzen Linie, vom Generalfeldmarschall Hermann Sachse bis zum letzten Zahlstellenverwalter, keinen einzigen, der nicht zugleich Funktionen in der sozialdemokratischen Parteiorganisation hat. Daß die etwa 2½ Millionen Mitglieder der freien Gewerkschaften nicht alle zahlende Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind, beweist nichts gegen die Tatsache, daß bei jeder Gelegenheit für die Partei zur politischen Machterweiterung der große Verbandsbeamtenapparat sowie die Verbandspresse zur politischen Agitationswaffe greifen und kämpfend gegen die bürgerlichen Parteien unter die Mitglieder gehen. Kann man unter solchen Umständen noch von unpolitischen Gewerkschaften sprechen?"

Es ist charakteristisch für die Entwicklung innerhalb der nationalliberalen Partei, daß ein Organ, das sich bisher stets gegen die Richtung Fuhrmann und Beumer wandte, nun auch schon in den Ton übelster Scharfmacherei verfällt.

Der Transportarbeiterverband im Jahre 1913.

Der Transportarbeiterverband ist der einzige unter den großen Organisationen, die im Krisenjahre keinen Mitgliederverlust, sondern noch einen Gewinn von 8439 Mitgliedern hatten. Nicht so günstig gestalteten sich die Kassenverhältnisse. Die Hauptkasse weist eine Verringerung des Kassenbestandes um 80 447 M. auf. Die Verwaltungsstellen konnten dagegen ihre Kassenbestände noch um rund 94 000 M. steigern. Der Verlust der Hauptkasse ist lediglich auf die ganz außergewöhnliche Steigerung der Ausgaben für Streiks und Lohnbewegungen im Jahre 1913 zurückzuführen. Diese betrugen 2 274 517 M. gegen nur 460 818 M. im Jahre 1912. Die großen Streiks bei der Binnenschiffahrt und an der nordischen Wasserkante haben diese vermehrten Ausgaben der Hauptkasse herbeigeführt. Aber nicht nur die Ausgaben für Lohnbewegungen, sondern auch die für Arbeitslose und Kranke haben eine wesentliche Erhöhung erfahren. Im Jahre 1912 hat der Verband insgesamt für Unterstützungen der verschiedensten Art 2 111 255 M., 1913 dagegen 4 285 180 M. ausgegeben. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betrugen 6 102 985 M. Der Verband hatte am Jahresschluß 229 427 Mitglieder und immer noch ein Vermögen von mehr als 2½ Millionen Mark.

Die Verbandstätigkeit war recht intensiv. Es wurden nicht weniger als 46 516 Versammlungen und Sitzungen abgehalten und außerdem 130 000 Flugschriften und 214 500 Werbebroschüren für allgemeine und spezielle Branchenagitation verbreitet. Das Ergebnis dieser Tätigkeit waren 78 111 Neuaufnahmen. Diese Ziffer steht allerdings in keinem Verhältnis zu der bescheidenen Zahl des wirklichen Mitgliedergewinnes.

Die Lohnbewegungen haben selbst im Krisenjahre zu 93,9 Prozent mit Erfolg für die Beteiligten geendet. Die Bewegungen erstreckten sich auf 232 Orte und 4 Stromgebiete in 6895 Betrieben mit 68 975 Beschäftigten. Von den Beschäftigten gehörten 58 677 Personen dem Verbande an. Die erzielten Lohnerhöhungen summieren sich im Jahre auf 4 883 000 M., die erkämpfte Verkürzung der Arbeitszeit beträgt insgesamt 3 886 468 Stunden. Dazu kommen die sonstigen Verbesserungen im Arbeitsverhältnis, Bezahlung der Ueberstunden, Sonntagsarbeit, Gewährung von Ferien usw. Dem Verband ist es ferner gelungen, für 5064 Personen 204 neue Tarife abzuschließen und 228 Tarife für 15 591 Arbeiter zu erneuern. Im ganzen arbeiten jetzt 74 071 Verbandsmitglieder zu tariflich geregelten Arbeitsbedingungen.

Die Arbeitsnachweise des Verbandes konnten von 52 350 gemeldeten Stellen 46 829 besetzen.

In allen diesen Zahlen kommt der große Nutzen zum sichtbaren Ausdruck, der den Transportarbeitern durch ihre gewerkschaftliche Organisation erwachsen ist.

Kleine Nachrichten aus der Gewerkschaftsbewegung.

In Jena streiken die Glaser. Ein Glasermeister sucht in bürgerlichen Blättern 25 bis 30 Bautischler als Streikbrecher. Zuzug von Glasern und Bautischlern ist streng fernzuhalten.

In Berlin lehnten gestern 1000 Kisten- und Koffermacher in einer Versammlung den Tarifentwurf der Arbeitgeber, der am 15. Juni in Kraft treten sollte, einstimmig ab und beauftragten die Tarifkommission, nur auf der Grundlage des bisherigen Tarifes mit den Unternehmern zu verhandeln.

Ausland.

Der große englische Arbeiterbund.

L. K. Das große Schutz- und Trutzbündnis der drei mächtigsten britischen Industrieverbände, des Bergarbeiterverbandes, Eisenbahnerverbandes und Transportarbeiterverbandes, darf nunmehr als endgültig gesichert betrachtet werden. Eine Konferenz der Vorstände der drei Verbände nahm nach vierstündiger Diskussion einen von einem Ausschuß ausgearbeiteten Statutenentwurf mit geringfügigen Aenderungen fast einstimmig an und beschloß, baldigst eine nationale Delegiertenkonferenz aller drei Verbände einzuberufen, die die vorgeschlagene Arbeitsgemeinschaft erörtern und ohne Zweifel gutheißen wird. Die Vereinbarung sieht gemeinsame Aktionen in allen nationalen (im Gegensatz zu lokalen) Fragen der beteiligten Gewerkschaften sowie in anderen Angelegenheiten, die für die Gewerkschaftsbewegung von vitaler Bedeutung sind vor. Eine permanente gemeinsame Körperschaft, die aus den Präsidenten und Generalsekretären der drei Verbände zusammengesetzt ist, wird für die wirksame Zusammenarbeit und die Vermeidung von Reibungen sorgen. Dieser gemeinsame Ausschuß wird nicht nur Organisationsfragen diskutieren und erledigen, sondern erhält auch das Recht, jederzeit eine gemeinsame Plenarversammlung der drei Vorstände einzuberufen, wenn ihm die Umstände die Erwägung gemeinsamer Aktionen angebracht erscheinen lassen. Es bedarf nicht vieler Worte, um die gewaltige Bedeutung dieses Schrittes anzudeuten. Wir haben es mit einer Mobilisation der entscheidenden proletarischen Streitkräfte zu tun, die, einmal vollzogen, das Machtverhältnis zwischen den gesellschaftlichen Klassen, das wir Staat nennen, nicht unberührt lassen kann.

Ausstand in der amerikanischen Elektrizitätsindustrie.

In der Westinghouse Electric and Manufacturing Co. in Pittsburg ist ein Streik ausgebrochen, an dem rund 10 000 Arbeiter beteiligt sind.

Dresdner Sehenswürdigkeiten.

Königliche Gemälde-Galerie (Zwinger). Dienstags, Donnerstags, Freitags 10 bis 3, Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr frei. Mittwochs, Sonnabends 10 bis 3 Uhr 50 Pf., Montags 10 bis 2 Uhr 1,50 Mark.

Königliches Kupferstich-Kabinett (Zwinger). Dienstags, Freitags 10 bis 3 und 5 bis 7 Uhr, Mittwochs, Donnerstags, Sonnabends 10 bis 3, Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr frei. Montags geschlossen.

Königlicher mathematisch-physikalischer Salon (Zwinger). Montags, Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Freitags 9 bis 12 Uhr 50 Pf., Sonnabends sowie Sonn- und Feiertags geschlossen.

Königliches mineralogisch-geologisches und prähistorisches Museum (Zwinger). Montags, Dienstags, Donnerstags, Freitags 10 bis 12, Mittwochs und Sonnabends 1 bis 3, Sonn- und Feiertags 11 bis 1 Uhr frei.

Königliches zoologisches und anthropologisch-ethnographisches Museum (Zwinger). Sonn- und Feiertags, Montags, Dienstags, Donnerstags, Freitags 11 bis 1, Mittwochs, Sonnabends 1 bis 3 Uhr frei.

Königliches Grünes Gewölbe (Königliches Residenzschloß part.). Wochentags 10 bis 1 Uhr, Führung von 1 bis 6 Personen 9 M., jede Person mehr 1,50 M. Sonn- und Feiertags geschlossen.

Königliches Münz-Kabinett (Königliches Residenzschloß part.). Dienstags und Freitags von 10 bis 1 Uhr (nur für Studien frei.

Königliches historisches Museum (Rüstkammer) und **Gewehrgalerie** (Johanneum I.). Dienstags, Mittwochs, Donnerstags, Freitags und Sonnabends 10 bis 2 50 Pf., Montags 10 bis 2 1,50 M., Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr 25 Pf.

Königliche Porzellan- und Gefäßsammlung (Johanneum I.). Montags bis Freitags 10 bis 2 50 Pf., Sonnabends 9 bis 2 1,50 M., Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr 25 Pf.

Königliche Porzellan-Niederlage, Schloßstraße 36, geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr wochentags.

Königliche Skulpturensammlung im Albertinum und An der Frauenkirche 12, 1. (Cosel-Palais.) Wochentags (außer Sonnabends) von 9 bis 3, Sonn- und Feiertags von 11 bis 2 Uhr frei.

Königlicher Botanischer Garten. Wochentags von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags, Sonn- und Feiertags 9 bis 1 Uhr Gewächshäuser (unentgeltlich) täglich (außer Sonnabends) von 9 bis 12 Uhr, sonst gegen 50 Pf. Führungsgeld.

Königliches Kunstgewerbemuseum (Eliasstraße 34). Werktags außer Montags von 9 bis 2 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 1 Uhr. Eintritt frei.

Sächsischer Kunstverein (Brühlsche Terrasse). Täglich geöffnet von 10 bis 5, Sonntags von 11 bis 2 Uhr. Eintritt 50 Pf., am letzten Sonntag des Monats 20 Pf.

E. Richters Kunstsalon (Prager Straße). Täglich geöffnet.

Galerie Ernst Arnold, Schloßstraße 34. Permanente Gemälde-Ausstellung.

Stadtmuseum (Neues Rathaus), geöffnet Sonntags und Mittwochs von 5 bis 7 Uhr, Dienstags und Freitags von 11 bis 1 Uhr.

Körner-Museum (Körnerstraße 7). Wochentags 9 bis 2, Mittwochs und Sonnabends 9 bis 1 und 2 bis 5, Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Postwertzeichenmuseum, Moszynskistraße 5 (Hotel du Nord). Wochentags 10 bis 4 Uhr. Ertrag zugunsten des Albertvereins.

Musterlager des Exportvereins für das Königreich Sachsen, Niedergraben 5. Wochentags 10 bis 5 Uhr. Eintritt frei.

Zoologischer Garten, Tiergartenstraße, am Großen Garten. 75 Pf., Kinder 30 Pf., Sonntags 50 bezw. 20 Pf., jeden ersten Sonntag im Monat 25 Pf. Geöffnet täglich von früh bis abends.

Brühlscher Garten und Brühlsche Terrasse, am Elbufer (Landungsplatz der Dampfschiffe).

Gehe-Sammlung (pharmazeutische Sammlung der Königlichen Tierärztlichen Hochschule), Kurländisches Palais, Zeughausplatz 3, 1. Dienstags von 2 bis 4 Uhr frei.

Königliche Arsenal-Sammlung, Königsplatz 3. Geöffnet nur vom 1. April bis 30. September Mittwochs, Sonn- und Feiertags von 11 bis 2 Uhr. Eintritt 25 Pf., Militär frei.

Königliche Armee-Sammlung. Marien-Allee 3. Geöffnet Dienstags und Donnerstags von 10 bis 1 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 2 Uhr. Eintritt frei, Garderobe 10 Pf.

Schilling-Museum, Pillnitzer Straße 63. Geöffnet Wochentags von 10 Uhr an, Sonn- und Feiertags von 11 Uhr an bis zum Eintritt der Dunkelheit.

Königlicher Großer Garten, begrenzt von der Stübelallee, Lennéstraße, Tiergartenstraße und Karcherallee.

Städtische Ausstellungshalle, Stübelallee 2a.

Landesmuseum für sächsische Volkskunst Dresden-Neustadt, Alterstraße 1, gegenüber dem Königl. Finanzministerium. Geöffnet: Wochentags 9 bis 2 Uhr, Mittwochs und Sonnabends 9 bis 2 und 4 bis 6, Sonntags 11 bis 1 Uhr. Erwachsene 20 Pf., Kinder und Schüler 10 Pf. Montags 50 Pf., Sonntags 10 Pf. für die Person.

Königliches Schloß, Schloßstraße. Zu besichtigen nur in Abwesenheit des Königs. Eintritt 1 bis 3 Personen 1,50 M., jede weitere Person 50 Pf.

Förstenzug, Augustusstraße

Denkmal des Königs Johann, Theaterplatz.

Denkmal Carl Maria v. Webers, am Museum am Zwinger.

Albert-Denkmal, Schloßplatz, vor dem Ständehaus.

Denkmal Friedrich August I., im Zwingerhof.

Denkmal Friedrich August II., auf dem Neumarkt.

Denkmal Nietschels, Gottfried Sempers und **Ludwig Richters,** auf der Terrasse.

Denkmal Luthers, vor der Frauenkirche.

Denkmal Körners, Gutzkows und **Julius Otto's,** auf dem Georgplatz.

Denkmal des Kurfürsten Moritz und des **Vater August,** am Fuße der Terrasse.

Denkmal König Antons, Hohenthalplatz.

Denkmal der Kurfürstin Mutter Anna, bei der Annenkirche.

Siegesdenkmal, auf dem Altmarkt.

Wettin-Obelisk, Taschenberg.

Georgs-Brunnen, an der Sophienkirche.

Cholerasäule (Gutschmiedbrunnen), auf dem Postplatz.

Stübel-Brunnen, Stübelplatz.

Viktoria-Brunnen, am Jüdenhof.

Gänsedieb-Brunnen. Ferdinandplatz.

Justitia-Brunnen, Holbeinplatz.

Mozart-Brunnen, Bürgerwiese.

Venus und Amor, Bürgerwiese.

Ballwerfer, Sportplatz, Lennéstraße.

Die Mütter, Bürgerwiese.

Denkmal Augusts des Starken, Neustädter Markt.

Brunnen „Stürmische Wogen" und **„Stilles Wasser",** Albertplatz.

[illegible] Wasser [illegible] zu erhalten. Inzwischen sind die Militärbehörden gezwungen, den von ihr angeforderten Eingeborenen das erforderliche Trinkwasser zuzuführen.

Zeitschriften Von der Neuen Zeit ist soeben das 10. Heft vom zweiten Band des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das Mittel Glück und Erde. — Sozialdemokratie und Verstaatlichung. Von H. Laufenberg. — Zum Problem der Moral. (Marx und Kant.) Von E. Kotier. (Schluß.)

Feuilleton: Gegensätze in der antiken Geschichtsschreibung. Von O. Joseph. — Literarische Rundschau: Otto Krille, Das stille Buch. Von Kaiser.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Dresdner Kalender

Theater. Mitteilung aus dem Bureau der Kgl. Hoftheater. Die Ausgabe der Sonderabonnements (zu ermäßigten Preisen) für den am Donnerstag den 11. Juni im Königlichen Schauspielhaus beginnenden Zyklus klassischer Werke erfolgt nur noch bis Montag den 8. Juni von vormittags 10 bis nachmittags 2 Uhr an der Schauspielhauskasse (Sonntags von 10½ Uhr an). Es sind nur noch wenige Abonnementsplätze im ersten Parkett und ersten Rang zu haben. Mittwoch den 10. Juni, vormittags 10 Uhr, wird der Einzelverkauf für die erste Vorstellung des Zyklus Wallensteins Lager und Die Piccolomini eröffnet.

Im Königlichen Opernhause wird Mittwoch den 10. Juni der Ring des Nibelungen mit der Aufführung der Götterdämmerung in der neuen Einstudierung und Ausstattung beschlossen. Besetzung: Siegfried: Herr Vogelstrom; Gunther: Herr [illegible]; Hagen: Herr Zottmayr; Alberich: Herr Huber; Brünnhilde: Frl. [illegible]; Gutrune: Frau [illegible]; Waltraute: Frau [illegible] (zum erstenmal); Woglinde: Frl. Seebe; Wellgunde: Frl. von [illegible]; Floßhilde: Frl. Weber; Nornen: Frl. von [illegible], Frl. von [illegible], Frl. [illegible]. Beginn der Vorstellung 6 Uhr.

Intimes Theater. Dienstag den 9. Juni, abends 8¼ Uhr, gelangt Hermann Bahrs Komödie in drei Akten Der Meister zur Erstaufführung. Spielleitung hat Direktor [illegible]. Die Besetzung der Hauptrollen ist folgende: [illegible] — Der für diese Woche ausgegebene Spielplan wird dahin abgeändert, daß am Freitag den 12. und Montag den 15. Juni [illegible] Komödie [illegible] großes Herz gegeben wird. Die Erstaufführung von Moral, Komödie in drei Akten von Ludwig Thoma, wird auf Dienstag den 16. Juni verschoben. — Die Abonnenten werden darauf aufmerksam gemacht, daß durch eine Neuanordnung der Sitzreihen die Seitenplätze völlig in Wegfall kommen, so daß jetzt die Bühne von allen Seiten des Zuschauerraumes gleich gut zu sehen ist, also auch die billigen Plätze durch die Säulen nicht mehr beeinträchtigt werden. Die Abschnitte der auf Seitenparkett und Seitenplatz lautenden Abonnementskarten werden gegen entsprechende Plätze im 2. Parkett umgetauscht. Abonnementskarten werden jederzeit in allen Vorverkaufsstellen und an der Theaterkasse ausgegeben.

Zentraltheater. Der Schwank: Wenn Frauen reisen, kann nur noch bis letzteren Donnerstag den 11. Juni auf dem Repertoire bleiben. Der Vorverkauf findet täglich von 10—2 Uhr an der Theaterkasse statt.

Sport und Körperpflege

[illegible]. Athletenklub [illegible]. Sonnabend den 13. Juni, abends 9 Uhr: Wichtige Versammlung in der [illegible]. Mitgliedsbücher mitbringen. Partie betreffend.

Athletenklub Herkules. Dienstag den 9. Juni, abends 9 Uhr: Monatsversammlung im [illegible] Hof. Alle erscheinen.

Athletenklub [illegible], Leuben. Sonnabend den 13. Juni, abends 9 Uhr: Mitgliederversammlung in der Post. Es wird pünktliches Erscheinen aller Mitglieder erwartet.

Athletenklub [illegible], Leuben. Sonntag den 14. Juni, Klubwettstreit im [illegible], Leuben. Freunde willkommen.

Arbeiter-Turnerbund. Bezirk Dresden. Zu dem am 14. Juni stattfindenden 3000-Meter-Stafettenlauf können sich noch Mannschaften (je 15 Mann) bis spätestens 10. Juni melden. Treffpunkt ist früh 7 Uhr bei Onkel Toms Hütte im großen Gehege, Dresden-Friedrichstadt. Straßenbahnlinien [illegible]. — Das Bezirks-Vorturnerturnen am 19. Juli findet nicht auf dem [illegible] statt, sondern in der 8. Gruppe im schönen [illegible] Gebiete. Alle Vorturner müssen sich an diesem Tag freimachen und an diesem Turnen teilnehmen.

4. Gruppe. Montag den 8. Juni, abends ½9 Uhr, im Gasthof [illegible]: Turnausschußsitzung. Alle Vereins-Spielleiter haben ebenso mit teilzunehmen. — Die Lehrstunde für [illegible] findet [illegible] halber Sonnabend den 13. Juni, abends 8 Uhr, in [illegible] statt. Jeder Leiter hat für volle Beteiligung zu sorgen.

5. Gruppe. In allen Orten wo neben den Turnvereinen andere Sportvereine bestehen, welche den modernen Arbeiter-Sportorganisationen angeschlossen sind, sollen die Vereinsleitungen zwecks Gründung von losen Sportkartellen mit diesen in Verbindung treten. — Für unsere Turnfahrt am 21. Juni nach Altenberg im Erzgebirge muß von seiten der Turnwarte Propaganda gemacht werden. Möglichst Massenbeteiligung! Besuch eines neugegründeten Vereins! — Die Beiträge für Delegation zum Kreisturntag sowie Kreis-, Bezirks- und Gruppenbeiträge sind sofort an den Gruppenkassierer zu senden.

Briesnitz-Cotta: Sonntag den 14. Juni, nachm. 3 Uhr, großes Sommerfest im Schützenhaus, Hamburger Straße.

Löbtau: Sonntag den 14. Juni Sommerfest in der Musenhalle, Kesselsdorfer Straße.

Erholung, Dresden-N. Dienstag den 9. Juni Versammlung. Die Turnstunden beginnen jetzt 8½ Uhr. — Jeden Mittwoch von abends 7 Uhr ab Spielen auf dem Sportplatz an der Löbelauer Straße.

Birkigt: Sonntag den 14. Juni Schauturnen mit großem Sommerfest.

Boltschappel: Dienstag den 9. Juni, abends 9 Uhr, Versammlung im Goldenen Löwen.

Rabenau: Sonnabend den 13. Juni Abendwanderung nach Obernaundorf; daselbst Tanz. Abmarsch mit Musik 7½ Uhr von der König-Albert-Höhe.

Niederpoyritz. Dienstag den 9. Juni, abends 8½ Uhr, wichtige Monatsversammlung.

Bittersee: Sonnabend den 13. Juni, abends 8½ Uhr, im Gasthof Versammlung mit Vortrag.

Laubegast-Tolkewitz-Dobritz. Sonntag den 14. Juni alle Vorturner nach dem Bilzbad in der Lößnitz. Handtuch mitbringen. Abfahrt früh 6 Uhr Altenberger Straße. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß wieder jeden Mittwoch von abends 6 Uhr ab auf dem Sportplatz Leichtathletik und Spiele geübt werden. Sonntag den 14. Juni fällt der Spieltag aus.

Kaitz. Donnerstag den 11. Juni Spielend bei ungünstiger Witterung Schwimmübungen im Albertshof, abends 8 Uhr.

Fußball. Die nächste Vereinsvertretersitzung ist schon Mittwoch den 10. Juni, abends 9 Uhr, im Volkshaus. Die engere Sitzung beginnt Punkt 8 Uhr. Da es die letzte Sitzung für die Frühjahrsserie ist, werden alle Vertreter ersucht, pünktlich anwesend zu sein.

Verband Volksgesundheit. Die Vereine, die ihre Programme noch nicht an den Gauleiter eingesandt haben, werden nochmals dringend ersucht, dies umgehend zu tun. — Folgende Licht-Luftbäder unserer Vereine sind täglich geöffnet: Dresden-West: Cotta, an der Steinbacher und Hebbelstraße (mit großem Schwimmbassin); Dresden-Neustadt: an den Waldteichen, und Plauenscher Grund: Niederhäslich, am Südabhange des Windberges.

Ortsverein Radebeul. Sonnabend den 13. Juni: Wanderabend nach Kaisermühle, Wahnsdorf. Abmarsch: Vier Jahreszeiten, abends 8 Uhr.

Ortsverein Dresden-West. Sonntag den 14. Juni: Familienpartie nach der Talsperre bei Malter. Abfahrt 11½ Uhr von Haltestelle Plauen nach Dippoldiswalde (4. Klasse 80 Pf.). Wanderung nach den Talsperren und dann durch den Rabenauer Grund nach Hainsberg. Rast in der Spechtritzmühle.

Ortsverein Dresden-Ost. Sonntag den 14. Juni: Partie nach der Talsperre bei Malter. Abfahrt früh 10,58 Uhr ab Hauptbahnhof mit der „Sommeringbahn". Fahrpreis 80 Pf. Picknick im Walde. Kaffeetrinken in Dippoldiswalde. Besichtigung der Talsperre. Rückmarsch durch das Weißeritztal.

Ortsgruppe Kötzschenbroda. Hier hat sich eine Ortsgruppe unseres Verbandes gebildet, und es sollte sich jeder Genosse, der bis jetzt dem bürgerlichen Verein angehört, dieser Ortsgruppe anschließen, denn nur unser Verband ist die maßgebende Organisation der Arbeiterschaft. Anmeldungen nimmt entgegen Genosse Karl Kühling, Fürstenhainer Straße 18.

VVK **Volksvorstellung im Residenz-Theater**

Die Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege veranstaltet im Residenz-Theater Volksvorstellungen. Die siebente findet statt am Sonntag (14. Juni), nachm. 3½ Uhr, mit dem Schwank „Die spanische Fliege" von F. Arnold und E. Bach. — Eintritts-Karten zum Preise von 1,—, 0,80, 0,50 und 0,30 M. sind zu haben: Bureau des Gewerkschaftskartells, Ritzenbergstraße 4, 1. Etage; Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10; F. Fallenbeck, Zigarrengeschäft, Augsburger Straße 15; G. Hanne, Kesselsdorfer Straße 22 (Konsum); Robert Wirth, Helgolandstraße 13 (Konsum); Hermann Schubert, Konkordienstraße 26 (Konsum); Arbeitersekretariat Döhlen, Tharandter Straße 78 K; Heinrich, Willnerstraße, Ecke Leipziger Straße (Konsum); Max Viebert, Dresdner Straße 33; Bernhard John, Hofmannstraße (Konsum); Otto Bernhardt, Wasserstraße 1 (Konsum); E. Höfgen, Hopfgartenstraße 8; Bruno Michaelis, Markgrafenstraße 20; Hermann Henning, Weißestraße 5; Richard Drechsler, Radebeul, Gartstraße 8; Hermann Wendisch, Hellerau, Talsenberg 18; Willi Stolle, Strehlen-Gruna, Schulstraße 6; Ernst Stilling, Leuben, Gabelsbstr. 17; Ernst Golde, Trachenberger Straße (Konsum); Hein, Bibliothek in Laubegast, Dresdner Straße 61, sowie bei allen Gewerkschaften. — In der nächsten Vorstellung am 21. Juni wird Das verlorene Paradies von Ludwig Fulda nochmals gegeben.

Leben • Wissen • Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 128 — Montag den 8. Juni — 1914

Das Denkmal

Eine Erinnerung aus Paris

„Es gibt feine Ironien. Doch trotz ihrer Feinheit wirken sie auf die, welche getroffen werden sollen, wie Peitschenhiebe; auf die andern Menschen aber erschütternd. Eine solche, und zwar in Erz gegossene Ironie will ich Dir jetzt zeigen," sagte mein Freund, als wir in Paris die steile Rue Chappe zum Gipfel des Montmartre, wo die Kirche Sacré Coeur steht, hinaufstiegen.

„In Erz gegossen und zeigen!?" fragte ich ein wenig verwundert.

„Ja, zeigen!" antwortete er. „Aber wart', ich will Dir erst einmal die Entstehungsgeschichte dieser Ironie erzählen."

Wir bogen in die Gartenanlagen des Square St. Pierre ab. Es war ein schöner und warmer Maienmorgen. Wir waren durch das Steigen ein wenig in Schweiß gekommen und ließen uns daher auf einer Bank nieder. Mein Freund verschnaufte sich ein bißchen und begann dann:

„Du weißt, daß bei dem Kommuneaufstand im Jahre 1871, als die Versailler in Paris eingedrungen waren und rücksichtslos ein furchtbares Blutbad anrichteten, dabei weder Frauen noch Kinder schonend, sich einige Verzweifelte der Geiseln bemächtigten, welche sich die Kommunarden zum Unterpfand einer menschlichen Behandlung seitens der Versailler Regierung und ihrer Soldateska gesichert hatten. Thiers, der Leiter der Versailler Regierung, hätte diese Geiseln durch ein wenig Menschlichkeit mit Leichtigkeit retten können. Aber er verweigerte jede Unterhandlung mit dem Rate der Kommune und ließ die aus der Gefangenschaft in Deutschland zurückgekehrten Soldaten und Offiziere in Paris wie wilde Bestien hausen. Als nun der Rat der Kommune daran gehen wollte, die festgehaltenen Geiseln zu entlassen, konnte er ihr Schicksal nicht mehr aufhalten. Einige davon fielen einem Haufen Verzweifelter und Erbitterter zum Opfer. Unter diesen war auch der Pariser Erzbischof Darboy und einige andere Geistliche. Während seiner Amtstätigkeit war dieser Erzbischof wenig beliebt bei der Kurie in Rom und auch nicht bei den Klerikalen in Frankreich. Nachdem er aber — ein Opfer der Versailler mehr wie ein Opfer der Kommune — gefallen war, dachten sie sofort daran, seinen Tod für die klerikale und reaktionäre Sache auszuschlachten.

Die dritte Republik begann bekanntlich mit einer durchaus klerikal reaktionären Periode. Und so war es den Reaktionären ein leichtes, den Tod des Erzbischofs Darboy als das scheußlichste Verbrechen der sozialistischen und glaubensfeindlichen Lehren in die Welt hinauszuschreien. Die dreißigtausend Opfer der Kommune, die von der Wut und Rachsucht der Versailler hingeschlachtet wurden — daran dachten diese Herren natürlich nicht. Um den Sieg über die Kommune recht offensichtlich werden zu lassen, entschied man endlich, eine Sühnekirche in Paris zur Tilgung der „Blutschuld" der Kommunarden zu errichten. Und zwar sollte diese Kirche an einem Punkte von Paris errichtet werden, von wo aus sie täglich und stündlich, weithin sichtbar, die Stadt und ihre Bewohner an ihre Tat erinnere und sie bewege, Sühne dadurch zu leisten, daß sich die Pariser gläubig und demütig in das Joch der Klerikalen und der Reaktionären zurückbegeben.

Die Regierung billigte den Plan und bewilligte in Verbindung mit dem damals erzreaktionären Pariser Gemeinderat den Gipfel des Montmartre als Platz zur Errichtung der Kirche. Du hast wohl bereits gesehen, daß dieser Platz sehr gut gewählt ist. Von allen Punkten in Paris (fast überall) sieht man die dort errichtete Kirche stehen. Es wurde also auf die Stätte so mancher dem revolutionären und freidenkenden Pariser heiligen Erinnerung ein gewaltiges, protziges Bauwerk hingestellt. Die Kirche wurde dem geheiligten Herzen Jesu von Nazareth geweiht. Sie heißt die Sacré Coeur. Es liegt ja auch darin eine gewisse Ironie. Von gerade weihte man die Kirche, der das Wort geprägt haben soll: Liebet eure Feinde — tut Gutes denen, die euch hassen. Ein Rat und eine Lehre — na, wie sie befolgt wurden, steht ja mit blutiger Schrift auf jedem Blatt der Geschichte der christlichen Kirche und der christlichen Staaten."

Mein Freund wischte sich über die Stirne. Er war ein wenig bewegt.

„Sie haben diese Lehre auch befolgt an meinem Vater," fügte er leise hinzu. „Dort drüben, am Pere Lachaise, haben sie ihn mit seinen Brüdern zusammen niedergeschossen."

Nach einer kleinen Pause fuhr er fort:

„Ich wurde erst drei Monate nach seinem Tode geboren. Nun, die Pariser waren von dem Bau der Sühnekirche nicht entzückt. Du wirst das begreifen. Und die Klerikalen bauten also die Jahre hindurch und stülpten dem Montmartre einen gewaltigen, steinernen Schlechthut auf. Aber trotzdem konnten sie es nicht aufhalten, daß die Reaktion in Frankreich und in Paris wieder ein wenig unterlag. Die Verbannten und nach Neu-Kaledonien verschickten Kommunarden kehrten zurück. In den Pariser Gemeinderat zog ein freierer Geist ein. Und der beschloß nun, die Sühnekirche zu vernichten. Aber nicht durch irgendeine Gewalttat! Nein! Er beschloß dieses pharisäerische Monument durch eine Ironie zu beseitigen. Er beschloß, den freien Platz vor der Sühnekirche zur Errichtung eines kleinen, fast unscheinbaren Denkmals zu benutzen. Dieses Denkmal will ich Dir nun zeigen. Es ist das erschütterndste Denkmal in ganz Frankreich und zugleich die beste in Erz gegossene Ironie, wie ich Dir schon gesagt habe."

Wir erhoben uns und stiegen über die Treppen der Gartenanlage weiter auf die Höhe des Montmartre hinauf. Oben angelangt, standen wir vor einem protzigen und trotzigen Kirchenbau. Es liegt in diesem Werke nichts als eitle und prahlerische Ueberhebung; keine Spur von dem Geiste der Nachfolge dessen, der nicht wußte, wohin er sein Haupt legen sollte, der Liebe gepredigt und betätigt hatte und den die Klerikalen seiner Zeit und seines Landes an den Kreuzesgalgen schlagen ließen. Ueber dem Hauptportale steht die überlebensgroße Statue des Nazareners. Er deutet mit der Hand auf seine Brust und sein Herz.

Ich sah Geistliche in Masse in die Kirche strömen, auch einige Frauen und Kinder. Aber mir schien es, als schaue der steinerne Nazarener nicht auf diese da, die in die Kirche traten, um zu ihm zu sagen: Herr! Herr! sondern, als schaue er herab auf das kleine Denkmal, das sich unter ihm vor dem Hauptportal der Sacré Coeur in aller Bescheidenheit erhebt und Kunde gibt von einem Werke jener, die sich seine Jünger nennen.

Mein Freund hatte mich vor das Denkmal geführt. Ein Jüngling steht da, an einen Pfahl gebunden, auf dem Scheiterhaufen. Ich las folgende Inschrift, die ich aus dem Gedächtnis wiedergebe:

„Dem Chevalier de la Barre. Hingerichtet im Alter von neunzehn Jahren, am 1. Juli 1766, weil er eine Prozession nicht gegrüßt hatte."

Mein Freund stand schweigend neben mir. Ich sah auf das einfache und bescheidene Denkmal und von ihm auf die gewaltige Sühnekirche. Ich schaute von dem steinernen Nazarener über dem Portal auf den ehernen Jüngling am Scheiterpfahl des Scheiterhaufens. Ich begriff die gewaltige und doch so einfache, schreiende Ironie dieses kleinen Monumentes und stand in tiefster Seele erschüttert. Feiner und furchtbarer hätte selbst der Nazarener die Pharisäer nicht brandmarken können.

Die Sühnekirche schrumpfte zusammen, wurde ein Spott. Das Denkmal des Chevalier de la Barre wuchs hoch über sie hinaus, ein Mal der Wahrheit, die sich Bahn brechen wird.

Sepp Oerter.

6]

Die Mittagsgöttin

Von Wilhelm Bölsche

Es war jetzt nichts, gar nichts von Begehren der heißen Sinne selbst in mir. Nur das fühlte ich, daß ich allerdings von Lilly nicht mehr lassen konnte. Aber ein unerbittlicher Gedanke mußte heraus, ein Widerspruch in der Wahrheit, deren Dienst unser Heiligtum war.

Lange sann ich weiter, die Hand noch immer auf dem kalten Metall. Auf einmal kam es dann über mich, als mischten sich mir die Namen Therese und Lilly.

Zu meinen Wünschen zu Therese war kein Wahrheitswiderspruch gewesen. Sie hatte meine Frau werden sollen nach allem tiefen und reinen Wahrheitsrecht, — ja meine Frau — in dem Begriff, den auch wir frei Denkenden dem Worte gaben.

Und jetzt, jetzt wurde es endlich Licht in mir. Heller und heller blinkte mich alles um mich her. Der bleiche Totenglanz erlosch, es zog ein Zittern, ein Weben herauf wie matter Rosenschimmer. Leben schien zurückzukehren in die Särge, der Sand zerstob wie emporgeblasen von neu erwachendem Atem. Die Ruinen wurden wieder Paläste. Wie ein Lächeln dämmerte es über den kalten, nachtschwarzen Spiegel des Totenstroms unter mir. Nach Lilly zu deinem Weibe, in echtem Wahrheitsbund, so, wie es Therese einst geworden wäre, daß mich sie nicht bemeinen mit stummen Kopfschütteln wie den anderen Wunsch. Die Lösung war wieder einmal da, es gab kein Zweites mehr.

Der Schwan, der vorhin so geisterhaft vor mir aufgetaucht, kam in diesem Augenblick zurück. Aber der harte Silberglanz war verschwunden, — wie eine dunstige Flocke schwamm er jetzt, nebelhaft zerfließend, über dem grauen Strom. Ein mildes und doch starkes Licht schien von unten her um ihn aufzuströmen. Ich hob den Blick. Es war überall, dieses Licht. Noch nicht von irgendeiner bestimmten Himmelsrichtung aus, von allen Seiten, vom Boden selbst wuchs es heran. Die Fassade des Zeughauses ragte in unendlich zarter, schattenloser Helle vom anderen Ufer empor. An dem nackten Marmorleibe des toten Kriegers auf der Brücke floß es hin wie ein Schimmer rötlichen Lebens. Hoch im Zenith darüber dämmerte ein erstes, ganz weiches Blau. Der Mond stand noch darin, aber sein Reich war aus, er warf schon keine Schatten mehr.

Wie vom Traume erwachend, wandte ich mich um. Die Bäume waren grün. Fern über den Gerüstbalken der werdenden Kaiser-Wilhelms-Brücke flammte ein langes Band von mildem Rosenrot, das scharf auf dem tiefen Blau der Türme und der Dächer lag. Und die Stadt, die Riesenstadt selbst war erwacht. Schritte, Stimmen hallten frisch und hell über den Platz, Wagen um Wagen rollerte auf einmal die Brücke entlang . . . auch durch meine Glieder rann es wie taufrische Kraft. Ja, es war der Tag, Tag in mir und Tag draußen in der Welt. Nicht mehr mit gespenstischem Zuge fremden Willens riß es mich jetzt nach Osten, nach dem stillen Gemache am Friedrichshain . . . mein eigener Wunsch war stark genug dazu. Aus dem Grau des alten Schlosses grüßten die hundert Fenster wie hundert lichte, rosig angestrahlte Morgenaugen, als ich es umkreiste. Die schwere Erzmasse des großen Kurfürsten erschien, als ich die Brücke kreuzte, so feucht im Taudunst, als sei sie eben frisch heraufgetaucht aus der kühlen Flut. In der Gegend des Rathauses läuteten die Glöckchen der Parochialkirche noch einmal ihren Choral . . . mir klang das jetzt wie Hochzeitsgeläut. Ueber die dunkle Stadtbahnbrücke an der Königstraße donnerte ein erster Zug. Arbeiter drängten in grauem Gewimmel dem Bahnhofe zu. Der Lärm der erwachten Straße weckte mich vollends auf. Auf dem Alexanderplatz leuchtete schon der ganze rote Morgen wie eine ungeheure Feuersbrunst, die den gelben Bretterkoloß des Neubaues an der Ostseite zu entfachen schien. Der Weg kam mir unglaublich kurz vor. Noch eine lange Straße — dann kräuselte sich das lichtgrüne Blätterwerk des Friedrichshains vor mir, der schlanke Kirchturm wuchs mit seiner blassen Fliederfarbe spitz in das junge Blau . . . ich war am Ziel . . . drüben das schwarze Kreuz . . . die Blütentrauben waren jetzt welk, aber der Ort dünkte mir von jener Morgenstunde her noch vertraut bis in jede Einzelheit. Mein Blick suchte die hohen Fenster. Trotz des goldenen Widerscheins, den die steigende Sonne darin weckte, glaubte ich hinter einer der Scheiben ein Antlitz zu sehen, das nach mir ausschaute . . . die verabredete Stunde war auch gleich da.

Vielleicht eine Minute hatte ich gewartet, da rasselte es hinter der Haustür, der alte Diener erschien. Er gab mir den Korridorschlüssel. Die gnädige Frau sei schon auf und habe mich gesehen. Er solle den Wagen holen, in spätestens zehn Minuten fahre er vor.

So stieg ich denn zum drittenmal dieses stille Treppenhaus hinan, — allein. Mein Geist war friedlich, fast heiter. Durch die bunten Scheiben der Hoffenster drang fahles Licht, bis zu dieser Seite war der echte Tagesglanz noch nicht vorgedrungen. Ich öffnete die Korridortür. Als ich sie leise hinter mir ins Schloß drückte, fiel durch den Spalt der Salontür der einzige Lichtschimmer in den dunklen Gang . . . meine Stimmung war so mild, daß ich mich mit einem Lächeln an den Vorfall in der Dunkelsitzung mit dem Mister Thomas erinnern konnte.

6

Ich klopfte.

Das „Herein!" erscholl, als sei das Klopfen längst erwartet: augenblicklich und mit einem zitternden Tonfall, der sich fast wie Gesang anhörte. Und wie der Klang, der es eingeleitet, das Bild, das ich sah, als der Türflügel sich zurückschlug.

Aus der Nacht des Korridors sah ich halb geblendet gerade hinein in eine strahlende Goldwelle von Licht. Es strömte durch die Fenster, die jetzt beide offen standen, und es umfloß Lillys Gestalt, die sich dunkler und doch an den Rändern wie in magischem Glanze durchsichtig davon abhob.

„Nun, gut geschlafen, mein Freund?" sagte sie lächelnd, nach einem Händedruck wie unter guten Kameraden. „Du kommst spät, wir müssen den Kaffee schnell trinken, komm!"

Der Duft des starken Getränkes erfüllte die ganze Philosophenklause. Der Bücherschrank stand offen, ein Heft lag aufgeklappt zwischen den Tassen. Es war eine kleine Schrift, die ich selbst vor Jahren herausgegeben. Sie hatte sie ausgestäubert und darin gelesen. Als ich in der Sofaecke Platz genommen und mir eine von ihren Zigaretten angezündet hatte, begann sie lebhaft von dem Inhalt des Schriftchens zu plaudern. Das Licht des heraufsteigenden Tages floß auch jetzt, da sie mir gegenüber im Sessel saß, fort und fort über sie hin. Ich hörte nur mit halbem Ohre zu, aber mein Blick ließ nicht von ihr, als sähe ich sie zum erstenmal. Seit ich dachte, daß sie mein Weib werden könnte, sah ich sie mit anderen Augen an. Und sie erschien mir stolzer, freier, begehrenswerter als je. Der ganze Morgen schien mir in ihr verkörpert, der Morgen, der endlich diese lange, quälende Nacht verbannt. Die Uhr auf dem Kamin tickte, die Minuten bis zur Ankunft des Wagens waren gezählt. Es war gewiß nicht der Moment, um das Wichtige auszusprechen, das ich auf dem Herzen hatte. Dennoch schien sie zu fühlen, daß ich etwas sagen wolle, ihr Geplauder erlosch, sie begegnete ein paarmal meinem Blick mit einer fragenden Miene. Da ich schwieg, lehnte sie den Kopf weit zurück, die Linke spielte dicht vor mir an der Quaste des Sessels, der rechte Arm legte sich unter das krause Haar, sie musterte die Figuren an der Decke, träumend in alter Erinnerung.

„Das sind nun vier Jahre," sagte sie nach einer Pause, „ich kam von Paris. Das war das erstemal, daß ich in diesem Zimmer war."

Ihre Blicke irrten, ohne daß der Kopf sich regte, langsam von Wand zu Wand, über den Tisch, die Möbel, als suche sie Dinge, die damals hier gestanden.

„Der Graf war voraus. Lilly hatte sehr gezaudert, geschwankt. Bis zuletzt. Hier, als ich da saß, da, da war's nun getan."

„Du hattest lange in Paris gelebt?"

Das „Du" fiel mir heute fast schwer, als sei es zu leichtsinnig erworben worden.

„O, in Paris! Hinter mir, weißt du, lag viel, sehr viel, — viel Nichts, ach! Und das hab ich nicht geglaubt, daß irgendetwas noch Bestand haben könnte."

Sie blies langsam den blauen Rauch von der Lippe. „O, mein Freund, mein Freund, wie toll, wie grenzenlos toll das Leben ist!"

Auf der Straße rollte ein Wagen. Ob es unserer war? Ich verwünschte ihn.

„Wenn ich so das Zimmer sehe," fuhr sie langsam fort, während der Luftrauch leise fächelnd über ihr mattes Haupt wallte, „o, dann kommt alles wieder, alles wieder. O, es ist sehr dumm, so rückwärts denken hat keinen Sinn. Und doch kommt's. Lilly ist jetzt anders als damals. Damals, da war ich sehr wild — und sehr stark. Heute — o, ich bin schwach. Nein, damals hättest du Lilly kennen sollen. Und ist doch gut, daß nicht, ja wohl."

Es hatte etwas geheimnisvoll Bezauberndes für mich, diesen Worten zu lauschen. Das Rollen des Wagens war verhallt, es war also doch ein fremder gewesen. Nur ein Zwitschern der Vögel tönte von dem Kirchhof herüber. Sonst alles still, als gehe der Atem der Weltstadt noch einmal leiser in bewundernder Erstarrung vor dem Anblick der Sonne selbst, die jetzt in ganzer Glorie heraufkam. (Fortsetzung folgt.)

Umschau

Theater Opernhaus. Der neuangestellte Kapellmeister Fritz Reiner leitete den zweiten Abend des Nibelungenringes, die Walküre, nachdem Herr Kutzschbach in seiner zuverlässigen und klaren Art den Zyklus mit dem Rheingold eröffnet hatte. War bei der letztvergangenen Aufführung von Wolf-Ferraris Schmuck der Madonna, die von Reiner dort bevorzugte übermäßig bewegliche Dirigierweise zu beanstanden, so zeigte er in der Leitung der an leidenschaftlicher Stoßkraft doch auch nicht gerade armen Walkürenmusik, daß er auf dieses das künstlerische Gelingen hemmende Gebaren verzichten kann und mit ruhiger Ueberlegenheit großgeartete Wirkungen zustande zu bringen vermag. Wie vorteilhaft und eindruckskräftig war es z. B., daß er in Brünnhildes Todesverkündung bei Beginn der vierten Szene im zweiten Akt den Blechinstrumenten beim Vortrag dieser Stelle Zeit ließ. Freilich müssen sich Kapelle und Dirigent noch mehr aneinandergewöhnen, wie die zuweilen noch zaghaften Orchester-Interjektionen in den [illegible] gehaltenen Teilen des Werkes merken ließen. Daß Reiner selbst etwas zu geben hat und [illegible] am Werke ist, bewies er hier in seiner Auffassung der Orchester-Zwischenspiele, von denen die [illegible] Wiedergabe jenes vor Hundings Abgang im ersten Akt besonders erwähnt sei. P. B.

Gestern wurde im Residenztheater als Nachmittagsvorstellung den Mitgliedern und Gästen der Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege Fuldas „Verlorenes Paradies" vorgeführt. Es war eine Freude, zu beobachten, wie das Arbeiterpublikum seinen reichen und begeisterten Beifall spendete einem Werk, das seine Interessen zum Mittelpunkt der Handlung macht. Die lustigen Stellen wurden mit verständnisinniger Heiterkeit entgegengenommen. Allerdings machte sich da und dort auch ein Lachen in der Zuhörerschaft hörbar, wo ein Heiterkeitserfolg weder Absicht noch Schuld des Dichters war, allein man weiß ja, daß der in einem harten Erwerbsleben stehende Proletarier die Kräfte verloren hat und alle [illegible] Rührung, wenn sie ihn einmal durch die Macht des Kunstwerkes überkommt, mit einem lustigen und verlegenen Lachen abzuschütteln sucht. Die Darstellung war nicht so sorgfältig vorbereitet und ausbalanciert, als man erwarten konnte. Die Szenerie des ersten Aktes war ziemlich unwahrscheinlich und in seinem äußerst effektlichen Geschmack wenig vorbildlich. Im zweiten Akt bezeichnete die Winterlandschaftsleinwand aber so ähnlich hinter dem Fenster eine erbarmungswürdige Hilflosigkeit der Wirklichkeit. Die ganze Vorstellung trug den Charakter einer raschen Einprobung und einer gewissen Sorglosigkeit der Ausdrucksmittel, die auch vor unnotwendigen Karikierungen nicht zurückscheute. Das Ensemble schien sich erst mit Ende des ersten Aktes zusammengespielt. Herr Wagner, der einst ganz vorzüglich in einem passenden Frack steckte, gewann gestern erst nach und nach den richtigen Grundton seiner Rolle. Herr Gläd(?) mit einer unglücklichen, aber richtiger gesagt „feinen" Maske schien in seiner diesmal zur Schau getragenen leeren Tonlosigkeit nicht der geeignete Darsteller des Hans Arndt zu sein. Das Textliche, das in dieser Rolle liegt, wurde allzusehr ins Salonmenschentum übertragen. Gewisse vereinzelte Pointen jedoch („Ja — darüber reden wir noch") brachte er überlegt — nachdenklich famos heraus. Die Szene „Na — ich bin kein Bettler nicht" wurde von Herrn Hauschmann sowohl als von dem Portier Greeff zum Totlen (Helbach)(?), welch letzterer sonst recht erstaunlich unbedeutend im Sinne des Dichters war, klanglos zu Grabe getragen. Herr Christ als Werkmeister Weber verpaßte mit Präzision jeden seiner bescheiden zugemessenen Effekte und brachte durch beifallsmäßige Mienen und darstellerische Unbeholfenheit jede stimmungsvolle Episodenwirkung, die seiner Rolle gegeben war. Zum Schluß die paar Leute, welche in dieser Vorstellung zu verantworten sind! Herr Waterstrand als junger Arbeiter wirkte herzlich, allerdings mehr im Spiel als im Wort. Katie Frank erzielte im letzten Akt mit bescheidenen aber geschmackvollen Mitteln tragische Wirkungen und Herr Franz Janda war eine durchaus prächtige „liberale" Fabrikantengestalt, wenn auch das „Wiese, meine Tochter!" im 1. Akt, aus dem so viel Satirisches zu bilden wäre, schmählich danebenging. — Wir sind der Ueberzeugung, daß Direktion und Regie des Residenz-Theaters Volksvorstellungen, Arbeitervorstellungen sorgfältiger vorzubereiten und besser [illegible] verwerten, als es diesmal geschehen ist.

Otto König.

Chemie Der Verein deutscher Chemiker, die größte derartige Vereinigung Deutschlands, der fast 6000 Mitglieder aus den chemisch interessierten Kreisen der Wissenschaft und der Industrie angehören, hielt seine diesjährige Hauptversammlung vom 4. bis 6. Juni in Bonn ab. In den einzelnen Fachgruppen, in die der Verein sich gliedert, wurden zum Teil bedeutsame Vorträge gehalten, die aber nur fachwissenschaftliches Interesse darbieten. Von allgemeinerem Interesse waren die in den Hauptversammlungen dargebotenen Vorträge, in denen sehr wichtige Probleme behandelt wurden. Wohl die wichtigste Leistung war der Vortrag des Direktors des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische und Elektro-Chemie über die synthetische Darstellung des Ammoniaks. Die Elemente (Grundbestandteile) des Ammoniaks sind Wasserstoff und Stickstoff, und unter Synthese versteht man die Darstellung eines Körpers aus seinen Bestandteilen. Für den Ammoniak ist diese Leistung erst ganz kürzlich dem Professor Haber gelungen; wie hoch ihre Bedeutung eingeschätzt wird, erhellt aus der Tatsache, daß Haber dafür mit der zum Gedächtnis des großen Bahnbrechers Liebig gestifteten Denkmünze bedacht wurde. In der Tat sind die Folgen der Haberschen Entdeckung noch gar nicht abzusehen, da ja Ammoniak in sehr vielen Industrien gebraucht wird. Um nur eines zu erwähnen, so wird Ammoniak auch als vortreffliches Düngemittel benutzt und scheint bestimmt, da die Herstellung im großen auch billig betrieben werden kann — bei Ludwigshafen ist bereits eine Fabrik im Gange — nicht nur den Chilesalpeter zu verdrängen, sondern auch den Luftsalpeter und den Kalkstickstoff, beides auch Kunstprodukte, die ihren Stickstoff ebenso wie der künstliche Ammoniak aus der Luft entnehmen. Wird so der Stickstoff der Luft der Erde zugeführt und dort zum Aufbau der Pflanzen verwendet, so dient dieser im freien Zustande in der Luft ganz träge und unwirksame Stoff schließlich zu unserer Ernährung, so daß man — auf großen Umwegen allerdings — das Brot als aus Luft bereitet bezeichnen könnte. Freilich können alle derartigen Erfindungen ihre völlige Kraft im kapitalistischen Zeitalter nicht entfalten — hört man doch auch jetzt schon von einem Ammoniakkartell sprechen, das die durch die Habersche Leistung bedrohten Ammoniakpreise hochhalten soll.

Bedeutsam war auch der Vortrag von Dr. Bergius über: Die Härtung der Fette. Sowohl die Speisefett- wie die Seifenindustrie braucht vielfach mehr oder weniger feste, sog. harte Fette, nicht flüssige Oele, und gerade die festen Fette sind im Preise sehr gestiegen und in ihrer Menge nicht vergleichbar mit den Oelen. Seit über fünfzig Jahren hat man daher schon nach Verfahrensweisen gesucht, um die Oele zu härten. Vor etwa sechs Jahren ist es zuerst gelungen, und in Holland und namentlich in England ist dann rasch eine ständig wachsende Großindustrie der gehärteten Fette emporgeblüht; auch in Deutschland hat diese Industrie schon erhebliche Fortschritte aufzuweisen und nimmt beständig an Bedeutung zu. — Die sehr interessanten chemischen Grundlagen des Verfahrens beruhen ebenso wie die des Haberschen Ammoniakverfahrens zum Teil auf der sog. Katalyse. Um davon einen Begriff zu bekommen, denke man z. B. an die Selbstzünder von Gasflammen. Das Gas strömt gegen fein verteiltes Platin, und die bloße Anwesenheit des Platins genügt, um das Gas so zu verdichten, daß durch die entstehende Wärme das Platin glühend wird und das Gas sich entzündet. Der Umstand, daß ein Stoff durch seine bloße Anwesenheit physikalische und chemische Vorgänge fördert, ohne selbst daran teilzunehmen, eben die sog. Katalyse, spielt bei den neueren chemischen Entdeckungen eine große, in allen Einzelheiten noch nicht völlig aufgeklärte Rolle.

Ferner sprach Professor Strauß-Essen über: Mikroskopische Stahluntersuchungen. Stahl und Eisen, die für den Laien der Inbegriff des Harten und Festgefügten sind, haben der mikroskopischen Untersuchung einen wunderbaren Einblick in den inneren Gefügebau erschlossen, wodurch Licht geworfen ist auf den inneren Zusammenhang zwischen physikalischem Verhalten und chemischer Zusammensetzung, was für die gesamte Technik von größter Tragweite ist.

Heilkunde Der 18. Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose, die in Berlin am 7. Juni im Plenarsitzungssaal des Reichstags stattfand, ging am Donnerstag eine Sitzung des Ausschusses voraus. Zunächst stand zur Beratung die Prophylaxe der Säuglingstuberkulose. Der Referent Professor Dr. Langstein-Berlin führte aus, daß die Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre acht- bis neunmal so viel von der Tuberkulose gefährdet sind als Erwachsene. Eine Untersuchung in Wien hat ergeben, daß unter 385 Kindern aus Familien, in denen Bazillenhuster waren, 275 mit positiver Tuberkulinreaktion gefunden wurden. Das radikalste Mittel gegen diese ungeheure Gefahr ist die völlige Entfernung des Säuglings. Sie erfolgt am besten sofort nach der Geburt. Freilich läßt sich das schwer bewerkstelligen. Eine andere Schutzmöglichkeit besteht darin, den Säugling konstitutionell gegen die Ansteckung zu schützen. Als bestes Mittel sehen manche die durch die Muttermilch zugeführten Schutzstoffe an. Wie es mit diesen steht, ist wissenschaftlich noch nicht genau erforscht. Auch besteht die Schwierigkeit, daß tuberkulöse Mütter, die stillen, ihre Kinder zu leicht anstecken können. Von der sogenannten Abhärtung ist beim Säugling für den Tuberkuloseschutz nichts zu erwarten, und ob man mit Schutzimpfungen weiterkommen wird, kann noch niemand sagen. Als bestes Mittel bleiben die frühzeitige Isolierung und die gründliche Belehrung. Auch die Säuglinge der Reichen sind durch die Sorglosigkeit bei der Auswahl des Pflegepersonals sehr gefährdet und eine besondere Gefährdung bedeuten tuberkulöse Hebammen. — Die Bedeutung der Angestelltenversicherung für die Tuberkulosebekämpfung behandelte Dr. v. Gimborn-Berlin. Schon im ersten Vierteljahr nach Inkrafttreten der neuen Versicherung hat diese mit dem Heilverfahren begonnen und es gab im ersten Jahre bereits 10 480 Anträge, von denen 6900 genehmigt wurden. 3000 Kranke wurden in Heilstätten und Kurorten untergebracht. Ueber die Erfolge dieser Kuren kann noch nichts gesagt werden, weil die Beobachtungszeit zu kurz ist. — Stadtrat Seydel-Charlottenburg erörterte, wie die städtischen Wohnungsämter die Bekämpfung der Tuberkulose unterstützen können. Er führte aus, daß die Tuberkulosefürsorge ihrem ganzen Wesen nach zu einem großen Teil Wohnungsfürsorge ist. Daher sei es notwendig, die Wohnungsfürsorge aus öffentlichen Mitteln zu betreiben. Je mehr Menschen sich in einer Wohnung aufhalten, zumal wenn das Uebel des Schlafgängerwesens hinzukommt, desto größer sei die Ansteckungsgefahr. Die Tätigkeit der städtischen Wohnungsämter habe sich zu erstrecken auf Besichtigung der Wohnungen und Feststellung ihres Zustandes, auf Beseitigung der vorgefundenen Mängel, auf Kontrolle der Schlafgänger und schließlich im Notfall auf Herstellung von Ledigenheimen usw. Neben der Wohnungsaufsicht müsse eine Wohnungspflege einhergehen, die zwar schwer und mühselig sei, aber als ein bedeutendes Mittel zur Volkserziehung angesehen werden müsse.

Kleine Mitteilungen Der Dresdner Tonkünstlerverein wählte gestern in seiner diesjährigen Hauptversammlung Kammervirtuos Theo Bauer zum ersten Vorsitzenden. Vorher beschloß die Versammlung, die seit Jahren dem Musikpädagogischen Vereine gewährten Zuwendungen sowie ferner die dem Konservatorium und der Dresdner Musikschule geleisteten Beiträge zum Schüler-Freistellenfonds diesmal wegfallen zu lassen. Begründet wurde der Beschluß im wesentlichen damit, daß der Verein dem Anwachsen des Musiker-Proletariats nicht Vorschub leisten mag.

Auf der Rückreise vom Berliner Physiologenkongreß erlag in Mannheim der Professor der Physiologie an der Universität Bern, Kronecker, einem Herzschlag.

Ein merkwürdiges Phänomen. Ein merkwürdiges Phänomen wird von Sidi Bilter(?) an der Grenze von Tripolis gemeldet, wo ein Brunnen erbohrt wurde, dessen Strahl täglich 2800 Kubikmeter Trinkwasser lieferte. Infolge dieser Ergiebigkeit hatten die Militärbehörden im äußersten Süden zahlreiche eingeborene Familien um den Brunnen angesiedelt, um hier eine neue Oase zu schaffen. Vor einigen Tagen verschwand nun plötzlich innerhalb weniger Stunden das süße Wasser und statt dessen erschien eine Salzwasserquelle, welche für Mensch und Tiere ungenießbar ist. Man hat bis jetzt noch keine Erklärung für dieses merkwürdige Phänomen und es erscheint fraglich, ob es gelingen

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140608/12
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG